

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Europa-Lüge

Wenn die Kanzlerin mit frommem Augenaufschlag von Europa schwärmt, will sie uns weismachen, bei der Zusammenführung ausgewählter Staaten des Kontinents – Rußland wurde bekanntlich übergangen – stehe das „gemeinsame Wohl“ im Mittelpunkt. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch darum, daß der bereits wieder übermächtige und übermütige deutsche Imperialismus handfeste eigene Interessen verfolgt: Er will das von ihm im Zweiten Weltkrieg angestrebte, aber nicht erreichte Ziel – die Vorherrschaft in Europa – diesmal mit „friedlichen Mitteln“ anvisieren. Niemand glaubt mehr an das seinerzeit durch Gorbatschow in einer Mischung aus scheinbarer politischer Naivität und Abgefemtheit vorgegaukelte „Haus Europa“. Denn es gibt auch auf unserem Erdteil vorherrschende und „nachgeordnete“ Nationen. Die angeblich so wacker voranschreitende „Integration“ ist in erster Linie ein Konzept der politischen Gewährsleute des deutschen Kapitals, sich im Bunde mit und in Konkurrenz zu der Atommacht Frankreich schwächere „Partner“ zu unterwerfen und deren Staaten Schritt für Schritt auszulöschen. Die noch verbliebenen europäischen „Nachbarn“ sollen mit Ausnahmen zügig eingegliedert werden, und selbst ein Beitritt der Türkei wird jetzt ernsthaft erwogen. Den armen Völkern der Dritten Welt aber steht „Europa“ mit gnadenloser Härte als „Festung“ gegenüber. Wer aus Nord- oder Schwarzafrika in die reichen Länder des Westens gelangen will, hat keinen Pardon zu erwarten. Worin aber besteht der wahre Hintergrund jener Euromanie, von der man in der EU besessen ist? Das Kapital hat seine portugiesische Lektion gelernt. Es hat die Lissabonner Nelkenrevolution vom April 1974 nicht vergessen. Die Bildung der EU war auch ein Reflex auf diesen bisher weitgehendsten antikapitalistischen Vorstoß in einem NATO-Staat. Ihre Eingreiftruppen sollen künftigen Versuchen, aus dem imperialistischen Bannkreis auszubrechen, einen Riegel vorschieben. Selbst an der Bevölkerung Serbiens, das eine unabhängige Politik verfolgte, wurde ein furchtbares Exempel statuiert. Weltstrategisch ist der Hintergrund der „Neuaufstellung“ Europas allerdings viel weiter zu fassen. Man täuscht sich, wenn man annimmt, bei der EU gehe es allein um die Schaffung eines angemessenen Gegengewichts zu den Vereinigten Staaten, deren globale Ambitionen durch die geballte Kraft der „Alten Welt“ gekontert werden sollen. Natürlich spielt auch das eine Rolle. Doch in den Planungsstäben

an Spree und Seine denkt man darüber hinaus, weiß man doch genau, daß sich das ökonomische Gewicht und die politische Rangordnung der die internationale Entwicklung prägenden Mächte in den nächsten zwei Jahrzehnten grundlegend zugunsten von Staaten wie China, Indien und Rußland verschieben wird. Darauf will man „vorausschauend reagieren“. Das geschieht bereits. Stellen die Rußland ins Visier nehmenden USA-Raketensysteme, die in Polen und Tschechien installiert werden, einen weiteren Akt militärischer Einkreisung dar, so richtet die mit der NATO verzahnte EU ihre ökonomischen und politischen Geschütze auf die euro-asiatische Großmacht. Die jüngste martialische Sprachregelung der BRD-Medien gegenüber Beijing und Moskau erinnert an finstere Zeiten des kalten Krieges. Unter der „deutschen Ratspräsidentschaft“ ist weiteres Öl ins Feuer gegossen worden, nahm die bourgeoise Menschenrechtsheuchelei noch groteskere Züge an. Bleibt die Frage: Wie stellt sich die marxistische Linke auf diese Entwicklung ein? Tritt auch sie unter das „Banner Europas“? Von proletarisch-internationalistischen Positionen ausgehend und in der Geschichte der jeweiligen Nation fest verwurzelt, ist ihr eine „Regionalisierung“ der Welt im Sinne von Brüssel wesensfremd. Sie hat den Eurozentrismus stets als eine schädliche Ideologie abgelehnt. Deshalb muß es erstaunen, wenn anderswo die Akzeptanz des Marxismus ausgerechnet mit dem Argument verweigert wird, dessen Begründer hätten sich „zu sehr auf Europa beschränkt“. Ohne Zweifel lag der Schwerpunkt der Aktivitäten der I. Internationale im europäischen Westen und in den Vereinigten Staaten. Aber nehmen die Werke der Klassiker nicht auch auf Indien und viele andere Länder Bezug? Würde sich die KP Chinas als die derzeit bei weitem größte kommunistische Partei weiterhin auf den Marxismus-Leninismus berufen, wenn Marx und Engels tatsächlich Eurozentristen gewesen wären? Lenin hat die zu seiner Zeit verkündete bürgerliche Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“ als reaktionär zurückgewiesen. Dem Europa der Monopole, dessen von Franzosen und Niederländern abgelehnte EU-Verfassung jetzt in neuem Gewande präsentiert wird, sagen wir kompromißlos den Kampf an. Zugleich fühlen wir uns allen fortschrittlichen Kräften des Kontinents verbunden, ohne uns vom Rest der Welt abzuschotten. Denn es bleibt dabei: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! **Klaus Steiniger**



INHALT

Die Stafette der Generationen	S. 2
Käthe Seelig: Was muß man wissen?	S. 2
Die „Aurora“ und ihre Geschichte	S. 3
Von einem, der absolut nicht „rüber“ wollte	S. 4
Heimkehr eines deutschen Jungen	S. 4
DDR-Ferien eines Düsseldorfers	S. 5
Die „Ethik“ der Raubzüge	S. 6
Von den Faschisten gehaßt:	
Fiete Schulze	S. 7
Gorbatschows „Säuberungen“	S. 8
In den USA eingekerkerte Freunde der DDR brauchen Solidarität	S. 9
Auch Adolf Eichmann arbeitete für Rockefeller	S. 10
Horst Schneider: Lügner am Pranger	S. 11
Rauscher durchgerauscht	S. 11
Der Hochverräter	S. 12
Franz Kahmann: Celle	S. 12
Die Helden von Dynamo Kiew	S. 13
Anrühiges	S. 14
Zwischenruf	S. 14
Über „Tatarmeldungen“ und Luftnummern	S. 15
Stau im politischen Verkehr	S. 16
Was das Büropersonal einst zu beachten hatte	S. 16
■ Ich verteidigte Gernika	Extra I-IV
Eine Reise zum Baikalsee	S. 17
Was ein Däne in Heiligendamm erlebte	S. 18
Chávez bei Ortega	S. 19
Belgien: Das Hohelied der Partisanen	S. 20
Bushs Falle für Brasilien	S. 21
Warum sich Polens Reaktion auf den Warschauer Aufstand beruft	S. 22
Ein Mormone ins Weiße Haus?	S. 23
Einsperr-Rekorde der USA	S. 23
Das wahre Gesicht des Santiago Carrillo	S. 24
Funksprüche an Sonja	S. 25
Hugo Huppert: Er übersetzt Majakowskis Lenin-Poem	S. 26
Archie und der Präsident	S. 27
Der Kritische Salon	S. 28
Paul Gerhardt aus der Bierflasche	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Fritz Künnemanns Tochter schreibt an den „RotFuchs“

Die Stafette der Generationen

Im RF Nr. 115 veröffentlichten wir einen Beitrag unseres Börde-Autors Karl Schlimme über den Klein Wanzlebener Kommunisten Fritz Künnemann, der Anfang der 30er Jahre die lokale KPD-Zeitung „Roter Besen“ herausgegeben hatte. Dessen Tochter **Ruth Konietzny** aus Langenbogen meldete sich daraufhin bei der Redaktion, um ihre Freude über das Erscheinen des Artikels zum Ausdruck zu bringen. Sie sandte dem RF folgende Zeilen:

Was für eine wunderbare Würdigung hat mein Vater für seinen Mut erhalten, den er besonders in der Zeit des aufkeimenden Faschismus und auch später bewiesen hat. Sein Wirken galt der werktätigen Bauernschaft, ist doch Klein Wanzleben ein Bördedorf. Ganz besonders aber sorgte er sich um die Arbeiter der dortigen Zuckerfabrik, eines damals profilbestimmenden Unternehmens der Region.

Wenn mein Vater im „Roten Besen“ schrieb, Inspektor Braune habe den Klein Wanzlebener Gutsarbeitern „kein billiges Fleisch gegönnt“, dann zeigt das nur, wie brutal den einfachen Menschen auch zu jener Zeit in die Tasche gegriffen wurde. Ein Vergleich mit den gegenwärtigen Verhältnissen drängt sich auf, auch wenn sich heute alles auf „höherem Niveau“ abspielt. Doch die Medien verkünden ohne Skrupel, daß drastische Preiserhöhungen für Fleisch, Milch, Getreide und vieles andere ins Haus stünden. Schuld daran sollen die auf einmal fehlenden Butterberge und natürlich „die Chinesen“ sein, die plötzlich zu viel Milch konsumieren. Welch ein Hohn! Von den Millionen Kindern in der BRD, die unterhalb der Armutsschwelle leben, ist keine Rede.

Und noch etwas beunruhigt mich: Die bereits überall aktiven faschistischen Verbände, deren Auftreten an die frühen 30er Jahre erinnert. Die Herrschenden sehen und hören weg. Wie sich die Bilder gleichen: Unter den Augen von CDU und SPD formiert sich in Deutschland aufs neue der Faschismus.

Vaters Anliegen, immer zu unterscheiden, was Recht und was Unrecht ist, zu begreifen, was den Menschen nützt und was ihnen schadet, sich stets human, zugleich aber auch kämpferisch zu verhalten, hat in gewisser Weise auf mich abgefärbt. Und ich habe mich in diesem Sinne zu handeln bemüht. Das verdanke ich Vaters Erziehung.

Schon als junges Mädchen hatte ich Freude an der Beschäftigung mit Kindern. Der Pionierleiter in unserem Dorf verstand es gut, uns dafür zu begeistern. So entschloß ich mich, ein Lehrerstudium aufzunehmen. Mein Vater bestärkte mich darin, obwohl ich nur acht Grundschulklassen besucht hatte. Am Institut für Lehrerbildung in Köthen beschlich mich bisweilen der Gedanke, die Flinte ins Korn zu werfen.

Aber alle, denen ein gutes Stück Bildung fehlte, wurden von dieser Einrichtung so motiviert, daß sie ihr Bestes gaben.

Als junge Lehrerin begann ich in einem kleinen mecklenburgischen Dorf. Oft hatte ich Heimweh. Eines Tages bin ich einfach abgehauen und nach Hause gefahren. Das enttäuschte meinen Vater. Ich bat ihn, mir zu helfen, in der Börde Arbeit im Schuldienst zu finden. Er lehnte das ab. Unter Tränen verabschiedete ich mich, um nach Mecklenburg zurückzukehren. Noch heute klingen mir Vaters Worte im Ohr: „Du mußt Dich in unserem Staat, der auch Dein Staat ist, bewähren.“

Später, als ich in Halle an einer Polytechnischen Oberschule unterrichtete, wurde ich als junge Genossin an die Bezirksparteischnule Ballenstedt delegiert. Dort lernte ich meinen Mann kennen, der mir in all den Jahren ein guter Berater und eine wahre Stütze war. Schließlich nahm ich noch ein Fernstudium an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Fachrichtung Deutsche Sprache und Literatur, auf. Das war neben der Lehrtätigkeit keine leichte Sache.

Ich hatte immer Freude an meinem Beruf. Allerdings mußte ich erleben, wie es auch

in unseren Reihen Karrieristen gab, die nur den eigenen Vorteil im Auge hatten und sich bei übergeordneten Leitungen einkratzten. Im Umgang mit solchen Leuten zog man bisweilen den kürzeren. Nicht selten mußte ich in meinem Arbeitsleben – ich war stellvertretende Direktorin, Leiterin einer Schule und Parteisekretärin einer POS – feststellen, daß autoritär-diktatorische Methoden von Funktionären, häufig mit ungenügender Sach- und Fachkompetenz gepaart, dazu führten, positive Initiativen zu lähmen. Manchmal hätte ich das Gefühl haben können, bei der Wahrnehmung meiner Aufgaben selbst der Verursacher von Mißständen gewesen zu sein, obwohl ich mich redlich bemühte, gerade gegen diese anzukämpfen. In solchen Situationen glaubte ich, daß mir der Boden unter den Füßen entglitt.

Ich nehme für mich nicht in Anspruch, Kommunistin zu sein. Sind aber jene Kommunisten, die dieses Wort ständig im Munde führen, ohne sich entsprechend zu verhalten? Auf das tatsächliche Handeln kommt es an. Das hat mir Vater vorgelebt.

Oft denke ich: Wie gut wäre es, hätten junge Leute in der BRD heute solche Entwicklungschancen und Möglichkeiten, wie wir sie damals in unserer Republik besessen haben.

Mit Hilfe des RF kann ich die manchmal verwirrenden politischen Geschehnisse in diesem Land und in der Welt besser überblicken. Auch die Hintergrundinformationen der Zeitschrift sind sehr orientierend. Wenn die Zahl ihrer Leser wie bisher zunehmen würde, könnte dabei eine gesellschaftliche Kraft entstehen, die zu sozialen und politischen Veränderungen in der BRD beiträgt.

Zwischen dem „Roten Besen“, den mein Vater einst im Bördedorf Klein Wanzleben für die Bauern und Arbeiter herausgegeben hat, und dem „RotFuchs“ besteht eine direkte Verbindungslinie, gewissermaßen ein roter Faden. Ich danke dem Autor Karl Schlimme für seinen zu Herzen gehenden Artikel, der mich tief bewegt hat.

Mit der Gründung der DDR wurde der größte Wunsch meines Vaters Wirklichkeit. Nach 1945 arbeitete er jahrelang als Vorsitzender der VdGB/BHG im Bördedekreis am Aufbau der sozialistischen Landwirtschaft. In den letzten Jahren seines Lebens war er in der SED-Kreisleitung Wanzleben tätig.

Die Stafette habe ich einst von ihm übernommen und mich den eigenen Kräften und Fähigkeiten entsprechend politisch und fachlich zu qualifizieren versucht, um den Anforderungen, die an meine Generation gestellt wurden, gerecht zu werden. Manchmal frage ich mich, wo die Kinder unserer Genossen, die doch sicher so wie ich erzogen wurden, heute eigentlich sind. Sich mutig Bekennende werden dringend gebraucht.

Was muß man wissen?

Man muß nicht alles wissen, was hinter den Kulissen passiert und uns serviert als Highlight voller Wunder: Geld adelt jeden Plunder.

Auch muß ich es nicht hören, wenn sie auf Freiheit schwören, sie Maß für Maß genießen auf den Oktoberwiesen. Himmlisch berauscht, der Äther lauscht.

Aber gern würd' ich erfahren, ob die Erde sich noch dreht, wenn wir uns zu Tode sparen, indessen die Lobby der Rüstung hoch über der Brüstung im Wohlstand steht.

Und um dieses abzurunden würde ich auch gern erkunden, ob sich das nicht ändern läßt! Ach, es bleibt mir nur ein Rest jener Zeit, die uns gegeben für ein kurzes langes Leben.

Schließlich ist es auch normal, muß ein jeder doch einmal, wenn er Abschied nimmt, spüren, daß es stimmt: Man hat keinen Schimmer, und es ist für immer.

Ich will ihn nicht wissen, den Tag und die Stunde. Will solche Kunde nicht vorher erfahren, will mir bewahren bis es denn Zeit, einen Zipfel Heiterkeit.

Denn die Hoffnung stirbt zuletzt!

Käthe Seelig

Untrennbar mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vor 90 Jahren ist der Name des Kreuzers „Aurora“ verbunden. Der 1897 auf Kiel gelegte und 1903 in Dienst gestellte stählerne Koloß gehörte zu den modernsten und schnellsten Kriegsschiffen seiner Klasse. Seine Feuertaufe erhielt er im russisch-japanischen Krieg (1904/1905). Die „Aurora“ war Teil der Kreuzerdivision des zweiten Pazifischen Geschwaders, das im Oktober 1904 die Ostsee verließ, um den durch japanische Seekriegseinheiten bedrängten Schiffen des ersten Geschwaders in Port Arthur (China) zu Hilfe zu kommen. Im Dezember erreichte der Verband Madagaskar und blieb hier bis März 1905, um sich auf die bevorstehenden Kampfhandlungen vorzubereiten. Das erste Geschwader war inzwischen jedoch vernichtet, Port Arthur übergeben. Zu dieser Zeit erreichte die Matrosen die Nachricht vom Beginn der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland.

Am 14. März 1905 stieß das zweite Pazifische Geschwader in der Koreastraße, nahe der Insel Tsushima, auf die japanische Flotte. Am Morgen des darauffolgenden Tages existierte das russische Geschwader als Kampfverband nicht mehr. Die zaristische Flotte hatte eine vernichtende Niederlage erlitten, die „den vollständigen militärischen Zusammenbruch der Selbstherrschaft“ bedeutete, schrieb Lenin. (Werke, Bd. 8, S. 482).

Auch die „Aurora“ hatte mehrere Treffer abbekommen und hohe Verluste zu beklagen. Dennoch blieb sie kampffähig und manövrierfähig und konnte der Vernichtung entgehen. Der Kreuzer drehte nach Süden ab, seine Besatzung wurde in Manila interniert. Während des ersten Weltkriegs leistete er Aufklärungs- und Vorpostendienst im Finnischen Meerbusen.

Im November 1916 kam die „Aurora“ zu Instandsetzungs- und Umbauarbeiten in die Werft. Dabei festigte sich die Verbindung der Matrosen mit revolutionären Arbeitern. Am 27. Februar 1917 wurde ein Besatzungsmitglied des Kreuzers von Offizieren erschossen, als man versuchte, drei auf dem Schiff festgesetzte Arbeiter zu befreien. Einen Tag später übernahmen die Seeleute das Kommando über die „Aurora“ und setzten als erste in der Baltischen Flotte die rote Fahne.

Am 24. Oktober (6. November) 1917 kam es zu Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und bewaffneten Einheiten des Petrograder Sowjets. Ein Teil der Garnison ging auf die Seite der Bolschewiki über. Die isolierte Regierung ließ die Newa-Brücken schließen und von schwerbewaffneten Offiziersbataillonen sichern. Die „Aurora“ erhielt daraufhin vom Revolutionären Militärkomitee den Befehl, die Werft zu verlassen und das Schiff gefechtsbereit zu machen. Um 3.30 Uhr am Morgen des 25. Oktobers (7. November) navigierte der Kreuzer aus der Werft zur damaligen Nikolajew-Brücke (Leutnant-Schmidt-Brücke) und ging dort vor Anker. Matrosen, Arbeiter und Rotgardisten verjagten unter dem Schutz der Schiffsartillerie der „Aurora“ die weißen

Der Ruhm des Kreuzers der Revolution wird nicht verblasen

Die „Aurora“ und ihre Geschichte



Verbände von den Brücken und sicherten so den Zugang aus den Arbeitervierteln zum Stadtzentrum. Schlüsselpositionen wurden besetzt, und die revolutionären Kräfte warteten auf das Signal zum Sturz der bereits isolierten und handlungsunfähigen Provisorischen Regierung.

Am späten Abend feuerte die Bedienung eines der 152-mm-Geschütze – nach einem Lichtsignal von der Peter-Paul-Festung – auf Befehl des Kommissars des Kreuzers A. Belyschew und des Geschützführers E. Ognew einen blinden Schuß ab: das Zeichen für den Sturm auf das Winterpalais, den letzten Sitz der Provisorischen Regierung. Drei Stunden später hatte die proletarische Revolution in Petrograd gesiegt. Von der Funkstation der „Aurora“ wurde zu dieser Zeit der historische Aufruf Lenins „An die Bürger Rußlands!“ gesendet, der die Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Macht proklamierte.

In den folgenden Jahren kämpften „Aurora“-Matrosen an allen Fronten des Bürgerkrieges und gegen die ausländischen Interventionen. Viele von ihnen übernahmen wichtige Funktionen in Armee, Partei und Staat.

Ab Februar 1923 diente der Kreuzer 18 Jahre lang als Schulschiff der Baltischen Flotte, auf dem viele künftige Kommandeure der Seestreitkräfte der UdSSR ausgebildet wurden. In dieser Zeit nahm er an ersten Auslandsfahrten sowjetischer Kampfschiffe teil, die sie nach Norwegen, Schweden, Dänemark und Deutschland führten. Vom 18. bis 21. August 1929 lief die „Aurora“ zusammen mit dem Kreuzer „Profintern“ zu einem Flottenbesuch Swinemünde an. Während des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale wurde Ernst Thälmann bei einem Besuch des Schiffes am 7. September 1928 zum Ehrenmitglied der Besatzung gewählt.

Im Verlauf des Großen Vaterländischen Krieges demontierte man die Schiffsgeschütze. Sie wurden zur Verteidigung Leningrads eingesetzt. Die Matrosen begaben sich an die Landfront und nahmen an der Verteidigung der Stadt des Oktober

teil. Nach dem Sieg der Roten Armee wurde die „Aurora“ auf Vorschlag des Volkskommissariats der Seekriegsflotte der UdSSR Revolutionsmuseum und Denkmal für die gefallenen Seeleute der Baltischen Flotte. Millionen Besucher aus aller Welt sahen seitdem das legendäre Schiff der Revolution. (Bis zur Rekonstruktion 1984 waren es etwa 19 Millionen Menschen aus insgesamt 154 Ländern.)

Das Alter, die Belastungen der langen Fahrten und die Beschädigungen des Krieges sowie zahlreiche Umbauten machten eine gründliche Reparatur und Restaurierung erforderlich. Dabei stellten sich die sowjetischen Spezialisten die Aufgabe, den Kreuzer so wiederherzustellen, wie er im Oktober 1917 aussah. Am kompliziertesten waren die Arbeiten am Unterwasserschiff, das vollständig erneuert werden mußte. Auch der äußere Aspekt der „Aurora“ veränderte sich. Umbauten späterer Jahre wurden rückgängig gemacht. So befand sich z. B. das Buggeschütz, das das historische Signal zum Sturm auf das Winterpalais gab, 1917 weiter hinten. Der zentrale Leitstand, der Kommandoturm, die Brücke und die Rudermaschine wurden originalgetreu rekonstruiert. Ihre ursprünglichen Plätze erhielten ebenfalls die Scheinwerfer, die schweren Geschütze, die Flakkanonen und die Salutgeschütze. Tausende von Teilen mußten ersetzt werden. An der Erneuerung des Revolutionskreuzers beteiligten sich allein über 30 Leningrader Betriebe. Auch die Besatzung des Schiffes wurde einbezogen. Pünktlich zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution ließ man die „Aurora“ wieder zu Wasser. Am 16. August 1987 machte sie an ihrem ständigen Newa-Ankerplatz fest.

Heute ist der Kreuzer Traditionsschiff der russischen Flotte. Doch für Millionen Menschen bleibt er das Symbol für den Beginn des sozialistischen Zeitalters. Ihr Ruhm als Signalgeber des Aufstands ist untrennbar mit der proletarischen Revolution verbunden. Er wird trotz aller erlittenen Rückschläge nicht verblasen.

Manfred Meyer

Von einem, der absolut nicht „rüber“ wollte Ich war 1989 erst 15 Jahre alt

Schon seit langem wollte ich dem „RotFuchs“ einmal schreiben und mich dafür bedanken, daß es eine solche Zeitschrift gibt. Ich danke Euch von ganzem Herzen, daß Ihr Euch solche Mühe macht, den Sozialisten und Kommunisten eine Heimat zu geben, in der man auf Gleichgesinnte stößt. Ihr bringt ein Blatt heraus, das man nicht in einer halben Stunde durchgelesen haben kann, da auch der Kopf gefragt ist, der mitdenken muß und viel Wissenswertes erfährt.

Ich war 1989 erst 15 Jahre alt, aber ich habe die DDR sehr gut in meiner Erinnerung aufbewahrt. Inzwischen besitze ich auch etliche materielle Souvenirs, die ich später kaufen konnte. Was ich allerdings nicht mehr erwerben kann, ist das Leben in der DDR. Ich vermisse alles so sehr, daß ich manchmal sehr einsam in meinen Gedanken bin und am liebsten weinen würde. Ich vermisse meine Heimat und ihre Fröhlichkeit. Ich habe meine Eltern nie so sorglos gesehen wie in der DDR. Ich schaue mir sehr oft Fotos aus dieser Zeit an und versuche, die Uhr in Gedanken zurückzudrehen. Aber ich schaffe es nicht. Manchmal wünschte ich mir, ich würde wach und alles sei nur ein Alptraum gewesen. Es wird die DDR, wie ich sie kannte, nicht mehr geben. Eines Tages aber wird etwas anderes entstehen, doch die DDR gibt es nur noch ganz tief in

meinem Herzen. Schade, daß man es nicht geschafft hat, sie zu erhalten.

Liebe Genossen vom „RotFuchs“, ich habe gerade wieder Stunden im Internet zugebracht, um Wissenswertes über mein Vaterland zu entdecken. Leider bin ich bei der Suche nicht auf viele Seiten gestoßen, die ehrlich vom Leben in der DDR berichten. Aber ich habe einige Ausschnitte aus der „Aktuellen Kamera“ und dem „Schwarzen Kanal“ gefunden, die mir wieder einmal gezeigt haben, wie prinzipiell richtig seinerzeit die Argumentation gewesen ist. Damals habe ich es nicht so begriffen. Den Staatsbürgerkundeunterricht fand ich langweilig. Die DDR gab es, und das genügte mir. Ich konnte indes nicht ahnen, daß ihre Errungenschaften nicht mehr lange bestehen würden. Wenn ich jetzt in meinen Staatsbürgerkunde-Büchern lese, stelle ich fest, daß die Dinge richtig dargestellt worden sind. Was sie voraussagten, wie sie das System der BRD schilderten, das stimmte. Ich bin jetzt 32 und schon seit vier Jahren „RotFuchs“-Leser. Ich lebe in einem Land voller sozialer Kälte, wo allein die Gier nach Geld im Vordergrund steht, wo Arbeitslose für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht werden, wo das Fernsehen die Zuschauer immer mehr verblödet, wo Jugendliche keine

echten Vorbilder mehr haben und sich dadurch auch kaum orientieren können.

Ich hatte in der DDR so eine wunderschöne Kindheit. Ich erinnere mich besonders an die Kinderferienlager und Pionernachmittage. Es gab feste Regeln, Schulhort, mittags ein warmes Essen. Einfach alles, was man braucht, um erwachsen zu werden. Eine solche Kindheit werde ich meinen Nachkommen niemals bieten können. Denn in der BRD wird von einer kleinen Clique Privilegierter eine Politik gemacht, die lediglich den Interessen einer winzigen reichen Oberschicht dient. Den Bürgern aber redet man ein, daß es jeder schaffen könne, wenn er sich nur anstrengt!

Was ist das für eine Welt und was für ein System, mit denen wir konfrontiert sind! Ich hoffe nur, daß sich eines Tages alle linken Kräfte vereinen und den Massen eine alternative Gesellschaftsform als Ausweg zeigen, in der der Mensch wieder im Vordergrund steht. Ich würde so gern aus diesem System ausbrechen, aber ich kann es nicht! Ich kann nur versuchen, zu seiner Überwindung beizutragen. Damals hat den meisten DDR-Bürgern eine realistische Vorstellung davon gefehlt, wie es in der BRD tatsächlich aussieht. Deshalb haben sie die DDR nicht verteidigt. Wenn es diesen Vergleich im Bewußtsein der Mehrheit gegeben hätte, wäre die DDR bestimmt nicht so sang- und klanglos untergegangen, weil sich viele auf den Weg gemacht hätten, um für sie zu kämpfen.

Ich komme übrigens aus Halle an der Saale. Meine Eltern sind im Januar 1990 mit mir in die BRD gegangen. Bis zum Grenzübergang habe ich überlegt, ob ich kurz davor aus dem Zug abhaue oder nicht. Ich wollte absolut nicht rüber, aber was hat man mit 15 Jahren schon für eine Wahl?

Maik Arndt

Heimkehr eines deutschen Jungen

Der Junge kam heim, und ganz ohne Eile,
ihn trieben nur Disco und Langeweile.
Den treudeutschen Vater, den hörte er sagen:
Bewirb dich nur weiter, bloß nicht verzagen!

Du hast eine Lehrstelle noch nicht,
Und keiner nimmt dich in die Pflicht,
wie das Leben sie später verlangt.
Hast dich wieder mit Muttern gezankt?

Hast noch mal dich in die Schule verzogen,
obwohl sie dich als zu leicht hat gewogen.
Dort lernst du gar nichts Neues mehr,
dann geh mal lieber zur Bundeswehr.

Die schickt dich vielleicht nach Afrika.
Andere war'n schon im Urlaub da.
Oder vielleicht in den Mittleren Osten.
Ja, für dich läßt der Staat sich's was kosten!

Sei einer, der die Läufe zieht,
wenn anderswo ein Leben blüht.
Lösch's aus, sei nicht empfindlich.
Wenn du was machst, mach's gründlich.

Wenn du heimkommst, kannst die Fahne
schwenken.
Mußt ja nicht gleich an den Zinksarg denken.
Du mußt das Leben halt ausprobieren,
mit deinen Verdiensten, da kannst du studieren.

Die Mutter stand betend an seiner Bahre.
Ihr Gesicht trug nun mehr Falten als Jahre,
Die Trauer war ihr schon öfter begegnet,
jetzt wieder reichlich mit Tränen gesegnet.

Gerhard Naumann

Die **RF-Regionalgruppe Teterow** lädt für den **4. Oktober um 14.30 Uhr** in den Saal des Christlichen Jugenddorfwerkes e. V., Schlachthof 5, zu einer Veranstaltung mit der Vorsitzenden des Sozialausschusses im Deutschen Bundestag **Dr. Martina Bunge** (Die Linke) ein.

Ihr Thema: **Fragen der neuen Gesundheitsreform und des BRD-Rentenrechts**

Gäste sind herzlich willkommen.



Krieg ist unser Geschäft

Aus: „Proletären“, Göteborg

Erinnerungen eines Düsseldorfers an Ferien in der DDR

Erlebnisse am Scharmützelsee

Mit Wehmut und Begeisterung erzähle ich heute noch oft und gerne von den Ferien, die ich im Juli 1985 – gerade 18 und damit volljährig geworden – im Internationalen Freundschaftslager in Wendisch-Rietz am Scharmützelsee verbrachte. Wir Mitglieder der DKP-nahen SDAJ waren für zwei Wochen Gäste der DDR. Wir hatten nur die Kosten für die An- und Abreise per Bus selbst zu tragen. Kost und Logis waren frei. Tatsächlich behielt ich von meinem Taschengeld (50 Mark, natürlich zum offiziellen Kurs 1:1 gewechselt) am Ende noch 5 Mark übrig. In der weiträumigen Anlage am Westufer des Sees waren wir (ca. 500 Westdeutsche im Alter zwischen 14 und 35 Jahren und etwa ebenso viele FDJler, dazu kleinere Gruppen aus anderen Ländern z. B. aus Angola), überwiegend in großzügig ausgestatteten Bungalows untergebracht. Diese befanden sich inmitten einer Gartenlandschaft mit Grasflächen und kleinen Wäldchen, durchzogen von einem labyrinthartigen Wegenetz. (Wie ich später erfuhr, hat die Firma Neckermann den ganzen Komplex nach dem Anschluß der DDR aufgekauft.) Ein solcher Bungalow verfügte über fünf Schlafzimmer (ein Zimmer zu vier, eins zu zwei und drei zu jeweils drei Betten), ein Bad, eine Toilette und neben kleinen Korridoren zwischen den Zimmern ein großes Wohnzimmer mit Fernseher und gemütlicher Sitzzecke vor einer komplett verglasten Fassade. Draußen befand sich eine Terrasse mit Stühlen. Es gab eine Küchenzeile mit dazugehörigem Eßtisch. (Dies, obwohl wir dreimal täglich in der Kantine zum Nulltarif reichlich verpflegt wurden.) Das Freizeitangebot war beträchtlich. Täglich wurden zahlreiche Möglichkeiten offeriert. Betriebsbesichtigungen, Besuch der Gedenkstätte KZ Sachsenhausen, Ausflüge in die nähere Umgebung oder auch nach Berlin, Kanufahrten über die Brandenburgische Seenplatte gehörten dazu. Ich erinnere mich besonders gerne an die sehr beeindruckende Exkursion zu den Seelower Höhen, wo wir an einer Gedenkveranstaltung für die 1945 in der Schlacht um Berlin gefallenen Rotarmi-

sten und am anschließenden nächtlichen Fackelzug teilnahmen. Dabei zu sein war selbstverständlich jedem freigestellt. Wir konnten natürlich auch auf eigene Faust die Gegend erkunden (z. B. mit den kostenlosen verliehenen Fahrrädern, per Tret- oder Ruderboot oder mit dem Kanu, zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln). Doch viele blieben einfach im Lager, wo es ebenfalls die unterschiedlichsten Möglichkeiten gab, seien es diverse Turniere auf den zahlreichen Spiel- und Sportplätzen oder Diskussions- und Kulturveranstaltungen, zu denen einzelne FDJ-Gruppen einluden. Hinzu kamen die gemütlichen Einkehrmöglichkeiten mit oder ohne Musik oder auch nur die herrlichen Sandstrände. Jeden Abend ab acht Uhr bot man uns in der „Försterei“, dem in Ufernähe gelegenen Biergarten mit großer Bühne – bei schlechtem Wetter ausnahmsweise auch schon mal in der Kantine – ein buntes Programm. Oft spielten bekannte Rockgruppen (ich erinnere mich beispielsweise an Petra Ziegler und Band), aber es trat auch einmal eine Gesangs- und Tanzgruppe der Sowjetarmee auf; hinterher begab man sich zu Discos (wobei oft wir „Westler“ die Musik beisteuerten) und Tanz (ein halber Liter Bier kostete übrigens 98 Pfennig). Stets fand nach ein Uhr noch in dem einen oder anderen Bungalow eine spontane Party statt, auf der weiter gefeiert werden durfte. Zu den Attraktionen gehörte das „Bungalowcafé“, eine Cocktailbar, in der zu Preisen unter zwei Mark die raffiniertesten Kreationen angeboten wurden. Es gab das „Terrassenhausrestaurant“, wo die gehobenen Geschmäcker in gediegenstem Ambiente für rund fünf Mark ein komplettes Menü verzehren konnten, einen Supermarkt, ein Strandcafé (gleichzeitig als Eisdielen), einen Kiosk direkt am See und eben die Kantine, wo man sich mit Zigaretten und Getränken eindecken konnte. Aber wie gesagt: In den 14 Tagen gelang es mir nicht, meine 50 Mark gänzlich auszugeben. Es war eine fantastische Zeit. Wir erholten uns prächtig, lernten eine Menge Leute aus West und Ost kennen, sahen viel

von der herrlichen Gegend, durchstreiften Berlin und amüsierten uns – fast hätte ich geschrieben „königlich“, aber eben das trafe es nicht – auf sozialistische Art. Leider muß ich zugeben, daß dieser erste Urlaub 1985 auch mein schönster im Internationalen Ferienlager am Scharmützelsee bleiben sollte. Obwohl ich in den darauffolgenden drei Jahren stets wieder mitfuhr, wurde die Stimmung doch von Jahr zu Jahr belasteter. Immer mehr „Hooligans“ reisten aus der BRD mit, denen an Ausflügen und Diskussionsveranstaltungen nicht gelegen war. Sie konzentrierten sich darauf, die (dank Schwarztausch zum zerstörerischen Kurs von 1:5 oder gar 1:6 noch grotesk verbilligte) Möglichkeit zum „Komasaufen“ auszunutzen, wobei sie sich teilweise sogar in Vandalismus gefielen. Es kam am Ende zu Schlägereien, was mir 1985 undenkbar erschienen wäre. Die FDJ, deren Mitglieder zuvor stets gehalten gewesen waren, ihr Blauhemd zu tragen, um als Ansprechpartner erkennbar zu sein, sah sich dadurch mehr und mehr in eine Art Polizeifunktion gedrängt, auch, weil sich zunehmend Punks aus nahegelegenen Städten und Orten ins Lager einschlichen. Man nahm sogar nächtliche Ausweiskontrollen vor, was die Atmosphäre natürlich weiter vergiftete. Tatsächlich war auch die durchaus nachvollziehbare Entscheidung, nur die bewährtesten FDJler zu diesem Urlaub (und damit auch zur Konfrontation mit dem „Westen“) zuzulassen, manchmal kontraproduktiv. Statt wie früher offen zu diskutieren und Argumente auszutauschen, wurde immer öfter auf genormte „Parteifloskeln“ zurückgegriffen. Zumindest hatten meine Freunde und ich zuweilen diesen Eindruck. Dennoch gehört der Urlaub im Internationalen Ferienlager zu meinen schönsten Jugenderinnerungen. Ich werde der DDR ewig dankbar sein, mir diesen ermöglicht zu haben, und der BRD ewig zürnen, weil sie solch schöne Tage auf unabsehbare Zeit verhindert. **Thomas Movtchaniouk**

Acht Mylauer Helden

Bis vor einigen Jahren erinnerte in Mylau bei Reichenbach eine Tafel an acht Kommunisten, die 1932 unter Einsatz ihres Lebens eine mutige Tat vollbrachten. Anlässlich der Reichspräsidentenwahl schrieben sie auf die Göltzschtal-Brücke mit riesigen Lettern die Losung „Wählt Thälmann!“ Im Zuge der Konterrevolution verschwand die Tafel. Auch 17 Jahre danach ist eine entsprechende Kopie noch nicht wieder an ihrem Platz. Die Ortsgruppe Mylau/Netzschkau der Partei Die Linke hat jetzt eine entsprechende Initiative unternommen. Der Stadtrat versprach finanzielle Hilfe. Der „RotFuchs“ unterstützt und begrüßt den Einsatz seiner Mylauer Leser und Freunde. ■



Am **25. Oktober** begeht der standhafte Marxist, bedeutende Gelehrte und hochgeschätzte „RotFuchs“-Autor

Prof. Dr. Horst Schneider

in Dresden seinen **80. Geburtstag**. Der Vorstand des Fördervereins und die „RotFuchs“-Redaktion



übermitteln dem guten Freund, erprobten Kampfgenosse und namhaften Wissenschaftler zu seinem großen Jubiläum herzliche und solidarische Grüße.

Wie die Bundeswehr für Deutschlands Weltgeltung sorgt

Die „Ethik“ der Raubzüge

An der Schnittstelle und Drehscheibe für den Dienst der Bundeswehr im Inland und im Auslandseinsatz – gemeint ist der militärische Teil des Flughafens Köln-Wahn – versammelte sich vor ein paar Monaten die Crème de la Crème der bundesdeutschen Armee, um die „Mutter der Kompanie“ – A. M., des Pfarrers Töchterlein – zu begrüßen.

Was wollte die Kanzlerin „sehr gerne“ im Hangar mit den beteiligten Raubrittern feiern? Man beging den 50. Jahrestag der Militärseelsorge in der Truppe!

Frau Merkel ließ es sich nicht nehmen, zunächst einem friedlich Verblichenen zu danken, Prälat Hermann Kunst, der 1999 von Gott in sein ewiges Heer abberufen wurde. Immerhin hat dieser gottesfürchtige Bruder vom Jahrgang 1907 den Kaiser und Hitler überlebt. 1956 wurde er zum evangelischen Militärbischof in der BRD ernannt und rang mit einer Stiftung um Ansehen bei der Modernisierung von Bibeltexten. Fazit: Bis zum heutigen Tag ist der Begriff „Moral“ für die heilige Schrift nicht tauglich. „Um Gottes willen, wozu auch?“ Nein! Eine solche Bemerkung hat sich die Bundeskanzlerin in aller Öffentlichkeit verkniffen.

Wie schon in „alten Zeiten“ konnte sie den frommen Uniformträgern versichern: „Der Staat sorgt für organisatorischen Aufbau, für Finanzierung und sonstige Unterstützung. Dabei werden die kirchliche Unabhängigkeit und das staatliche Neutralitätsgebot geachtet.“

Woher dann das Koppelschloß mit der Prägung: „Gott mit uns!“? Die kaiserlichen Armeen trugen es, die Wehrmacht trug es, und auch Polizeieinheiten der BRD trugen es sogar noch in den 70er Jahren. Das Neutralitätsgebot umriß vor 1945 Bischof Dibelius mit den Worten: „Auch der Staat Adolf Hitlers kann sich auf die Einsatzbereitschaft der evangelischen Christen verlassen.“

Schon im 1. Weltkrieg rafften die kaiserlichen Eroberungspläne – „Gott mit uns“ – 1 809 000 Deutsche dahin, 4 247 000

überlebten als Krüppel in dem dann durch Versailles eingeschränkten „deutschen Lebensraum“. Und für die Zusage von Dibelius starben zwischen 1939 und 1945 nicht weniger als 7 590 000 deutsche Soldaten und 2 760 000 Zivilisten. Und wiederum ging „deutscher Lebensraum“ verloren.

Immerhin hat Goebbels klar ausgesprochen, was den Predigern nie über die Lippen kommt: „Die Verteilung der Erde ist keine von Gott gewollte, sondern eine von den Menschen durchgeführte.“ Allwöchentlich erschien während der Nazi-Zeit ein von der NSDAP veröffentlichter Spruch als Leitmotiv für die Nation. Für die Woche vom 26. 10. bis 1. 11. 1941 lautete er: „Unsere Soldaten verteidigen alles, was wir besitzen, auch das, was wir als deutschen Geist besitzen: Die deutsche Kunst und die deutsche Wissenschaft, die Freiheit der Forschung und die Würde der Nation.“

Und die gottesfürchtige Frau Merkel äußerte vor den Raubrittern in Köln-Wahn: „... 7 600 Bundeswehrangehörige sind zur Sicherung des Friedens und zur humanitären Hilfe auf dem Balkan, in Asien, in Afrika und im Nahen Osten im Einsatz. Sie tragen mit dazu bei, grundlegenden Werten, wie wir sie in unserem Grundgesetz verbrieft haben, auch fernab von Deutschland Geltung zu verschaffen.“

Wie nennt man das? Intervention? Aggression? Okkupation? Und wie steht es um die Opfer? „2000 Lufttransporte von Verwundeten“ vermittelt eine Überschrift im Monatsmagazin „Die Bundeswehr“. „In den vergangenen fünf Jahren wurden durch das Sanitätsführungskommando 2000 strategische Verwundetentransporte veranlaßt.“ So versteht sich die Äußerung des Verteidigungsministers Jung, für 2008 habe er angeordnet, „die Zahl der Stellen für Grundwehrdienstleistende um 5000 auf 35 000 aufzustocken“.

Nun ziehen sie nicht mehr „mit Gott“ in fremde Länder, sondern für „Einigkeit, Recht, Freiheit“. So steht es jedenfalls auf

ihren Koppelschlössern. Das Wort Frieden kommt hier nicht vor!

Seit einiger Zeit gibt es in der Bundeswehr eine Debatte über ein geplantes zentrales Ehrenmal für die im Auslandseinsatz Gefallenen – „In Gottes Namen“? Nein! Eine solche Würdigung findet sich nicht im „Amtsblatt der Reichshauptstadt“ für die Gefallenen im damaligen Auslandseinsatz. Aber man könnte abschreiben. Ein Berliner Hauptwachtmeister der Feuerwehr fiel 1941 „Im Kampfe um Deutschlands Freiheit“. So was steht ja heute auch auf dem Koppelschloß; ein Weddinger Stadtinspektor starb „im Kampf gegen den Bolschewismus“, ein anderer erhielt postum die Erinnerungsmedaille für seine Teilnahme am „Kreuzzug gegen den Kommunismus“.

Der Wochenspruch der NSDAP für die Zeit vom 16. bis 22. 12. 1940 lautete: „Der Führer hat uns gerufen, nun werden wir alle kommen und unsere Opfer bringen.“ In eben jener Woche erließ Hitler die Weisung 21 (Barbarossa) zum Überfall auf die Sowjetunion.

Und schon wieder gibt es eine „Ostfront“. Seit dem Jahr 2001 tummeln sich in Termez (Usbekistan) Bundeswehrsoldaten auf einem Lufttransportstützpunkt, der als „Tor zu den deutschen Truppen in Afghanistan“ bezeichnet wird. In der Ausgabe der Zeitschrift „Y“ vom Mai 2007 wird nüchtern mitgeteilt: „Jede Woche fliegen zwei Airbuse A 310 der Flugbereitschaft der Bundeswehr Köln/Bonn Passagiere und Material zum Einsatzgeschwader Termez. Wenn Kontingentwechsel ansteht, wie zuletzt im März 2007, fliegen sogar pro Woche drei Airbuse mit bis zu 200 Passagieren pro Maschine.“ Unter den von dort Abtransportierten befanden sich auch 21 in Afghanistan gefallene deutsche Soldaten. Sie starben fern der Heimat für „Einigkeit, Recht, Freiheit“. **Hans Horn**



Karikatur: Heinz Herresbach



Grafik: Karlheinz Effenberger

Unter Druck: Franz Josef Jung

Seit der Verhaftung am 16. April 1933 bemüht sich die Nazijustiz der Hansestadt Hamburg, ihren Gefangenen zu brechen und ihn zum Verrat an seiner Klasse und seiner Partei zu bewegen. Doch schwerste Folter, strengste Isolationshaft, Todesdrohungen, aber auch der Versuch, ihn durch das Angebot eines gut bezahlten Postens zu korrumpieren, führen zu nichts. Der Mann ist von seiner kommunistischen Überzeugung auf keine Weise abzubringen. So eröffnet das Oberlandesgericht am 13. Februar 1935 den Prozeß. Obwohl der Angeklagte alle Anschuldigungen widerlegt, die ihm vorgeworfenen „kriminellen Handlungen“ als politische und revolutionäre Taten begründet und standhaft seine Ehre verteidigt, verurteilen ihn die Faschisten in Richterroben dreimal zum Tode und obendrein zu 260 Jahren Zuchthaus. Wenige Wochen später, am 6. Juni, wird der stadtbekannt Kommunist Fiete Schulze in aller Heimlichkeit auf einem Hof des Untersuchungsgefängnisses Hamburg mit dem Handbeil enthauptet. Proteste aus vielen Ländern, auch von namhaften Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Heinrich Mann, Henri Barbusse, Frans Masereel, Maxim Gorki und Martin Andersen Nexö können sein Leben nicht retten.

Fritz Karl Schulze, von Freunden und Genossen nur Fiete genannt, wird am 22. Oktober 1894 in Hamburg-Schiffbek geboren. Obwohl beide Eltern als Maschinenarbeiter in Textilfabriken beschäftigt sind, leidet die Familie so große Not, daß neun Geschwister Fietes schon im Kindesalter sterben. Die verheerende soziale Lage ist auch der Grund dafür, daß dieser seinen Traumberuf, als Matrose zur See zu fahren, nicht ergreifen kann. So tritt er nach der Volksschule 1908 die Lehre als Schlosser an und arbeitet als solcher auf mehreren Werften, bis ihn 1916 der Einberufungsbefehl ereilt. Er dient zuerst als Infanterist auf dem Balkan, bis er nach Genesung von einer schweren Verwundung zu einer Fliegerabteilung in Pommern versetzt wird.

Vom Vater, der Sozialdemokrat ist, bekommt Fiete erste politische Erfahrungen vermittelt, ebenso von älteren Kollegen auf den Werften. Denn Hamburg gehört zu den Hochburgen der Arbeiterbewegung. Hier findet 1906 der erste politische Massenstreik nach dem Vorbild der russischen Revolution vom Vorjahr statt. Schon als Lehrling tritt Fiete in die Gewerkschaft ein und mit 19 in die Partei August Bebel's. Die Novemberrevolution 1918 veranlaßt ihn, seine Bindung zur SPD in Frage zu stellen. Er verläßt sie im darauffolgenden Frühjahr und schließt sich der USPD an. Politisch im Krieg und durch die revolutionären Ereignisse gereift, wird er eines ihrer aktivsten Mitglieder und bald durch sein prinzipielles, resolutes und weitsichtiges Auftreten bekannt. Der Kapp-Putsch im März 1920 verlangt von ihm die erste Bewährungsprobe. Er übernimmt die Führung einer Gruppe bewaffneter Arbeiter und schlägt mit ihr einen Angriff von Putschisten zurück.

Er leitete den Massenselbstschutz in Hamburgs Arbeitervierteln Von den Faschisten gehaßt: Fiete Schulze

Das geeinte Handeln der Arbeiterklasse führt bei den Mitgliedern der USPD zu der Einsicht, daß eine starke revolutionäre Partei des Proletariats notwendig ist. Wie fast überall im Lande treten in Hamburg 95 Prozent der USPD-Mitglieder unter Führung Ernst Thälmanns zur KPD über. Und auch diese neue Partei hat für Fiete Schulze eine verantwortungsvolle Aufgabe. Angesichts des frechen und brutalen



Vorgehens des Klassenfeindes beschließt die Partei, einen wirksamen, nach militärischen Prinzipien organisierten Ordnungsdienst zum Schutze von Kundgebungen, Demonstrationen und Einrichtungen der KPD aufzubauen. In Hamburg-Schiffbek stellt sie Fiete Schulze an die Spitze dieses Dienstes.

Ende 1923 kommt es in Deutschland zu einer neuen revolutionären Situation. Velerorts finden Demonstrationen statt, und in Sachsen und Thüringen bilden sich Arbeiterregierungen. Deshalb ruft die KPD zum Generalstreik auf und orientiert auf eine mögliche bewaffnete Auseinandersetzung mit der Reaktion. Darauf bereiten sich die Hamburger Kommunisten vor und schlagen in den Morgenstunden des 23. Oktober los. Sie stürmen Polizeiwachen, besetzen Ämter, errichten Barrikaden und Straßensperren. Einer ihrer militärischen Führer ist Fiete Schulze,

der mit seinen Männern in Schiffbek die Angriffe weit überlegener Kräfte von Polizei und Reichswehr zurückschlägt. Doch nach zwei Tagen muß der Aufstand abgebrochen werden, die von den Hamburgern erhofften revolutionären Aktionen im ganzen Lande bleiben aus.

Der Verfolgung und drohenden Verhaftung durch die kapitalistische Staatsmacht entgeht Fiete, indem er auf dem Großsegler „Flora“ anheuert und nach Südamerika fährt. Zwei Jahre arbeitet er in Chile als Hafenarbeiter und Bergmann, bis es ihn in die Heimatstadt zurückzieht. Dort kann er aber nicht bleiben, denn der Haftbefehl ist noch nicht aufgehoben. So schickt ihn die Partei in die Sowjetunion. Nach mehrmonatigem Aufenthalt in Leningrad nimmt er Ende 1927 ein Studium an der „Universität der nationalen Minderheiten des Westens „Julian Marchlewski“ auf, das er mit hervorragenden Ergebnissen abschließt. Er erwirbt die Lehrbefähigung in Politischer Ökonomie, unterrichtet deutsche Facharbeiter und Spezialisten, die in Moskau arbeiten. Dann wird er Lehrer an der Parteischule in Noworossisk, schließlich, wieder in der Hauptstadt, Aspirant an der Marchlewski-Universität.

Im Frühsommer 1932 hält ihn nichts mehr in der sowjetischen Hauptstadt. Die Nachrichten aus der Heimat über den Kampf seiner Partei gegen die immer dreister auftretenden Nazis, gegen deren Mordterror, dem Kommunisten, Sozialisten und andere Demokraten zum Opfer fallen, veranlassen ihn, in die Elbmetropole zurückzukehren. Dort haben sich wie überall in Deutschland Menschen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und parteilose Arbeiter zu der von der KPD ins Leben gerufenen Antifaschistischen Aktion vereint, um sich gemeinsam gegen die Nazis zu wehren. Besonders nach dem Altonaer Blutsonntag am 17. Juli 1932, an dem SA-Banditen mit Unterstützung der Polizei 14 Antifaschisten ermorden und 70 zum Teil schwer verletzen, gehen sie dazu über, einen Massenselbstschutz zu formieren. Die Partei beauftragt Fiete, diese Organisation in der Hafenstadt aufzubauen. Innerhalb kurzer Zeit gelingt es ihm, eine schlagkräftige Abwehrfront zu organisieren, die den Faschisten in den Arbeitervierteln entschiedenen Widerstand entgegensetzt. Bei vielen dieser Kämpfe steht Fiete selbst in vorderster Reihe und gibt seinen Genossen ein Beispiel an Mut und Entschlossenheit.

Übrigens: Bis Februar 1981 weigerte sich die Nazi-Nachfolgejustiz der BRD wiederholt, das Todesurteil gegen Fiete Schulze aufzuheben.

Günter Freyer

Was Glasnost und Perestroika für die Kader der KPdSU bedeuteten

Gorbatschows „Säuberungen“

Seit Anbeginn steht der Kapitalismus unter dem Druck der Dialektik zwischen Arm und Reich, Ehrbarkeit und Betrug, Krieg und Frieden – um nur wenige der katastrophalen Auseinandersetzungen zu nennen, die der Menschheit Zwist und Vernichtung gebracht haben. Daher beherrscht die „Kapitäne des Kapitals“ eine existentielle Angst vor dem Ende ihrer Ära: vor dem Zusammenbruch ihres Staatswesens, dem Verlust ihrer Privilegien und ihres Reichtums, die Angst vor der Rache der Ausgebeuteten – ja, vor der Revolution, die das Rad der Geschichte herumreißen und sie mit der Masse der Bevölkerung auf ein gleiches Niveau herunterziehen würde. Rußlands Oktoberrevolution vor 90 Jahren und die chinesische Revolution, die 1949 die Kommunisten ans Ruder brachte, waren Signale der Zukunft.

Es ist wichtig, die Umstände und Bedingungen zu verstehen, die zum Untergang der Sowjetmacht führten. Bestand eine Notwendigkeit dazu, wie der Westen und seine Parteigänger heute behaupten?

Die kapitalistischen Medien vermitteln einem zutraulich-naiven Publikum verzerrte Vorstellungen vom Sozialismus und Kommunismus, um das eigene ausbeuterische System in ein akzeptables Licht zu rücken. Sie behaupten, dieses sei vielleicht nicht ganz perfekt, aber doch immerhin „freiheitlich-demokratisch“. Begriffe wie friedliche Koexistenz, die seinerzeit von Chruschtschow verabsolutiert wurden, sowie die Phrase von den „Menschenrechten“, die ohne jeden konkreten Bezug in die Welt hinaustrumpet wird, sollen Friedfertigkeit und Humanität vorgaukeln. Dieselbe Methode wurde auch in der Endphase des Bestehens der Sowjetunion angewandt – mit bekanntem Ergebnis. Ein paar Schlaglichter zur Lage in den letzten Jahren der UdSSR sollen zum Verständnis dieser komplexen Situation beitragen, die ja auch für die DDR fatale Folgen hatte.

Gegen Ende des Jahres 1987 zerfiel in der UdSSR der Zusammenhalt von Partei und Staat. Die meisten Mitglieder des Politbüros – A. Gromyko, L. Zaikow, V. Nikonow, M. Solomentzew, N. Slyunkow, G. Razumowski – folgten Gorbatschow,

ohne irgendwelche Fragen zu stellen. Eine andere Gruppe – A. Jakowlew, E. Schewardnadse, B. Jelzin – standen rechts und nahmen immer offener antisozialistische und antikommunistische Positionen ein. Andere Mitglieder des PB schlossen sich keiner Fraktion an und handelten nach eigenem Ermessen. Das waren J. Ligatschow, N. Ryshkow, W. Worotnikow, B. Tschebrikow und W. Schtscherbitzki.

Uneinigkeit, Konfusion und Entfremdung spitzten sich weiter zu. Anfang 1988 begann eine absolut zerstörerische Propaganda-Welle plötzlich die Medien der UdSSR zu überfluten. Unter dem Vorwand neuerlicher Auseinandersetzung mit dem „Personenkult“, wurde eine furiose und oft lügnische, vor allem aber pauschalisierende „Abrechnung“ mit der gesamten sowjetischen Vergangenheit und der kompletten Geschichte der KPdSU entfesselt. Sie stieß faktisch kaum auf Widerstand, zumal im Namen von „Glasnost“ und „Perestroika“ sämtliche entgegengesetzten Meinungen sofort niederkartätscht wurden.

Der frühere stellvertretende Außenminister Georgi Kornienko erinnerte sich, daß die Kampagne haargenau in jenem Augenblick losbrach, in dem Alexander Jakowlew von Jegor Ligatschow die Verantwortung für ideologische Arbeit und Masseninformation übernahm. Kornienko sprach von einer „schmutzigen, anti-sowjetischen Welle“, die von Zeitschriften wie „Ogonjok“ (W. Korotitsch), „Moscow News“ (J. Jakowlew), „Argumenty i Fakty“ (W. Starkow) und später auch der „Komsomolskaja Prawda“ ausging. Der führende Diplomat war darüber schockiert, daß Jakowlews „Team“ für Öffentlichkeitsarbeit ausschließlich die negativen Seiten der sowjetischen Vergangenheit hervorhob, nicht aber jene, welche die UdSSR in einen mächtigen Industriestaat verwandelt hatten, der gegen die deutschen Faschisten gekämpft und über sie gesiegt hatte. Die gesamte sowjetische Geschichte wurde buchstäblich über Nacht revidiert und angeschwärzt.

Laut Kornienko waren die ehrlichen Kommunisten – von einfachen Genossen bis zu Mitgliedern des Zentralkomitees – völlig verwirrt. Sie verstanden überhaupt nicht

mehr, was da plötzlich vor sich ging, zumal der Angriff auf die KPdSU ja von bekannten Funktionären wie J. Afanasjew und F. Burlatski ausging. Kornienko gestand ein, daß „auch wir nicht sofort aufwachten und erkannten, welche Rolle Jakowlew als Organisator des Antisowjetismus in den Jahren der ‚Perestroika‘ spielte“.

Gorbatschows ununterbrochener Austausch leitender Kader war in Wirklichkeit eine unverhüllte Säuberungskampagne. So verabschiedete das Plenum des ZK im Jahre 1989 allein 130 seiner Mitglieder und Kandidaten. Das Etikett „Perestroika-Gegner“ konnte jedermann angehängt werden. Systematisch ersetzte Gorbatschow die Ersten Sekretäre der Gebiets- und Rayonkomitees zunächst durch Sekretäre der zweiten Reihe, dann der dritten usw. Die neuen Spitzenleute – in der Regel stromlinienförmige Anpasser und Karrieristen – wurden beauftragt, die Regions-, Gebiets- und Rayonkomitees in ihrer Gesamtheit von „Gegnern der „Perestroika“ zu „säubern“. Ryshkow mußte als Vorsitzender des Ministerrats die Leiter der Ministerien und anderer Institutionen des Staatsapparats durch „unbelastete“ Leute ersetzen. So wurde in zwei Jahren ein fast kompletter „Umbau“ des Sekretariats des ZK und des Präsidiums des Obersten Sowjets vollzogen. Die Nachrücker waren fast durchweg jünger, oft besser ausgebildet und vor allem „willig“, Gorbatschow und seiner Umgebung nach dem Munde zu reden. Was ihnen an Erfahrung und Verständnis für das Interesse ihres großen Landes fehlte, machten sie durch die Bereitschaft wett, das komplizierte und zentral gesteuerte System der sowjetischen Ökonomie der „Idee“ des „freien Marktes“ zu öffnen. Allerdings reichten ihre „Talente“ nicht aus, um den Übergang einer riesigen Planwirtschaft zur Privatisierung westlichen Stils vollziehen zu können. Die Folgen waren ein unvorstellbares Chaos und eine in dieser Dimension unbekannt Korruption gewaltigen Ausmaßes.

Die Machenschaften Gorbatschows und seiner Kamarilla sind bis heute in ihrem vollen Umfang noch nicht untersucht worden. Die Willkür, der Voluntarismus, die Unfähigkeit und Ignoranz des allmächtigen Generalsekretärs und der meisten Politbüro-Mitglieder jener Zeit trugen maßgeblich zum Zusammenbruch der Sowjetunion bei. Die Akteure aber waren Mitglieder der KPdSU, auf die das Volk anfangs große Hoffnungen gesetzt hatte. Wurden sie alle von westlichem Neon-Licht geblendet und erlagen sie nur den Verlockungen der kapitalistischen Konsumgesellschaft? Die Frage klänge geradezu kindisch, wenn das Geschehene nicht so tragische Konsequenzen gehabt hätte.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Am **21. Oktober** begeht der Chefredakteur der Tageszeitung „junge Welt“

Arnold Schölzel

der erst unlängst erneut in der Öffentlichkeit Prinzipienfestigkeit und Standhaftigkeit unter Beweis gestellt hat, seinen **60. Geburtstag**.

Der „RotFuchs“ übermittelt dem Jubilar und Journalistenkollegen herzliche Grüße fester Verbundenheit.

Nachträglich gratulieren Redaktion und Vereinsvorstand dem Genossen

Rudi Janert

aus Berlin,

der bereits am **3. September** seinen **80. Geburtstag** beging.

Der frühere Journalist der NDPD-Presse hat sich als Mitarbeiter des Vertriebs und an zahlreichen RF-Ständen durch hohe Einsatzbereitschaft ausgezeichnet.

In den USA eingekerkerte Freunde der DDR brauchen Solidarität Neue Hoffnung für Theresa und Kurt?

Vor zehn Jahren, am 4. Oktober 1997, wurden die USA-Bürger Kurt Stand, seine damalige Ehefrau Theresa Squillacote und James Clark verhaftet. Sie waren ins Fadenkreuz von FBI-Fahndern geraten, vermutlich im Ergebnis der Auswertung der sogenannten Rosenholz-Dateien, die im Zuge der Konterrevolution auf noch völlig ungeklärte Weise in den Besitz der CIA gelangt waren. Monatelang wurden die drei geheimdienstlich bespitzelt, ihre Wohnungen bis in den letzten Winkel elektronisch überwacht, Gespräche heimlich aufgezeichnet. Der gewünschte Erfolg, ein Beweis für Spionagetätigkeit zugunsten der DDR, blieb aus. Dann griff die für Abwehr zuständige Bundeskriminalpolizei FBI zu einer üblichen Methode: Einer ihrer Agenten wurde auf Theresa angesetzt. Die monatelange Überwachung hatte Hinweise erbracht, daß sie – eine überzeugte Verfechterin der Rechte ehemals kolonial unterdrückter Völker – psychisch leicht beeinflussbar ist. Als angeblicher Mitarbeiter des südafrikanischen Geheimdienstes getarnt, erschlich sich der FBI-Mann ihr Vertrauen und konnte Theresa in konspirative Aktionen verwickeln. Nun besaß dieser Dienst den Vorwand zum Zugriff. Die drei Verdächtigen wurden festgenommen. Im Zuge monatelanger Ermittlungen und Verhöre fand man Beweise für eine Verbindung zur Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), dem Auslandsnachrichtendienst der DDR. Diese war allerdings Anfang 1990 gekappt worden. Ein Geheimnisverrat zum Schaden der USA konnte den Beschuldigten nicht nachgewiesen werden, weil es ihn von seiten Kurt Stands und Theresa Squillacotes nie gegeben hatte.

Kurt, Sohn von den Nazis vertriebener deutscher Antifaschisten, aktiver Gewerkschafter, Journalist und Mitglied der Socialist Party, hatte bei Besuchen in der DDR Gelegenheit gehabt, sich von deren sozialen Errungenschaften und ihrer friedliebenden Außenpolitik zu überzeugen. Er begleitete die Entwicklung des sozialistischen deutschen Staates mit Interesse. Seinen Berliner Gesprächspartnern berichtete er über die aktuelle Situation in den USA und Entwicklungen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten. Das, was er mitteilte, war dort jedermann zugänglich und trug nicht Geheimnischarakter. Theresa gab keinerlei Informationen an die DDR. Etwas anders lagen die Dinge bei James Clark, der sich in seinem abgetrennten Verfahren für schuldig bekannte und auf Grund eines Deals mit der Justiz zu einer geringeren Strafe als die später in der gleichen Sache angeklagten beiden Erstgenannten verurteilt wurde.

Gegen Kurt und Theresa richtete sich der Vorwurf der Teilnahme an einer „Verschwörung“. Hierbei handelt es sich um

einen Tatbestand des USA-Strafgesetzbuches, den der Bundesinnenminister zur Bekämpfung des „Terrorismus“ auch auf die BRD übertragen möchte. Die Anregung dazu gab sein Vorgänger Schily. Den Vorsitz des Geschworenengerichts, das gegen die Stands verhandelte, führte der Jurist Claude M. Hilton. Dieser Chefrichter ist dafür bekannt, daß er in aller Regel den Anträgen der Staatsanwaltschaft Folge leistet; Angeklagte haben bei ihm nur wenig Chancen auf ein faires Verfahren. In ihrem durch richterliche Voreingenommenheit, manipulierte Beweise und unsachgemäße Verteidigung gekennzeichneten Prozeß wurden die Angeklagten zu drakonischen Strafen verurteilt: Theresa Squillacote zu 21 Jahren und acht Monaten, Kurt Stand zu 17 Jahren und sechs Monaten Gefängnis. James Clark war schon vorher zu 12 Jahren und sieben Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden.

Seitdem sind unsere amerikanischen Freunde dem harten, menschenrechtsfeindlichen Regime des USA-Strafvollzugs unterworfen. Da das Strafrecht der Vereinigten Staaten im Unterschied zu dem der BRD nicht die Möglichkeit der vorzeitigen Entlassung nach Verbüßung einer Teilstrafe kennt, stehen Theresa noch zehn Jahre und Kurt noch sieben Jahre Gefangenschaft bevor. Unter den gegebenen Umständen ist aktive Solidarität mit den von der USA-Justiz Verfolgten dringend geboten. Auch in Deutschland entwickelte sich diese in den letzten Jahren, wobei die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V. (GRH) den größten Beitrag leistete. Auch der „RotFuchs“ und zahlreiche seiner Mitglieder nahmen aktiv am Kampf für die Freilassung der drei Antiimperialisten teil. Bemühungen der Gefangenen um eine Überprüfung ihrer Urteile, zumindest aber für eine Strafmilderung, brachten bisher keinen Erfolg. Nun aber hat es den Anschein, als sei Bewegung in die Sache gekommen. Appellationsbeschwerden so namhafter amerikanischer Strafverteidiger wie Leonard Weinglass, New York,

(er setzt sich auch maßgeblich für die Rückkehr der „Miami Five“ nach Kuba ein) bewirkten, daß Richter Hilton im April dieses Jahres eine Anhörung über Therasas Vorbringen gewährte, sie sei durch unfaires und inkompetentes Vorgehen ihrer voreingenommenen Anwälte an einer der Aufdeckung der Wahrheit dienenden Verteidigung massiv gehindert worden. Die Anhörung hat stattgefunden, doch Richter Hilton läßt sich mit seiner Entscheidung Zeit.

Durch einen ersten Erfolg sind auch die Bemühungen von Kurts Verteidiger Leonard Weinglass charakterisiert. Ein Kollegialgericht ordnete eine Anhörung ebenfalls zur Frage unkorrekter Verteidigung an und erteilte verbindliche Auflagen, welche Fragen dabei zu klären seien. Ein Termin ist allerdings bis jetzt noch nicht festgesetzt worden. Bei einem für die Verurteilten günstigen Ausgang der beiden genannten Termine besteht die Möglichkeit, das ganze Verfahren erneut vor einem Geschworenengericht aufzurollen. Es besteht jedoch kein Grund für übertriebenen Optimismus. Theresa und Kurt kämpfen mit aller Kraft um ein rechtsstaatliches Verfahren. Dabei bedürfen sie weiterhin unserer politischen und moralischen Unterstützung. Sie hoffen auf zahlreiche Briefe ins Gefängnis. Um ihre überaus kostenaufwendige Verteidigung wenigstens teilweise bezahlen zu können, ist auch materielle Hilfe angesagt.

(Adresse von Kurt Stand: # 42289-083, Virginia Hall, FCC Petersburg Low, P.O. Box 1000, Petersburg, VA 23804, USA. Die Anschrift von Theresa Squillacote muß später mitgeteilt werden, da sie sich gegenwärtig „auf Transport“ befindet und ihr neuer Haftort hier noch nicht bekannt ist. Adresse von James Clark: # 42287-083, Delaware Hall, FCC Petersburg Low, P.O. Box 1000, Petersburg, VA 23804, USA. Geldspenden können mit dem Verwendungszweck „Solidarität mit Kurt Stand u. a.“ auf das Konto der GRH, Nummer 5788 900 009, bei der Berliner Volksbank, BLZ 10090000 überwiesen werden.)

Dr. Hans Kaiser

**Am 27. Oktober beginnt um 10 Uhr
im Berliner ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1, die**

**„RotFuchs“-Festveranstaltung
aus Anlaß des 90. Jahrestages der
Großen Sozialistischen Oktoberrevolution**

Redner ist der Historiker **Prof. Dr. Götz Dieckmann**, stellvertretender Vorsitzender des RF-Fördervereins. Das Kulturprogramm liegt in den bewährten Händen des Dresdner „**Singclubs Ernesto Che Guevara**“.

Mitglieder, Leser und Interessierte sind herzlich eingeladen.

Bis 1917 waren es die Europäer, die befohlen. Jetzt wollten sich die USA-Unternehmen auch einmischen, vor allem John D. Rockefeller, der 1870 die Standard Oil gegründet hatte. 1879 erwarb er die Vacuum Oil Company und andere Firmen, bis sie 1911 als Trust in mehrere kleinere Gesellschaften aufgeteilt wurden. Aber die Rockefellers behielten die Macht. In jener Epoche wurde das Erdöl nicht im Nahen und Mittleren Osten, sondern in Texas und Aserbaidshan gewonnen, wo die Familien Nobel und Rothschild die Besitzer waren. Aber mit der russischen Revolution verloren sie ihre Investitionen. „Im Sommer 1918 flüchtete Herr Nobel vor den Sowjets und bat Kaiser Wilhelm II. auf Knien, ihm bei der Wiedererlangung seiner Besitztümer in Baku zu helfen“, sagt der Berliner Historiker Dietrich Eichholtz.

Rockefeller hatte die gleichen Interessen wie die Deutsche Bank. Auch diese verlor nach dem Ersten Weltkrieg ihre Anteile bei der Türkischen Petroleum-Gesellschaft und damit ihre Rechte über die Vorkommen am Rande der Bagdad-Bahn. Während vieler Jahre führte die Bank vergeblich Prozesse, bis man begriff, daß so kein Vorwärtkommen war. Sie setzte nun auf eine andere Front. Sie fand in der Erdölindustrie neue Verbündete. Etwa 1927 mußte der Geheimpakt zwischen der Standard Oil und den Nazis zustande gekommen sein. Hitler sollte die Macht übernehmen, um das Erdöl von Baku zurückzuholen. Den Kraftstoff dafür wollte die Standard Oil liefern. Zur selben Zeit stellte die Rockefellersche Vacuum Oil den Jungnazi Adolf Eichmann ein, der diese vielversprechende Beziehung bis zum Juni 1933 aufrechterhielt.

1927 gründeten die Standard Oil und die IG Farben die Gesellschaft Standard IG Farben mit Sitz in den USA. Ihr Präsident war der Ölhändler William Farish. Standard trat die globalen Patente für den Kohlehydrierungsprozeß zur Erzeugung von synthetischem Treibstoff ab und erhielt dafür von dem deutschen Konzern das Buna-Patent zur Herstellung von synthetischem Kautschuk.

Die Union Banking Corporation verkaufte seit 1924 auf dem nordamerikanischen Markt deutsche Anteile. Ihr Präsident George Herbert Walker holte seinen Schwiegersohn Prescott Bush, den Großvater von George W. Bush, in deren Leitung. Prescott Bush führte auch die Walkers American Shipping and Commerce Company mit ihrer Nordatlantikroute Hamburg–Amerika. In deren Direktorium saß Emil Helffrich, Mitglied des „Zirkels der Freunde des Reichsführers SS“ und bis zum Ende des Krieges Präsident der Deutsch-Amerikanischen Erdöl-Gesellschaft, danach ESSO, und der Rockefeller-schen Vacuum Oil Company.

„Die USA waren in der Haltung zum Nazi-faschismus und in der Frage einer Kriegsbeteiligung tief gespalten“, bemerkte Prof. Christopher Simpson von der American University in Washington. „Die rechte und antisemitische Organisation America First sympathisierte offen mit Hitler.“

Sie wurde von den Dulles-Brüdern koordiniert: John Foster Dulles, späterer USA-Außenminister, und Allen Dulles, späterer CIA-Chef. „Amerika zuerst“ verteidigte die Interessen nordamerikanischer Unternehmen in Deutschland. Eine Kriegserklärung hätte diese Investitionen in Gefahr gebracht.

Nach Hitlers Machtantritt lief alles wie geschmiert. Die Deutsche Bank stürzte sich in das Petro-Geschäft. Mit Standard Oil und Shell teilte sie Risiken und Gewinne.

Ein 1935 abgeschlossener Geheimpakt sah vor, daß Standard Oil den Deutschen

dard Oil bedeutete das eine große Niederlage. Was sollte man tun? Einen eigenen Geheimdienst gründen? Einen Dienst, der als Hauptziel die eigenen Geschäfte hatte? Business pur?

Bis jetzt weiß man wenig über einen solchen Dienst. Doch unlängst tauchten auf einer Ranch in Virginia einige Kisten mit Papieren auf, die der CIA übergeben wurden. Sie beziehen sich auf „The Pond“. Dieser Dienst wurde 1942 gegründet, zufällig im Jahr des Verfahrens gegen Standard Oil.

Die Schlacht im Kaukasus dauerte fünf-einhalb Monate. Erst Mitte 1942 wurden

Über den Geheimpakt zwischen der USA-Ölindustrie und den Nazis Auch Adolf Eichmann arbeitete für Rockefeller

bei einem Angriff auf Irak und Iran mit „Perforationsmaschinen“ helfen wollte, berichtete am 5. Februar 1942 der „Verantwortliche für die arabischen Länder“ im Nazi-Außenministerium.

Das Hauptproblem der faschistischen Armee war die Kraftstoffversorgung für Panzer und Flugzeuge. Jetzt konnte aus Kohle Benzin gewonnen werden – dank der Patente von Standard Oil.

Die USA-Regierung kümmerte sich um diese Allianz, vor allem nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor, der die Vereinigten Staaten im Dezember 1941 zum Kriegseintritt zwang. Nun erinnerte man sich eines alten Gesetzes über den „illegalen Austausch mit dem Feind“ und eröffnete ein Strafverfahren gegen Standard Oil. John D. Rockefeller sagte aus, er habe nichts von dem Buna-Deal und anderen Abmachungen gewußt.

Im März 1942 bat das Pentagon Präsident Roosevelt, den Fall gegen Standard Oil zu schließen, um die Kriegsproduktion nicht zu gefährden. Dieser akzeptierte. Standard Oil kam mit einer Geldstrafe von 5000 Dollar davon. Der bereits erwähnte Farish erklärte später vor einer Ermittlungskommission des USA-Senats: „Unsere Verträge (mit IG Farben) waren von 1929 bis 1947 gültig. Meine Herren, Sie müssen verstehen, daß Verträge wie diese nicht ihre Kraft verlieren, nur weil sich die Regierungen der Partner im Krieg miteinander befinden. Die Partner müssen einen Weg suchen, um mit den eigenen Geschäften fortzufahren.“

Während sich die Soldaten auf den Schlachtfeldern töteten, fuhr die Industrie „mit den eigenen Geschäften fort“. Es war nicht einfach, denn der USA-Kongreß entschied gegen den Druck der Unternehmen, Deutschland den Krieg zu erklären und den Geheimpakt der Erdölindustrie mit den Nazis zu verhindern. Für Stan-

die Lieferungen von Standard Oil für Hitlers Truppen unterbrochen. Die USA-„Geschäftspartner“ wollten weiter Erdöl über neutrale Länder exportieren. Aus diesem Grunde sandte die Standard Oil of New Jersey einen Juristen nach Venezuela. Und 1940 schickte der Konzern William Mosetti nach Argentinien. Dessen Vater war Direktor der „Lloyd Triestino“, einer Schiffahrtsgesellschaft, die den Suezkanal kontrollierte. 1935 nahm Mosetti jun. als Offizier an Mussolinis Abessinienfeldzug teil. Die Erdölvorkommen in Afrika waren das Kriegsmotiv, und Standard Oil lieferte dem Duce den notwendigen Treibstoff. Mosetti begann bei General Motors, danach arbeitete er bei Ford in Deutschland.

In den USA wurde im Dezember 1942 die „Petroleum Administration of War“ (PAW) gegründet, die verhindern sollte, daß Treibstoff in Feindeshände gelangte. Am 25. März 1942 teilte die USA-Botschaft Washington mit: „Große Mengen Rohöl werden von der argentinischen Zweigstelle der Standard Oil of New Jersey und Socony Vacuum importiert. Eine Sperre würde ihr Nachteile gegenüber der Konkurrenz, die Erdöl in Argentinien kauft, bescheren.“ Schickte Standard Oil tatsächlich über Argentinien weiterhin Öl nach Deutschland? War Mosetti, der längere Zeit in Buenos Aires tätig gewesen war, etwa jener Mann, der das arrangierte?

Er traf am 18. März 1943 in Los Angeles ein. Mosetti war ein italienischer Bürger, früher Mussolinis Offizier. Solche Leute wurden normalerweise sofort interniert. Doch der Zugereiste sagte den Einwanderungsbehörden, daß er für die Alliierten arbeiten wolle. Ein „prominenter Businessman“ war sein Bürge, und schon nach wenigen Wochen erwarb Mosetti die USA-Staatsbürgerschaft. Anschließend

trat er in die U. S. Army ein und wurde sofort einer Spezialeinheit zugeteilt, wo er sich Geheimdienst-Kenntnisse aneignete. Bald darauf schickte man ihn nach Übersee. Das OSS, Office of Strategic Services – die CIA-Vorgängerin – interessierte sich für ihn. Aber die Armee wollte ihn nicht verlieren. Sie entsandte ihn in geheimer Mission nach Nordafrika. Im Juni 1946 kehrte er zur Standard Oil zurück, bis er plötzlich von Daimler-Benz nach Argentinien „delegiert“ wurde. Am 29. April 1960 ernannte ihn die Aktionärsversammlung von Mercedes-Benz Argentinien zum Generaldirektor. Nur zwölf Tage später ver-

schwand Adolf Eichmann, der früher Angestellter der Rockefeller'schen Vacuum Oil Company in Österreich gewesen war. Am 23. Mai gab Premierminister David Ben Gurion bekannt, daß sich der SS-Mörder in israelischer Haft befinde. Vor dem Gerichtshof in Tel Aviv hielt dieser seine Komplizen und die Männer hinter den Nazis im dunkeln. Mosetti verließ 1975 Mercedes-Benz. Zuletzt war er in der USA-Botschaft in Bern tätig. 1992 starb er in der Schweiz. Nach langen Jahren der Nachforschung stehe ich einer Wand des Schweigens gegenüber. Daimler-Benz sagte drei Jahre

lang, nicht mal den Namen William Mosetti zu kennen, obwohl er 15 Jahre dort Generaldirektor war. Ich befragte Exxon Mobil zum Geheimpakt mit den Nazis und nach den früheren Angestellten Eichmann und Mosetti. Sie konnten deren Namen nicht in ihren Unterlagen finden. Merkwürdig. Aber die Konzerne sind in solchen Fragen gut dran, da die Gesetze, welche den Zugang zu Informationen regeln, „Private“ nicht betreffen.

Gaby Weber, Argenpress
Übersetzt von Isolda Bohler

Ein Spinnwebengeflecht antikommunistischer Mythen wird hinweggefegt Lügner am Pranger

Heiner Geißler prägte auf der ATTAC-Sommerakademie den Satz: „Wer heute eine Revolution machen will, muß nicht Bahnhöfe besetzen, sondern Begriffe.“ Ich wandle ab: Wer heute etwas gegen den Krieg und die schleichende Faschisierung tun will, muß Lügen und Legenden enthüllen. Wenn sie sich ungehindert ausbreiten, können sie tödlich wirken. Die Älteren erinnern sich: Wie hätten die Faschisten die aggressive Politik ihrer Auftraggeber aus der Hochfinanz durchführen können ohne solche Mythen zu erfinden wie: Das heldenhafte deutsche Heer ist 1914 bis 1918 im Felde unbesiegt geblieben und nur durch den „Dolchstoß“ der Novemberrevolution um den Sieg gebracht worden. Oder: „Die Juden sind unser Unglück.“ (durch den Historiker von Treitschke so formuliert), ergänzt durch die Hitlersche Losung, das Abendland sei durch den „jüdisch-bolschewistischen Weltfeind“ bedroht – eine Lüge, derer sich auch Adenauer bediente. (Sie wird bis heute – zumindest, was den zweiten Teil der Wortverbindung betrifft – in modifizierter Form mit Blick auf „Moskau“ praktiziert.) Geschichtslügen entstehen nicht zufällig, und sie werden „stabsmäßig“ in Umlauf gebracht. Ralph Hartmann benennt in seinem neuen Buch Institutionen, die im Dienst der Lügenproduktion stehen. Er setzt sich mit zehn Geschichtsmäthen auseinander, die besonders wirksam sind. Und er fragt: Warum brauchen die angeblichen Sieger der Geschichte diese Lügen und Legenden? Wie werden sie in der täglichen Politik eingesetzt? Welchen Platz

haben sie in der langfristigen Strategie der Bourgeoisie?

Die erste Lüge, die Hartmann aufspießt, ist die Mär von den „zwei Diktaturen in Deutschland“, die Hitlers Drittes Reich und die DDR auf eine Stufe stellt. Mit ihr sollen die DDR historisch delegitimiert und politisch kriminalisiert sowie die Siegerjustiz gerechtfertigt werden.

Zweitens folgt die Auseinandersetzung mit der Funktion der Horrorgeschichten über „Stasi“-Haftanstalten und „Folter“, bei deren Erfinden und Verbreiten sich ausgerechnet Theologen wie Joachim Gauck, Marianne Birthler, Heinz Eggert, Ehrhart Neubert, Richard Schröder sowie der Ex-Grüne Hubertus Knabe besonders unruhlich in Szene gesetzt haben. Sogar preisgekrönte Filme wurden zu diesem Zweck aufgeboten.

Die dritte Verleumdung besteht in der regierungsoffiziellen Behauptung, in der DDR habe es einen „verordneten Antifaschismus“ gegeben, mit dem das „Wesen der Diktatur“ verschleiert worden sei. Die Kampagne zur Abwicklung dieses Antifaschismus, z. B. in Nationalen Gedenkstätten der DDR und bei Straßennamen, begann im Oktober 1990 auf unmittelbare Weisung des Kohlschen Innenministers Wolfgang Schäuble. Die BRD, in der Leute wie Globke, Filbinger, Lübke und Oberländer Staatssekretäre, Minister und sogar Präsidenten werden konnten, maß sich an, DDR-Politiker zu verunglimpfen, die schon vor 1933 den Widerstand gegen Hitler verkörperten.

Viertens geht Hartmann der Behauptung von der „maroden DDR“ nach, die Eppelmann als erster präsentiert hatte. Er stellt mit Fakten dar, wie die DDR-Bilanz 1989 wirklich aussah und widerlegt zugleich eine fünfte Legende, das Märchen vom Staatsbankrott der DDR.

Selbstverständlich darf die These, die DDR sei (allein) an der „Mauer“ schuld, nicht fehlen. Obwohl diese sechste Lüge von Historikern längst widerlegt ist,

wird sie bei der Abrechnung mit der DDR besonders intensiv ins Feld geführt. Das geschieht nicht zuletzt deshalb, weil auf diese Weise Haß- und Rachegefühle besonders leicht zu entflammen sind. Ihre Wirksamkeit ist auch daran erkennbar, daß sie schon seit langem fester Bestandteil des Entschuldigungsrituals von Linkspartei-Politikern geworden ist.

Die siebente und die achte Lüge, mit denen sich Hartmann auseinandersetzt, sind die Unterstellungen, die DDR sei eine „Erziehungsdiktatur“ und eine „Dopingrepublik“ gewesen. Angesichts der vorliegenden Ergebnisse von PISA-Studien und der Doping-Skandale im kapitalistischen Profisport wird auf diesen Gebieten die Bumerang-Wirkung für die Ehrabschneider besonders eklatant.

Die neunte Lüge, die DDR-Bürger hätten 1989/90 eine „friedliche Revolution“ vollbracht („die erste erfolgreiche Revolution überhaupt“), verlangt umfassendere Antworten, die Hartmann bei der Komprimiertheit des Textes nicht geben konnte. Warum hämmern die FAZ, der Erzkonserervative Baring, die „graue Maus“ Heitmann und andere leidenschaftliche Verteidiger des Kapitalismus so auf dem Begriff „Revolution“ herum? Was bezwecken sie mit dessen Verwendung?

Hartmann ist natürlich zuzustimmen: Die Ereignisse in der DDR waren in der Tat eine Konterrevolution.

Die zehnte Lüge sei hier nur am Rande genannt: Die Undankbarkeit der ehemaligen DDR-Bürger, denen die „Freiheit“ beschert und so viel Gutes getan wurde.

Für Linke ist Hartmanns Buch allemal unentbehrlich. – Das Nachwort hat übrigens Gerhard Zwerenz geschrieben, der auf den Platz der Arbeit des Autors in der aktuellen Auseinandersetzung verweist.

Prof. Dr. Horst Schneider

Ralph Hartmann: Die DDR unterm Lügenberg, Verlag Ossietzky GmbH, Hannover 2007, 116 S., 10 Euro, ISBN 3-9808137-3-8

Rauscher durchgerauscht

Als der damalige Vattenfall-Europa-Vorstandsvorsitzende Dr. Klaus Rauscher am 18. Juni zum Honorarprofessor an der Technischen Universität Dresden (TU) bestellt wurde, ahnte er noch nichts von seinem kurz bevorstehenden Reinfall beim Konzern. Er sah sich wegen der Sicherheitsskandale in dessen norddeutschen Atomkraftwerken als Boß der Bosse zum Rücktritt gezwungen. In Dresden soll Rauscher im Wintersemester Vorlesungen halten, deren Hauptthema die „Unternehmensführung im Spannungsfeld zwischen Politik und Technik“ sein wird.

Eingesandt von Helmut Müller, Berlin

Franz Kahmann erzog eine ganze Generation junger Kommunisten

Der Hochverräter

Nicht selten lese ich heute den Namen Kahmann in der Zeitung. (Der Artikel unseres Börde-Autors wurde 1978 geschrieben – d. R.) Klaus Kahmann arbeitet als Redakteur bei der „Volksstimme“ Magdeburg. Er schreibt über das Mahnmahl Langenstein-Zwieberge und über Albert Vater, den ersten Führer der Magdeburger Kommunisten im Jahre 1919. An dieser Themenwahl erkenne ich den Sohn. Er hat die Traditionslinie der Familie aufgenommen, fühlt sich ihr verpflichtet. Es ist ihm Herzenssache, die Kämpfe der Generation des Vaters nie in Vergessenheit geraten zu lassen. Vor wenigen Tagen traf ich ihn zufällig im Wald, im Grünen mit Frau und Kind. Wandernd. Sogar darin erkenne ich den Alten.

2. Januar 1948. Else Klingeberg hatte zu ihrem 24. Geburtstag eingeladen. Wir feierten in der Wohnung von Claire Schellheimer. Deren Mann Hans wurde noch im Januar 1945 mit anderen Magdeburgern hingerichtet. Jetzt trug sie als Stadträtin eine schwere Last für das Wohl und Wehe der Bevölkerung dieser großen, so zerstörten Stadt.

In unserer Mitte befand sich auch Ulla Schubotz. Ihr Vater war bald nach Hitlers Machtantritt ermordet worden. Und auch Franz Kahmann war da. Lange Zeit hatte er im Zuchthaus verbringen müssen – wegen „Hochverrats“. Lene, seine Frau, die nach dem 20. Juli 1944 von der Gestapo verhaftet worden war, vervollständigte die Runde. An jenem Tag schenkte mir Franz ein schmales Büchlein. Sein Titel: „Ein Herz schreibt auf. Gedichte“. Sie wurden im Zuchthaus mit einem Bleistiftstummel zu Papier gebracht und 1945 noch ohne Lizenz und Verlag in Magdeburg gedruckt. Schwer wiegt es in meinen Händen, der ich seine Geschichte kenne. Franz Kahmann wurde am 8. Februar 1902 in Braunschweig geboren. Als junger Bursche erlebte er den Weltkrieg und die Novemberrevolution. Begeistert sprach

er von den klassenbewußten Arbeitern seiner Vaterstadt, von unvergessenen Begegnungen und Stunden mit ihren Führern. August Merges etwa, dem Schneider und Revolutionspräsidenten, nicht zu vergessen Minna Faßhauer. Mit ihr vor allem verknüpften sich die Erinnerungen an erstes politisches Handeln.

Er hatte es sich nicht träumen lassen, als er die Lehre antrat, um Reparatur-schlosser zu werden – vier Jahre dauerte sie damals, eine 60-Stunden-Woche bei 3 Mark Lohn –, daß er einmal in einem sozialistischen deutschen Staat leben und dessen Vaterländischen Verdienstorden in Gold tragen würde. Aber ehe es soweit war, sollte noch viel Wasser Aller, Leine und Weser hinabfließen.

1915 wurde Franz Mitglied der Sozialistischen Jugend. Hier traf er zum ersten Mal mit Minna Faßhauer zusammen. Sie gestaltete in den schweren Kriegsjahren Ferienspiele für Proletarierkinder und unternahm mit ihnen Sonntagswanderungen ins Grüne, organisierte Feste und Spiele im Wald. Auch Weihnachtsfeiern für die jungen Sozialisten gehörten dazu. Sie kam mit August Merges. Und der übergab ihnen das teuerste Geschenk: Antikriegsmaterial. Die Jungen brachten es an den Mann.

Unvergessen: Himmelfahrt 1917. Eine Elm-Wanderung. Ein ganzer Tag bei Mutter Natur. Birkengrün und Saatengrün genossen sie. Hunderte Teilnehmer kamen. Ihre Marschverpflegung bestand aus einem Beutel mit Pellkartoffeln. Diszipliniert und mit revolutionären Liedern marschierten sie durch die reichen Bauerdörfer. Minna immer an der Spitze.

Zu dieser Zeit hatte Franz auch schon seinen ersten Streik hinter sich. Sechs Tage dauerte er und war erfolgreich. Die Lehrlinge traten gegen den Sparzwang-Erlaß der kaiserlichen Regierung in den Ausstand.

Alles, was Minna Faßhauer erlebte – Verhaftungen, Anklagen wegen Landfriedensbruchs und vieles andere –, kam auch auf ihren gelehrigsten Schüler zu. Die Revolution erlebte Franz bereits in Halberstadt. Hier wurde er 1920 Mitglied der KPD, folgte Minna auch darin, folgte seinem Vater, dem August Kahmann. Nie hat er dessen Worte vom 9. November 1918 vergessen. Er wandte sich nach der großen Kundgebung in Halberstadt eindringlich an seine Genossin Minna Bollmann, Landtagsabgeordnete der SPD, und sagte: „Jetzt heißt es aber aufpassen und den Reaktionären nicht die geringste Gelegenheit bieten, sich irgendwo jemals wieder festzusetzen, sonst liefern sie uns ans Messer!“ Minna Bollmann erwiderte damals: „Aber August, bei der Lage haben wir doch nichts zu befürchten. Und über Kleinigkeiten, über Strohhalme stolpern wir doch nicht.“ „Vergiß nie“, sagte da

Vater Kahmann, „daß Strohhalme einen ganzen Diemen ergeben können, über den man zwar nicht stolpert, der uns aber den Weg zu versperren vermag!“

Minna Bollmann war nicht Minna Faßhauer. Der Junge aber, der solcherart Gesprächen hellwach gefolgt war, wurde bald Arbeiterkorrespondent der kommunistischen „Tribüne“ im Bezirk Magdeburg, wurde Jugendsekretär der Partei im ganzen Harzvorland, einschließlich des Kreises, ging 1933 drei Jahre ins Zuchthaus, wurde 1945 Bürgermeister von Halberstadt, dann Mitglied des Bezirkssekretariats Magdeburg der jungen SED. Später arbeitete er lange Jahre als Redakteur bei der traditionsreichsten aller Publikationen der deutschen Arbeiterbewegung, der „Leipziger Volkszeitung“. (Der Autor konnte damals nicht wissen, daß auch dieses ruhmreiche proletarische Blatt einmal in die Hände des Klassenfeindes fallen würde – d. R.)

Eine ganze Generation junger Kommunisten im Bezirk Magdeburg hat Franz Kahmann viel zu danken. Auch ich. Er war ein außerordentlich gebildeter Arbeiterfunktionär, einer der besten und beliebtesten Redner seiner Partei. Er erschloß uns die Schatzkammer von Marx, Engels und Lenin, lehrte uns in marxistischer Philosophie und politischer Ökonomie. Einmal, im Sommer 1947, fand unser Seminar mit Franz im Wintergarten der Villa eines Klein Wanzlebener Konzernherren statt. Dieser war im Juni 1945 mit den britischen Besatzungstruppen verduftet, wobei er alles mitnahm, was nicht niet- und nagelfest war.

Franz Kahmanns Büchlein, das ich anfangs erwähnte, könnte ich hier noch sprechen lassen. Bewegende Gedichte, aber auch heitere Geschichten findet man dort. Spottverse auf den Direktor des Zuchthauses Celle sind dabei. Satire und Anklage. Grund dazu gab es genug, hatte doch dieser Mann viel Blut an den Händen. Es handelte sich um den berühmten Leutnant Marlow, der 1919 die Massenerschießung von 30 roten Matrosen der Volksmarinedivision am Berliner Marstall befohlen hatte. **Karl Schlimme**

Celle

Celle in der grünen Heide hat ein Zuchthaus fest und groß, drin gefangen – fern von Freude man uns Jahr und Tag einschloß. Heideluft und Heideblühen dringt nicht in den düstren Bau. Frühling, Sommer, Herbst entfliehen, doch hier drin bleibt alles grau ...

Männer sitzen viel, auch Frauen, fragst Du nach der Missetat, tausendfach aus allen Bauen wird Dir Antwort: „Hochverrat“. Doch wir schau'n mit freien Blicken, halten auch den Kopf stets hoch, denn die Hoffnung stärkt den Rücken, einmal kommt die Freiheit doch.

Franz Kahmann

Am **10. Oktober** begeht unsere bewährte und erprobte Genossin

Helga Möller

aus Jena,

die dem Vorstand der dortigen Regionalgruppe angehört und seit Jahren eine verlässliche Arbeit leistet, ihren **70. Geburtstag**.

Vorstand und Redaktion senden der Jubilarin liebe und herzliche Grüße.

Bundesdeutsche Fußballchronisten verschweigen das „Spiel des Todes“ Die Helden von Dynamo Kiew

Während der Fußball-Weltmeisterschaft im vergangenen Jahr, die von den Medien der Machthaber zu einem oft widerwärtigen nationalistischen Rummel degradiert wurde, erschien eine Reihe von Publikationen zur Geschichte des deutschen Fußballs, denen es an Verfälschungen nicht mangelte. Es sollte glaubhaft gemacht werden, daß diese Sportart „den Deutschen“ stets nur Lebensfreude und berechtigten Stolz beschert habe. Keine Erwähnung findet, daß die deutsche Reaktion den Fußball des öfteren für ihre verbrecherische Politik eingespannt hat. So wird z. B. in diesen „Standardwerken“ die letzte „Kriegsmeisterschaft“ 1944 ausführlich geschildert. Andererseits verschweigen die Autoren aber ein Verbrechen der faschistischen Besatzungstruppen, das sich vor 65 Jahren, am 9. August 1942, in Kiew ereignete.

Nach der Einnahme der ukrainischen Hauptstadt durch Hitlers Truppen bemühten sich die Faschisten, den Anschein von Normalität zu erwecken. So veranstalteten sie u. a. eine Reihe von Fußballspielen. Damit sollte die „deutsche Überlegenheit“ auch auf sportlichem Gebiet demonstriert werden. Für diesen Zweck suchte man die Dynamo-Mannschaft zu mißbrauchen, die an allen Meisterschaften der UdSSR seit deren Beginn 1936 teilgenommen hatte. Sie stand in Spielstärke und -kultur den gleichnamigen Spielern aus Moskau kaum nach.

Die Nazis griffen sich den beliebten Kiewer Torhüter Trussewitsch und legten ihm unter Drohungen nahe, mit seiner Mannschaft gegen eine Auswahl der faschistischen Luftwaffe anzutreten. Diese besaß durch Fußballer, die zur Wehrmacht einberufen worden waren, eine beachtliche Durchsetzungsfähigkeit.

Trussewitsch kontaktierte die noch in der Stadt lebenden und arbeitenden Dynamospieler. Er überzeugte sie, daß ein Sieg über die Elf der Okkupanten deren Prestige erschüttern und der unterjochten Bevölkerung Mut machen würde. Die Dynamos beschlossen, anstelle ihrer traditionellen Klubfarben Blau-Weiß diesmal ganz in Rot anzutreten.

Die Besatzer billigten den sowjetischen Spielern, die durch die harten Lebensbedingungen unter dem Besatzungsregime körperlich stark geschwächt waren, nur wenige Trainingsstunden zu. Das Spiel durfte überdies nicht im heimischen Dynamo-Stadion stattfinden, sondern mußte auf einem anderen Platz ausgetragen werden. Es wurde unter deutscher Leitung angepfiffen. Zuvor hatte der Schiedsrichter, der die Uniform des berühmten Sicherheitsdienstes (SD) trug, den sowjetischen Spielern beim Umkleiden erklärt, daß er ihnen „dringend empfehle“, bei diesem Kräftemessen zu unterliegen. Doch das kam für die Dynamos überhaupt

nicht in Frage. Dazu bedurfte es keiner Absprache. Selbstverständlich wollten sie überleben und spielten deshalb zunächst sehr verhalten, um keinen Mann der gegnerischen Mannschaft zu verletzen, obwohl die Luftwaffenelf durchweg eine rüde Gangart einlegte. Sie führte sehr bald mit 2 : 0 Toren. Kamen die sowjetischen Spieler auch nur in Tornähe, wurde entweder abgepfiffen oder auf Abseits entschieden. Die Dynamos versuchten es daraufhin mit Weitschüssen. Zur Halbzeit führten sie mit 2 : 3.

Schon während des Spiels hatte es ein erstes Todesopfer gegeben. Ein ukrainischer Zuschauer, der einem an der Seiten-



W. Balakin und M. Gontscharenko nahmen am „Spiel des Todes“ teil und überlebten. Hinter ihnen das Mahnmal am Kiewer Dynamo-Stadion

linie liegenden verletzten sowjetischen Spieler helfen wollte, wurde kurzerhand von einem SS-Mann erschossen.

Am Ende siegten die Kiewer mit 5 : 3. Was eine Demonstration der faschistischen Überlegenheit hatte werden sollen, verwandelte sich in eine blamable Niederlage. Der Ausgang des Spiels sprach sich rasch in der ganzen Stadt herum und löste bei vielen Einwohnern der besetzten ukrainischen Metropole Stolz und Zuversicht aus. Die Rache der Faschisten folgte auf dem Fuße. Schon nach wenigen Tagen kam es zu Verhaftungen durch die Gestapo. Vier Spieler wurden sofort erschossen, darunter der Torwart Trussewitsch. Die übrigen, von denen nur drei überlebten, kamen in ein Vernichtungslager am Rande Kiews. Sie wurden dort zu Tode gequält oder kaltblütig ermordet.

So ging dieser „Wettkampf“ als „Spiel des Todes“ in die Geschichte ein. Doch die Dynamos hatten 1942 nur vorweggenommen, was drei Jahre später zur historischen

Tatsache werden sollte: die Niederlage der Okkupanten.

1965 ehrte die Regierung der UdSSR die überlebenden Teilnehmer. Auch deren Mitspieler, die von den Faschisten umgebracht wurden, zeichnete sie postum mit hohen militärischen Orden aus. Ihnen zu Ehren wurde im Dynamo-Stadion ein würdiges Denkmal errichtet, das vier Fußballer mit geballten Fäusten darstellt. Auch in einem sowjetischen Spielfilm wurde das damalige Geschehen wirklichkeitsgetreu geschildert.

Es entsprach den antifaschistischen Traditionen des DDR-Fußballs, daß bei der Feier des zehnjährigen Bestehens des Sportklubs BFC Dynamo, der mehrfache DDR-Meister wurde, ein ganz besonderer Ehrengast zugegen war: der Kiewer Dynamo-Spieler M. Gontscharenko, der das Wüten der Faschisten überlebt hatte.

In den anfangs erwähnten Nachschlagewerken zur deutschen Fußballgeschichte findet man übrigens auch keine Zeile über den bereits 1893 in Gera gegründeten Arbeiter-Turnerbund (ATB). Im weltweit ersten proletarischen Sportverband wurde später auch der deutsche Arbeiterfußball angesiedelt. Schon 1920 fand dessen erste Meisterschaft statt, die durch die KPD aktiv unterstützt wurde. Bald folgten auch Länderspiele, unter denen deutsch-sowjetische Vergleiche einen hervorragenden Platz einnahmen.

Die internationalen Erfolge des DDR-Fußballs bis zu dessen brutaler Ausschaltung durch bundesdeutsche Manager ab 1990 werden durchweg verschwiegen, als habe nur der DFB der BRD existiert. Offenbar will man den Eindruck erwecken, als wäre diese Sportart erst von den heutigen Multimillionären Beckenbauer & Co. erfunden worden, deren Niederlage gegen die DDR-Nationalelf bei der Weltmeisterschaft 1974 offensichtlich noch so manchem schwer im Magen liegt.

Wie man sieht, gibt es auch auf diesem Gebiet im Westen nichts Neues.

Heinz Behrendt

Am **13. Oktober um 10 Uhr** findet im Soziokulturellen Zentrum „**Arche N**“ in Neubrandenburg, Reitbahnweg 38, eine Veranstaltung unserer dortigen Regionalgruppe statt.

Prof. Dr. sc. Heinz Karl vom Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung spricht über das Thema

Die Oktoberrevolution
im Streit
der Meinungen

Über Dinge, die einen „stinkigen Beigeschmack“ haben

Anrühiges

Im August-RF wurde über „Gerüche aus der Lügenküche“ berichtet. Von „Gerüchen“ soll auch hier die Rede sein, und ich möchte der Sache, um die es geht, nur einen Buchstaben hinzufügen: von „Gerüchten“. Beide Worte liegen eng beieinander. Unser Fall ist die Kriminalistik, eine uralte Wissenschaft. Schon im antiken Rom forschte man nach Spuren von Mördern und Betrügnern. 1680 kam der italienische Anatom Malighi auf die Idee, erstmals Fingerspuren zu nehmen. Um 1900 etablierte man diese Sparte als Daktyloskopie. Etwa 80 Jahre später folgte der Begriff der DNA-Spur. Kriminalisten ließen sich auch noch etwas anderes einfallen. Sie gingen Gerüchen nach. Natürlich geschah das zuerst im Mutterland des perfekten Verbrechens, den USA. Dort schob man eines Tages Verdächtige nackt in einen Glaszylinder, saugte deren Körpergeruch ab, analysierte diesen in einem Gas-Chromatographen – einem Apparat, mit dem man auch nach Doping forscht –, und gelangte so zu einer Geruchsprobe, die mit anderen verglichen werden konnte. Auf diese Weise geriet sie in das Arsenal von Sherlock Holmes. Eines Tages erfuhr ein Mitarbeiter des MfS von

den Versuchen in „Gottes eigenem Land“ und dachte, die dort gewonnenen Erkenntnisse könnten bei der Verbrecherjagd in der DDR von Nutzen sein. Mitte der 60er Jahre gingen Fachleute des MfS der Frage nach, ob sich der Gaschromatograph nicht durch eine speziell geschulte Hundense ersetzen ließe. Die Idee erwies sich als Volltreffer. Bei einer Testreihe lieferte der Hund den Beweis, daß sein Geruchssinn eine Hand herauszufinden vermochte, die zwölf Monate zuvor eine Pistole in einem Wasserfaß versenkt hatte.

Ich selbst habe mich als Untersuchungsleiter für Terror- und Morddelikte mehrmals dieser Methode bedient und wiederholt von einem Hund den Hinweis erhalten, daß die Geruchskonserven des Tatwerkzeugs (Beil, Pistole o. ä.) einem bestimmten Menschen zuzuordnen war. Wohl gemerkt: Die Hundense liefert nur einen Hinweis, der vor Gericht nicht als Beweis für eine konkrete Schuld anerkannt worden wäre. Hatte man jedoch einmal die Spur aufgenommen, dann kam man bei der Ermittlung schneller voran. Da ist es nur logisch, daß eines Tages auch eine „Geruchs-Kartei“ angelegt wurde.

Geruchsproben sammelte man in der DDR nur von verurteilten Rechtsbrechern. Diese Feststellung ist wichtig, weil eines Tages, als es die DDR und das MfS schon lange nicht mehr gab, die Geruchskonserven plötzlich zur „mensenrechtswidrigen Geheimwaffe der Stasi“ deklariert wurde. Diese Behauptung barg jedoch ein Risiko: Als potentielle „Terroristen“ im Vorfeld des Heiligendammer G-8-Gipfels anhand von Geruchskonserven identifiziert wurden, brach die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries in die Sorge aus, die genommenen Proben besäßen „angesichts der DDR-Vergangenheit einen heftigen negativen Beigeschmack“.

Im Manuskript zur MDR-Reihe „Extra“ hieß es am 29. Mai: „Bei den Razzien vor dem G8-Gipfel wurden auch Geruchsproben genommen. Die Politik reagiert darauf teilweise irritiert und spricht von Stasi-Methoden ... Wir wollen es genauer wissen. Was ist dran an dem Vergleich? Wir treffen den Hundeexperten Thomas Kümmel, der die Geschichte der Polizeihunde aus erster Hand kennt. (Es werden Archivbilder von der Hundeausbildung in der DDR gezeigt.) Dann geht es weiter im Text: „Thomas Kümmel zeigt uns erstaunliches Bildmaterial aus der Bundesrepublik. Auch dort wurden bereits vor der Wende Geruchsproben genommen. Auch dort ist es schlichtweg ein kriminalistisches Hilfsmittel.“ O-Ton: Thomas Kümmel, Hundeexperte: „In der alten Bundesrepublik hat man es zu Beginn der 80er, Ende der 70er Jahre auch schon entwickelt, unabhängig von der DDR. Es ist in allererster Linie zur Verbrechensbekämpfung.“ MDR original: „Was hochrangige Politiker offenbar nicht wissen: Die Entnahme von Geruchsproben ist

also durchaus keine Erfindung der Stasi und wurde auch nicht nur in der DDR angewandt. Entscheidend bei der jetzigen Diskussion ist, warum Geruchsproben letztendlich genommen wurden. Sollte die Begründung rechtsstaatlich ausreichen, müßten sich einige Politiker fragen lassen, warum sie die Öffentlichkeit mit unnötigen Stasi-Vergleichen in die Irre führen?“

Diesen Text eines prononciert antikomunistischen Senders hätte Frau Zypries lesen sollen, bevor sie ihre Sprüche klopfte. Oder sie hätte sich über den schon am 13. August 2005 von Radio Berlin-Brandenburg (rbb) ausgestrahlten Fernsehbeitrag aus der Landespolizeischule für Hundeführer in Nordrhein-Westfalen (stationiert im Schloß Holte-Stukenbrock) über die Arbeit mit Geruchsspuren informieren müssen. Auch die Hundeschule der Polizei in Mühlhausen (BRD) und der Bereich Hundewesen der Bereitschaftspolizei Nürnberg (BRD) fanden mit der Methode Geruchsidentifizierung per Geruchskonserven in Fernsehbeiträgen Erwähnung.

Damit die Ministerin aber auch erfährt, daß sie mit ihren „Stasi“-Stories nicht allein dasteht, könnte man ihr die „Märkische Oderzeitung/Barnim-Echo“ vom 24. Mai auf den Tisch legen lassen: „Empörung über Stasi-Methoden war groß“. Bundestags-Vizepräsident Thierse (SPD) „warnte vor Hysterie, die zu Polizeistaat-Methoden à la DDR führen könnte“, liest man da. Das ist nur eines von vielen Zeugnissen bourgeois-journalistischer Unverfrorenheit in dieser Sache.

Der im August-RF bereits zitierte SPD-Abgeordnete Gunter Weisgerber stellte sich selbst als Opfer dar. Er sagte wörtlich: „Das sind Methoden, wie ich sie in der DDR kennengelernt habe.“ Der Mann vergaß mitzuteilen, wann und wo er damit konfrontiert worden sein will: Als er 1975 sein Abitur in der DDR ablegte? Oder als er anschließend sein Bohringenieur-Studium absolvierte, das er 1982 an der Bergakademie Freiberg abschloß? Oder als er von 1982 bis 1990 als Abteilungsleiter Erkundungsbohrungen im Braunkohlewerk tätig war? Ein Lügner und Hetzer vor dem Herrn!

Selbst Innenminister Schäuble (CDU), als Scharfmacher Nr. 1 bestens bekannt, räumte in mehreren Presseerklärungen ein, daß die Entnahme von Geruchsproben „in bestimmten Fällen ein probates Mittel“ sei, „um mögliche Tatverdächtige zu identifizieren“. Diese Worte eines mit derlei Sachverhalten vertrauten Mannes hinderte Journalisten nicht daran, die ausgeleierte „Stasi“-Platte aufzulegen. Schrieb nicht Bert Brecht dereinst: „Wer die Wahrheit nicht weiß, ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, ist ein Verbrecher!“

Zwischenruf

„Manche meinen, lechts und rinks kann man nicht verwechseln – werch ein Illtum“, hat vor Jahren der Österreicher Ernst Jandl festgestellt. Bestätigt wird der Poet einmal mehr durch erstaunliche Detailergebnisse einer repräsentativen Meinungsumfrage, die die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ in Auftrag gegeben hat. Insgesamt verorten sich demnach 34 Prozent der Bundesbürger politisch links, doppelt so viele wie 1981. 52 Prozent wännen sich in der Mitte und elf Prozent rechts. Die meisten Linken (76 Prozent) allerdings gibt es unter den Grünen-Anhängerinnen und -Anhängern und nicht etwa bei der Linkspartei: Deren Klientel stuft sich nur zu 64 Prozent links ein, zu einem guten Drittel jedoch in der Mitte. Aber: Wo gibt es zum Beispiel die meisten Befürworter einer Privatisierung von Bahn, Post und Energie? Bei den Grünen – nämlich 48 Prozent und damit mehr als bei der FDP ■

Henrik Müller

Aus: ver.di News

Hans Becker

Wenn – wie am Abend des 11. August – alle deutschen TV-Stationen nach einheitlichen Vorgaben und mit abgestimmten Bildern eine „Sensation zum Schießbefehl der DDR“ verkünden und wenn dazu auch noch Frau Birthler und Herr Knabe auftauchen, ist äußerster Vorsicht angesagt. Allzuoft haben sich die „Tatarenmeldungen“ über die DDR als das entpuppt, was sie tatsächlich waren: Luftnummern.

Die mediale Sensation des Jahres 2003 stellte bekanntlich die brachiale Festnahme eines „Auftragskillers“ der DDR dar, der 27 (!) staatlich sanktionierte Morde begangen haben sollte. Der Generalbundesanwalt sah sich veranlaßt, das Verfahren „wegen des besonders hohen Grades krimineller Energie“ an sich zu ziehen. Jeder Kriminalpolizeianwärter wäre vermutlich schnell dahintergekommen, daß es sich hier um eine Ente handeln mußte. Mit großem Getöse wurde sie dem unwissenden Volk untergejubelt, still und leise aber später wieder beerdigt.

Was das jetzt plötzlich „aufgefundene“ – in Wahrheit aber schon vor 10 Jahren veröffentlichte – „Dokument“, das den „Schießbefehl“ betrifft, angeht, so war die Sache nicht nur hinsichtlich des Zeitpunktes gut eingefädelt, sondern auch dazu geeignet, die vermeintliche Notwendigkeit des Fortbestands der Birthler-Behörde zu unterstreichen. Persönliche Eitelkeiten dürften ebenfalls im Spiel gewesen sein.

Wenn es überhaupt so war, wie verkündet wurde, dann handelt es sich höchstens um das verantwortungslose Gedankenspiel irgendeines namentlich nicht erwähnten Kompaniechefs, der der Meinung gewesen sein mag, auf einen Deserteur könne notfalls auch geschossen werden, wenn Frauen und Kinder in der Nähe seien. Alles andere ist Spekulation ohne Beweiswert. Solche verantwortungslosen Gedankenspiele um die innere Sicherheit finden in der BRD täglich statt. Doch sie werden nicht durch eine Spezialkompanie der Bundeswehr veranstaltet, sondern gehen von hochrangigen Regierungsvertretern und Parteigrößen aus. Diese wollen den „finalen Schuß“, das vorbeugende Töten von des „Terrors“ Verdächtigten und sogar den Abschluß entführter Passagierflugzeuge zum Gesetz erheben.

Was das angeblich aufgefundene DDR-Papier ohne Kopf und Unterschrift betrifft,

Wer läßt eigentlich auf Frauen und Kinder schießen? Über „Tatarenmeldungen“ und Luftnummern

ist sicher davon auszugehen, daß es im Falle seiner Echtheit den geltenden Gesetzen zuwiderlief und schon deshalb keine Gültigkeit haben konnte. Das Polizeigesetz, das Grenzgesetz und die Schußwaffengebrauchbestimmungen der Armee waren eindeutig und verboten generell das Schießen auf Kinder oder ihre eventuelle Gefährdung durch Schußwaffenanwendung auf flüchtende Täter.

Im Strafgesetzbuch (§ 258) der DDR wurde geregelt, daß ein Befehl, der offensichtlich gegen die anerkannten Normen des Völkerrechts oder gegen Strafgesetze verstößt, von einem Soldaten nicht auszuführen ist und daß er bei Befehlsverweigerung straffrei bleibt, der Befehlsgeber aber bestraft werden kann.

Da ich fast ein Vierteljahrhundert in verantwortlichen Funktionen der Militärjustiz der DDR tätig war, kann ich sagen, daß jede Militärperson (dazu gehörten auch die Mitarbeiter des MfS), die in Ausübung ihres Dienstes – aus welchen

Gründen auch immer – vorsätzlich auf ein Kind geschossen hätte, vor einem Militärgericht zur Verantwortung gezogen worden wäre.

Mir ist kein einziger Fall bekannt, daß während des 40jährigen Bestehens der DDR eine Militärperson in Ausübung ihres Dienstes auf ein Kind geschossen hätte. Das ließen die Gesetze, aber auch die Wehrmoral nicht zu.

Mir sind allerdings in den letzten vier Jahren viele Fälle bekanntgeworden, daß amerikanische Soldaten in Irak und Afghanistan Kinder vorsätzlich getötet haben. Auch Palästinenserkinder wurden des öfteren durch israelische Soldaten erschossen. Dazu schweigt das offizielle Berlin, und auch den ehemaligen „Bürgerrechtlern“ wie den heutigen Menschenrechtsaposteln fehlen die Worte.

Dr. Günther Sarge

Unser Autor war Präsident des Obersten Gerichts der DDR.



Zeichnung:
Heinrich
Ruynat

Die **Regionalgruppe Rostock** hat einen **Marxistischen Bildungskreis** ins Leben gerufen, der unsere Weltanschauung lebendig und anschaulich vermitteln will. Auf der **Eröffnungsveranstaltung** am **17. Oktober, 15 Uhr**, in Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, Mehrgenerationenhaus, spricht der stellvertretende Vorsitzende des RF-Fördervereins **Prof. Dr. Götz Dieckmann** über das Thema

Ein Gespenst geht um in Europa

Das „**Kommunistische Manifest**“ in seiner heutigen Ausstrahlung

Über Leute, die rechts und links nicht unterscheiden wollen Stau im politischen Verkehr

Wie immer stehen wir irgendwie im politischen Verkehr, wobei der Stau zur Normalität wird. Inzwischen regeln ja ausschließlich Ampeln den Fluß der Fahrzeuge. Bei ihnen gibt es Farbübergangsphasen, die in der Politik meist fehlen. Die Ampel ist auf Rot geschaltet.

Auf der Rechtsaußenspur steht das Gefährt der NPD. Bei ihm zeigt sich auf dem Lack der Haube schon der braune Rost.

Geradezu verbissen starrt der Fahrer der CSU-Kalesche mit ihrem hochkarätigen Insassen stur geradeaus. Nur nicht nach rechts blicken, knurrt der Herr mit der weißen Fliege auf dem Beifahrersitz, sonst denken die am Ende noch, wir wollten es ihnen gleichtun.

Sein Fahrerkollege nebenan, der eine dunkelblonde Dame von der Schwesterpartei kutschiert, winkt ihm jovial zu. „Noch immer keine freie Fahrt!“, vernimmt man ärgerlich aus dem Fond.

Daneben rollt naßforsch „Müntes“ rampolierte Karre heran. Heiser kreischen die Bremsen. Der Mann schaut verdrossen auf seinen noch nach alter Godesberger Zeit gestellten Chronometer. Er ermahnt den Mann am Steuer, auf keinen Fall zu vergessen, daß er links zu blinken habe. Der bekommt es schon wieder mit der Angst zu tun, weil er zugleich angehalten ist, trotzdem rechts einzubiegen. Ängstlich erwartet er einen Hinweis seines Chefs, ob er die CDU-Limousine, wie im allgemeinen üblich, galant vorbeilassen oder ordentlich Gas geben soll, um die Rechtsüberholung einzuleiten.

Zaghafte nähert sich der PKW der Linken. Das Auto ist mit einem Slogan geschmückt: „Reichtum für alle!“, lautet dieser. Der Chauffeur sieht, daß „Müntes“ Karre den linken Blinker gesetzt hat und läßt, zur Zurücknahme erzogen, eine Lücke bis zur Standlinie an der Ampel, damit sich der SPD-Wagen vor ihm einordnen kann. Doch „Müntes“ grinst nur höhnisch in die nach außen verspiegelten Scheiben. Er wundert sich über so viel Höflichkeit, die er nicht verdient zu haben meint.

Als dann noch der Ex-Umweltminister heranradelt, zuckt am Straßenrand plötzlich ein grelles Blitzlicht auf. Trittin fragt den Typen, der das Gerät überwacht, warum er geblitzt worden sei. Als er zur

Antwort bekommt, er sei schließlich der Linken viel zu dicht aufgefahren, platzt ihm der Kragen. Von dieser halte er stets den nötigen Abstand, läßt er wissen.

Trittin holt einen Eurosuperkatstutzen aus dem Rucksack und steckt ihn heimlich auf das Auspuffrohr des Fahrzeugs der Linken. Dessen Motor verbraucht jetzt zwar die doppelte Kraftstoffmenge, aber die Treibhausgase werden geviertelt, freut sich der grüne Ex-Minister diebisch.

Dann geht zunächst die Fußgängerampel an. Mehrere Übergewichtige kreuzen den Damm. Die Leute essen einfach zu viel, murmelt „Müntes“. Man müßte das ALG II drastisch weiter kürzen, schießt es ihm durch den Kopf. Immerhin ist er ja für Soziales im Kabinett.

Jetzt schaltet die Ampel auf Gelb. Die Motoren erhöhen ihre Drehzahl, und „Müntes“ Fahrer legt einen Blitzstart hin. Die dunkelblonde Dame sieht ihren „linken“ Nebenmann rechts davonpreschen und folgert: Wunderbar, heute können wir den totalen Kahlschlag beschließen.

Gysis Fahrer – denn er sitzt im Fahrzeug der Linken – achtet auf „Müntes“ Wagen, dessen Kurs er wie immer als Richtschnur betrachtet. Er vermutet ein nur versehentliches Abbiegen nach rechts, wundert sich allerdings, wo auf einmal der linke Rauch geblieben ist.

Der Radfahrer tritt seinen Biodieselmotormotor an, um mit dessen Giftgasen eindringlich auf die Umweltschädlichkeit des Gemischs aufmerksam zu machen.

Leipzigs entfloherener OB Tiefensee, der zum Bundesverkehrsminister hochgespült worden ist, dünstelt gerade an einer Entlüftungsvariante für das zum Himmel stinkende Leipziger Tunnelprojekt, während sein Dienstmercedes mit laufendem Motor auf ihn wartet.

Als es Abend ist, leuchtet Gabriels dickes Konterfei zufrieden aus einer Ministerkarosse. Er hat wie immer keine Ahnung, wo der Strom morgen oder übermorgen herkommen soll.

So geht der politische Verkehr munter weiter, auch wenn die Leute am Steuer rechts und links immer weniger unterscheiden können. Ob das Ganze nicht in einer Sackgasse endet?

Jochen Singer

BDI und BDA erblassen vor Neid: Deutsche Zucht und Ordnung

Was das Büro- Personal einst zu beachten hatte

I. Gottesfurcht, Sauberkeit und Pünktlichkeit sind Voraussetzungen für ein ordentliches Geschäft.

II. Das Personal braucht jetzt nur noch an Wochentagen zwischen 6 Uhr vormittags und 6 Uhr nachmittags anwesend zu sein. Der Sonntag dient dem Kirchgang. Jeden Morgen wird im Hauptbureau das Gebet gesprochen.

III. Es wird von jedermann die Ableistung von Überstunden erwartet, wenn das Geschäft sie begründet erscheinen läßt.

IV. Der dienstälteste Angestellte ist für die Sauberkeit des Bureaus verantwortlich. Alle Jungen und Junioren melden sich bei ihm 40 Minuten vor dem Gebet und bleiben auch nach Arbeitsschluß zur Verfügung.

V. Einfache Kleidung ist Vorschrift. Das Personal darf sich nicht in hell schimmernden Farben bewegen und nur ordentliche Strümpfe tragen. Überschuhe und Mäntel dürfen im Bureau nicht getragen werden, da dem Personal ein Ofen zur Verfügung steht. Ausgenommen sind bei schlechtem Wetter Halstücher und Hüte. Außerdem wird empfohlen, in Winterzeiten täglich 4 Pfund Kohle pro Personalmitglied mitzubringen.

VI. Während der Bureaustunden darf nicht gesprochen werden. Ein Angestellter, der Zigarren raucht, Alkohol in irgendeiner Form zu sich nimmt, Billardsäle oder politische Lokale aufsucht, gibt Anlaß, seine Ehre, Gesinnung, Rechtschaffenheit und Redlichkeit anzuzweifeln.

VII. Die Einnahme von Nahrung ist zwischen 11.30 und 12.00 Uhr erlaubt. Jedoch darf die Arbeit dabei nicht unterbrochen werden.

VIII. Der Kundschaft und Mitgliedern der Geschäftsleitung ist mit Ehrerbietung und Bescheidenheit zu begegnen.

IX. Jedes Personalmitglied hat die Pflicht, für die Erhaltung seiner Gesundheit Sorge zu tragen. Im Krankheitsfalle wird die Lohnzahlung eingestellt. Es wird daher dringend empfohlen, daß jedermann von seinem Lohn eine hübsche Summe für einen solchen Fall wie auch für seine alten Tage beiseitelegt, damit er bei Arbeitsunvermögen und bei abnehmender Schaffenskraft nicht der Allgemeinheit zur Last fällt.

X. Zum Abschluß sei die Großzügigkeit dieser neuen Bureauordnung betont. Zum Ausgleich wird eine wesentliche Steigerung der Arbeit erwartet.

(Entnommen aus den verschiedensten Arbeitsbestimmungen und Betriebsordnungen von Manufakturen, Comptoirs und Amtsstuben der Jahre 1863–1872)

Armeegeneral **Heinz Keßler**,

der im September leider verhindert war und absagen mußte, spricht am **20. Oktober um 9.30 Uhr** auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Strausberg** im Klub am See, Wriezener Straße 11, über das Thema

Antifaschismus tut not!

Gäste sind herzlich willkommen.

Vor zwölf Jahren hatte ich mich von meinem Freund, Hauptmann Wladimir Amokow, Nationalität Burjate, verabschiedet. Er schwärmte vom Baikalsee. In diesem Sommer stand ich nun selber an den Ufern dieses „heiligen Meeres“, in der Stadt Listwianka, wo sich die Wasser des mächtigen Sees in die Angara ergießen. Dieses Städtchen mausert sich langsam zu einer Mini-Riviera der Neureichen, der eigentlichen Gewinner des Sturzes der Sowjetmacht. Diese Typen könnte man stundenlang beobachten, wie sie gewichtig, ein wenig breitbeinig wie Seeleute, daherkommen, den etwas starren – alles durchdringenden – Blick in die lichte Zukunft gerichtet; zwischen den Brauen die Statusfalte. Die Bodyguards folgen, wie Pilotfische den Haien, in maßvollem Abstand. Sie wirken athletisch, mit leicht angewinkelten Armen, wie Gewichtheber, strahlen die Allmacht des Geldes aus. Niemand sollte sich erdreisten, diesen Auserwählten etwas „Preiswertes“ anzubieten. Sie würden aufbrausen, denn sie wollen, sie können zahlen! Die Begleichung einer wuchtigen Summe ist für sie das eigentliche Erlebnis. Dieser protzende Rausch ist ein typischer Zug des russischen Neu-Kapitalismus. So ließ sich ein Magnat die Hochzeit mit der Primaballerina Wolotschkowa nicht mehr und nicht weniger als 1,5 Millionen Euro kosten. 400 Gäste, darunter der Gouverneur von Sankt Petersburg, feierten den „Event“ im Katharinenpalast. Die Braut wurde unter dem Jubel Tausender Gaffer mit einem Heißluftballon eingeflogen. Mitunter geht so ein Magnat – das konnten wir in Listwianka beobachten – auch noch persönlich auf den Markt, um einen kapitalen Stör zu erstehen. Danach schreitet er majestätisch zu seiner schwarzen Luxuskarosse mit verdunkelten Scheiben zurück. Durch die halbgeöffnete Wagentür konnten wir übrigens sehen, daß er sein Inventar bereits durch ein kapitalesses Weib bereichert hatte. Hier entsteht keine neue Mätressenwirtschaft mit Esprit, dem Kuß der Muse, dem Lautenspiel der Hetäre. „Ein kleiner Kreis von Superreichen zwingt dem Land seinen Lebensstil, sein Benehmen, seine Moral auf“, urteilte die Zeitschrift „Argumenty i Fakty“ lakonisch.

Es ist gerade mal 15 Jahre her, da war in diesen Breiten noch die Arbeit eine „Sache der Ehre, des Ruhmes und des Heldentums“. Wir hören die Zweifler krächzen: „Verordnet, verordnet“. Sie übersehen, daß eine Sache nicht deswegen untauglich wird, weil sie verordnet worden ist. Antifaschismus bleibt Antifaschismus, ob verordnet oder nicht. Spätestens seitdem Boris Jelzin angewiesen hatte, alle Sportstätten in Marktplätze zu verwandeln, vollzog sich in Rußland die Abwertung der Arbeit. Im Originaltext der „Internationale“ von Eugene Pottier von 1871 heißt es: „Ont-il jamais fait autre chose, que devaliser le travail?“ („Haben sie je etwas anderes getan, als die Arbeit abzuwerten?“) So strömten die Menschen in Scharen in die Stadien – nicht um ihren Lieblingen von Dynamo Moskau, Spartak,

Krylja Sowetow („Flügel der Sowjets“, wie dieser Klub unverändert heißt) zuzujubeln, sondern um mit alten Samowaren, halbverrosteten Türschlössern und selbstgestrickten Socken das Handeln zu erlernen. Noch heute kann man im Moskauer Olympiastadion, das früher den Namen Lenins trug, zerbeulte Container aus dieser angeblichen Blütezeit sehen.

Die rigorose Abwertung der Arbeit unter Jelzin führte zwangsläufig zur katastrophalen Aufwertung des Müßiggangs, des Schmarotzertums. Der Traum der Backfische hieß jetzt auf einmal, einen „Oligarchen“ – so nennt man die Superreichen – an Land zu ziehen. Auch der Mädchenhandel kam in Mode. Mütter schrieben erschütternde Leserbriefe ans Fernsehen:

geschaffen, steht er auf der Leninstraße in Irkutsk, seine Geste weist nach Westen. Den Bürgerkrieg? Ja, den gab es. Er fand unter Russen statt und war eine Blutorgie, die über das Land hin und her wogte. Und Admiral Koltschak, der einmal als „Zarenachfolger“ in Irkutsk residierte, später von den Bolschewiki erschossen wurde? Auch den gab es natürlich. „Wir sind alle Russen“, erläutert dazu die Stadtbilderklärerin ganz wertneutral. „Als Zeichen der Versöhnung“ habe man dem Weißgardisten Koltschak 2004 ein Denkmal errichtet. Selbst der durch die Revolution vom Sockel gestürzte Zar Alexander III. wurde 2003 am Ufer der Angara wieder aufgestellt. Schließlich war auch er ein Russe. Übrigens schaut er nach Osten.

Nachsinnen über Erlebnisse und Eindrücke am „Heiligen Baikal“ Triumph der Müßiggänger

„Hören Sie endlich auf, Filme mit Prostituierten zu senden, meine fünfzehnjährige Tochter will das unbedingt werden!“ Wo bleiben da Anka, die MG-Schützin (Heldin aus dem Film „Tschapajew“), wo Pascha Angelina (prominente Kolchosbäuerin im Zuckerrübenanbau), wo die Kosmonautin Walentina Tereschkowa? „Schikowatj“, schick leben, Zeit für „Shopping“ haben – die Parasiten haben aufgehört, Objekt der Bekämpfung, gar des Klassenkampfes zu sein. Sie sind zu hehren Zielen der Nachahmung mutiert, eine neue Ethik des Schmarotzens ist aufgeblüht. Die Boulevardblätter, allen voran die gewendete „Komsomolskaja Prawda“, bersten von Berichten aus dem Leben der Nichtstuer. Dabei sind besorgte Stimmen nicht zu überhören. Sogar die „KM“ spricht von der „Seuche stürmischer Verschwendung“.

Der Prototyp des besonders skrupellosen Kapitalisten ist spontan entstanden, man fühlt sich durch die späte Geburt begnadet, ein Businessman, ein Immobilienhai oder ein Zuhälter zu werden. Keine Industrieakademien waren dazu nötig. Andererseits aber ermöglichte deren vorzügliche Ausbildung zu sowjetischen Zeiten so manchem den fliegenden Start an der Börse.

In der Russischen Föderation ist das Spannungsfeld zwischen Zeitzeugen, die die Geschichte selbst noch erlebt haben, und jenen, welche Historie gewissermaßen in Formalinlösung aufbewahren, um sie zum gegebenen Zeitpunkt zu sezieren, relativ gering. Das Schlüsselwort heißt heute „Rußland“. Fast alle Parteien führen es in ihrem Namen. Lenin, den gab es und gibt es tatsächlich noch, war in erster Linie ein Russe. Vom Bildhauer Tomski

So manche „Marktlücke“ wird geschlossen. Zum Beispiel durch Nikita Belych mit seinem eifrig propagierten Buch „Den Aufbau des Kapitalismus vollenden“. Dieser Raubzug vollzieht sich in den russischen Weiten ohne die faden Beigaben von „freedom and democracy“.

Der Baikal mit seinen 360 Zuflüssen ist gigantisch. Es scheint, nichts könne ihm etwas anhaben, auch nicht die dreißig Kraftfahrzeuge, die im letzten Winter auf dem Eis steckengeblieben sind, um, wie jedes Jahr in dieser Größenordnung, dann im Frühling zu versinken. Unser russischer Begleiter Sascha erzählt, daß noch vor 15 bis 20 Jahren kein Mensch an den Ufern lebte, ja, daß sogar die Braunbären „vorbeikamen“. Heute seien die Tiere sehr scheu geworden, weil sie von Wilderern und „Hobbyjägern“ aus den Oberschichten des In- und Auslands – sogar in den Schutzgebieten – gnadenlos abgeknallt würden. Die Neureichen jagen mit automatischen Schnellfeuerwaffen. Der Bär wird gegen ein paar Tausend Dollar von Kennern, wenn nötig mit Hubschraubern, sicher ausgemacht. Der „Zauber der unberührten Natur“ läßt den Tourismus boomen. Zur Zeit entsteht für Wanderer ein auf den ersten Blick harmlos wirkender 2000 Kilometer langer Rundweg um den Baikal, den verwegene Biker durchaus nutzen könnten. Die Wildnis verliert ihre Unschuld. Wissenschaftler aus aller Welt eilen herbei, um dem See seine Geheimnisse zu entlocken, statt ihn in Ruhe zu lassen. Zu jedem Forschungsobjekt gesellen sich Wochenendhäuser für erholungssuchende Angehörige und natürlich für die neuen Eliten. Das macht schon nachdenklich.

Walter Ruge

In Heiligendamm berieten einst die Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands

Erinnerungen eines dänischen Teilnehmers

Nachdem ich den „RotFuchs“-Leitartikel „Die Schande von Heiligendamm“ gelesen hatte, vertiefte ich mich in meine Gedanken. Ich erinnerte mich an jene Tage, welche ich während der Arbeiterkonferenzen dort verbracht habe. Ich war von 1962 bis 1989 als Dolmetscher bei dem „Danske komite for Arbejderkonferencen“ für die teilnehmenden dänischen Gewerkschaftsvertreter tätig.

Die Konferenzen wurden in enger Zusammenarbeit zwischen fortschrittlichen Gewerkschaftern in den nordischen Ländern und dem FDGB der DDR ins Leben gerufen und durchgeführt. Organisator war das Ständige Komitee der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands. Die erste Beratung fand 1958 in Warnemünde statt. In den folgenden Jahren bis 1982 wurde die Konferenz in Heiligendamm abgehalten. Die Delegationen waren in den verschiedenen Gebäuden nach ihrer nationalen Zugehörigkeit einquartiert. So wohnten die Dänen zum Beispiel im „Haus Mecklenburg“. Die Zusammenkunft wurde immer gleichzeitig mit der „Ostseewoche“ veranstaltet, deren Hauptquartier sich in Kühlungsborn befand.

Beratungsthema war in erster Linie der Beitrag der beteiligten Gewerkschafter zur Erhaltung des Friedens. Wir diskutierten darüber, was in den beteiligten Ländern dafür getan werden könnte. In den ersten Jahren hatte das Ringen um die diplomatische Anerkennung der DDR ebenfalls Vorrang. Viele diesbezügliche Initiativen gingen von progressiven Gewerkschaften meines Landes aus, was sicher dazu beitrug, daß Dänemark zu den ersten Staaten gehörte, die diesen Schritt vollzogen.

Zur Friedensverteidigung rechneten wir den Widerstand gegen den kalten Krieg und dessen Wortführer im Westen. Sicherheit für das arbeitende Volk, Umweltschutz, Geborgenheit in der Gesellschaft, gesundheitliche Betreuung, Wohnrecht für alle, garantierte Ausbildung, Kinderfürsorge waren Themen der Beratungen in Heiligendamm. Ab 1983 wurden die Konferenzen der Reihe nach in die teilnehmenden Länder vergeben. So traf man sich 1985 im dänischen Gilleleje.

Außer der regelmäßigen Teilnahme an den Arbeiterkonferenzen unterhielt das „Danske komite“ eine enge Zusammenarbeit mit dem Feriendienst des FDGB. Jedes Jahr schickten wir etliche Urlauberguppen zu einem Aufenthalt in einige der zahlreichen FDGB-Heime, die es überall in der DDR gab. Das brachte ihr neue Freunde ein, von welchen einige heute Mitglieder meines Rentnerklubs sind. Sie fühlen sich vom Zusammenbruch der DDR schmerzvoll betroffen und verfolgen besorgt die aktuelle Entwicklung in der BRD.

Das Gegenstück zu meinen Heiligendammer Tagen war das jüngste G8-Treffen in diesem inzwischen wieder exklusiven

Ostseebad. Es bewies, daß all unsere Besorgnisse berechtigt sind. Andererseits war es ermutigend, daß so viele junge Leute und andere Antiimperialisten dem Polizeiterror widerstanden und dessen ungeachtet mehrere Tage ausharrten. Die Rostocker Demonstration gegen den Gipfel der stärksten kapitalistischen Industriemächte war korrekt angemeldet. Dennoch haben sich die „Ordnungshüter“ unbeherrscht und provozierend benommen.

In Heiligendamm, wo zu DDR-Zeiten Arbeiter mehrerer Länder auf ihren Konferenzen berieten, trafen sich diesmal die politischen Spitzenvertreter des Kapitals in einem äußerst „demokratischen“ Rahmen. Tausende Polizisten mußten die Teilnehmer vor vermeintlichen Terroristen schützen.

Auch ein berüchtigter Putschist aus Afrika befand sich unter den Eingeladenen. Er versicherte natürlich, daß die Ressourcen seines Landes von westlichen Profitma-

chern weiter ausgebeutet werden könnten. Solange dieser Mann nicht gegen die USA auftritt, kann er gewiß sein, daß sein Land nicht als „Schurkenstaat“ bezeichnet wird. Man denkt unwillkürlich an die Hilfe, die Saddam Hussein in Irak in den ersten Jahren seiner Herrschaft durch Washington erhalten hat. Die Vereinigten Staaten machen ihr Verhältnis zu „Demokratie“ oder Diktatur stets davon abhängig, ob die betreffenden Länder ihre Bodenschätze für sich behalten oder den USA „zugänglich“ machen wollen.

Man kann nur wünschen und hoffen, daß die Menschheit endlich aufwacht und sich an Lateinamerika ein Beispiel nimmt, ehe es zu spät ist.

Als Kommunist bleibe ich optimistisch. Dabei ermutigen mich die Gedanken an das, was ich vor vielen Jahren in Heiligendamm und der DDR mit fortschrittlichen Gewerkschaftern erlebt habe, auch wenn es nur Erinnerungen sind.

Ove John Nielsen

Brief aus der „Heldenstadt“

Sächsische Hexenjagd

Ende Juni empfahl der Bewertungsausschuß des Sächsischen Landtags per Drucksache 4/9167, „gegen Herrn Dr. Volker Külöw, MdL, einen Klageantrag mit dem Ziel der Aberkennung des Mandats gemäß Artikel 118 des Freistaates Sachsen zu stellen“.

Seit Jahren entfesseln die Birthler-Behörde, einschlägige Medien, Landtagsausschüsse und andere DDR-Hasser eine wahre Hexenjagd gegen „Informelle Mitarbeiter“ (IM) der Staatssicherheit. Der Leipziger Abgeordnete Dr. Külöw war das von 1988 bis 1989. Er bekannte sich seit Anfang der 90er Jahre öffentlich dazu, tat es vor der Leipziger PDS und auf Bürgerforen sowie in Interviews. Er wurde dessen ungeachtet sowohl als PDS-Stadtvorsitzender als auch am 19. September 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt.

Genosse Külöw arbeitete zu DDR-Zeiten als Historiker und wissenschaftlicher Assistent an der Leipziger Karl-Marx-Universität. Er berichtete wie jeder andere Lehrer in Gesellschaftskunde regelmäßig über die Stimmungslage in seinem Tätigkeitsbereich.

Neben den Eingaben der Bevölkerung galt dies als wichtige Quelle der Information für die Partei- und Staatsführung. Daraus ließen sich bestimmte Schwerpunkte der gegnerischen Einwirkung ablesen. Dr. Külöw schrieb rund ein halbes Dutzend Berichte über DDR-kritische Positionen einzelner Personen. Diese blieben für die Erwähnten ohne Folgen. Die Betroffenen wurden weder verwahrt noch zu Aussprachen eingeladen. Sie konnten die

Vorzüge der DDR-Bildungswesens auch weiterhin voll in Anspruch nehmen. Bei all dem blieb Dr. Külöw in bezug auf Mängel der Politik der Partei nicht stumm und brachte wiederholt Vorschläge für eine Behebung von Schwächen ein.

Zu erwähnen ist, daß die Birthler-Behörde, wie aus ähnlich gelagerten Fällen bekannt, Dr. Külöws Information kraß behinderte. Trotz seines rechtzeitig gestellten Antrages auf Akteneinsicht wurden die Unterlagen nicht bereitgestellt und deren Veröffentlichung später untersagt, während man gleichzeitig die Papiere gewissen Medien zuspielte, um den Historiker an den Pranger stellen zu können.

All das reichte den antikommunistischen Hexenjägern noch nicht. Die Mehrheit im Bewertungsausschuß setzt ihre Inszenierung fort. In der Spitzengruppe der CDU-Hardliner bewegt sich der sattsam bekannte Ex-Innenminister und Ex-Pfarrer Heinz Eggert. Er hat gewissermaßen Schaum vor dem Mund. Die Stimmung wird künstlich weiter angeheizt. Eine bestellte LVZ-Leserbriefschreiberin beschimpfte Dr. Külöw als „den größten Lumpen im ganzen Land“.

Um im Herbst eine Zweidrittelmehrheit des Landtags gegen die „Linke“ zusammenzubekommen, bedarf es der Einbindung auch der neofaschistischen NPD. Deren Fraktion steht wohl zur Verfügung, um sich an dieser Drecksarbeit zu beteiligen. Denn: Wenn es gegen „die Roten“ geht, darf Braun natürlich nicht fehlen. USA-Senator Joe McCarthy läßt grüßen.

Joachim Spitzner, Leipzig

Venezuela und Nicaragua Seite an Seite

Hugo Chávez bei Daniel Ortega

Am 20. Juli legte der venezolanische Präsident Hugo Chávez, der zu Besuch in Nicaragua war, gemeinsam mit Daniel Ortega den Grundstein für eine neue Raffinerie in La Paz Centro, unweit des Hafens Sandino. Zuvor beantworteten beide Staatsmänner Fragen von Journalisten.

Eine Botschaft für die Nicaraguaner, Präsident Chávez?

Hugo Chávez: Gestern Abend erlebten wir die Wiedergeburt des sandinistischen Geistes, der Befreiungsidee des Sandinismus. Ich sah hier überall, in den Straßen, unter der Jugend, daß der Freiheitsgeist Sandinos wiedergeboren worden ist.

Die Opposition hier fragt: Wer führt mehr? Führen Sie mehr als Daniel oder führt Daniel mehr als Sie?

Hugo Chávez: Diese Frage ist irrelevant ... Wichtig ist, daß wir uns erreicht haben ... Als ich das erste Mal den Namen Ortega hörte, war ich Unterleutnant des venezolanischen Heeres und gründete die erste Zelle dessen, was sich später in das bolivarianische Heer verwandelte ...

Als 1979 die Revolution in Nicaragua siegte, jubelten wir. Wir hörten die Nachricht in den Bergen, von Radio „Venceremos“. In Kuba, in Nicaragua und in Venezuela begann alles in den Bergen. Die Sandinistische Revolution beflügelte uns. Und so wurde die Bolivarianische Bewegung geboren. 10 Jahre später, 1989, verlor hier die Revolution. Der konterrevolutionäre Krieg der Gringos und die ganze Sabotage an der Wirtschaft Nicaraguas bremsten die Sandinistische Revolution. Wir diskutierten damals stundenlang, was für uns die Niederlage der Sandinistischen Regierung bedeutete. Wir erhoben uns. Und heute, fast 20 Jahre später, sind wir hier. Wir verstehen uns, wir haben Kraft und Erfahrung, die gleiche Idee, die gleiche Wurzel.

Comandante Chávez, man sagt auch, daß Sie einen schlechten Einfluß auf Comandante Daniel ausüben, weil Sie sich mit den Vereinigten Staaten streiten.

Hugo Chávez: Schlechter Einfluß? Ich bin ein schlechter Einfluß für den Imperialismus. Daniel und ich, wir sind anti-imperialistischer Impfstoff. Von diesem schlechten Einfluß sprechen die Rechten. Sie reden wie die Papageien. So redeten sie über Fidel und Chávez. Fidel übe einen schlechten Einfluß auf Chávez aus. Und heute: Chávez ist ein schlechter Einfluß für Daniel und Bolivians Evo Morales. Das ist die Botschaft des Imperiums. Es verbreitet sie über seine Medien. Das Imperium redet so, weil es den Einfluß auf uns verloren hat.

Wir beeinflussen uns gegenseitig. Ich lernte Daniel im Dezember 1994 in Havana kennen. Fidel, Daniel und ich, wir fuhren in einem Auto. So begannen die schlechten Einflüsse! Stützt das Ihre Kritik?

Sie haben den Sender RCTV geschlossen ...

Hugo Chávez: Man beendete die Konzession ... Die imperialistische Elite verbreitet Lügen über den „Diktator“ Chávez, der Fernsehkanäle geschlossen hätte. Sie verdreht die Wahrheit. Die Konzession wurde nicht erneuert. Es ist in den Ländern der „Demokratie“ eine ganz normale Sache, daß Konzessionen für Fernsehkanäle jährlich geprüft und dann verlängert oder nicht verlängert werden. Wie würden Sie das bezeichnen?

Dieser Kanal, dessen Konzession beendet wurde, war offen. Die Konzession war staatlich. Der Kanal ist erneut im Äther, jetzt per Satellit. Wie viele Sender über Satellit gibt es in der Welt?

Compañero Chávez, die Rechte glaubt und will immer dem Volk weismachen, daß es keine Hilfe gäbe. Sie wäre nicht zu sehen. Jetzt sind Sie nach Nicaragua gekommen, und die Rechten sagen, er ist nicht hier. Die Rechte behauptet das immer wieder, obwohl Nicaragua Dank der venezolanischen Hilfe aus der Krise kommt ...

Hugo Chávez: ... Dort, wo ich bin, bin ich – wie Bolívar sagte – komplett, mit meinem Körper, meiner Seele und meinem Geist. Ich bin hierhergekommen, um die Kooperationsbeziehungen mit Nicaragua zu vertiefen ... Heute übergeben wir Kredite, Traktoren, Schulsachen und viele andere Dinge. Wir laufen nicht wie Bush herum und bieten Lateinamerika Villen und Schlösser an. Wir wollen zusammenarbeiten und halten unser Wort. Als wir vor einiger Zeit in León waren, sprachen wir über die Raffinerie. Heute werden wir den Grundstein dafür legen, damit Nicaragua niemals mehr einen Liter Benzin oder Diesel importieren muß. Die Raffinerie wird täglich 150 000 Barrel Treibstoff erzeugen. Nicaragua verbraucht nur 100 000. Das heißt, ihr werdet Treibstoff exportieren können. Ein Barrel Erdöl kostet heute 100 Dollar ... Alles zusammen wird Nicaragua jährlich 700 Millionen Dollar gewinnen.

Daniel Ortega: Ich habe nicht gesehen, daß die Vereinigten Staaten uns mit einem Kraftwerk geholfen hätten. Nun wollen die USA, daß dies so weitergeht. Sie bauen keinen Kilometer Straße, sie bauen keine Fabrik, sondern machen Studien und Reisen, verursachen Ausgaben für Teams, die sie formieren. Bis jetzt hat man nichts konkretisiert.

Wir wollen gerechte Beziehungen. Die Vereinigten Staaten müssen ihre Wirtschaftspolitik ändern. Sie müssen aufhören, überall Krieg zu führen und überall ihre Politik aufzudrängen.

Beeindruckt Sie, daß USA-Botschafter Trivelli Ihre Regierung kritisierte?

Daniel Ortega: Ich habe weder gelesen noch gehört, was er gesagt hat.

Er sagte, daß Sie die Macht in diesen sechs Monaten zentralisiert hätten.

Daniel Ortega: Wir leben in einer Welt, in der es Meinungsfreiheit gibt. Ich weiß, daß sich Präsident Bush nicht nur in den Vereinigten Staaten wie eine Gouvernante aufführt, sondern sich alle Macht zuordnete, wie ein Weltyrann, der den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen übergang und den Krieg in Irak anzettelte, der mehr Schaden anrichten wird als der Krieg in Vietnam. Bush ist Präsident im Ergebnis eines Wahlbetrugs, er raubte seinem Konkurrenten im Kampf um das Weiße Haus Al Gore den Wahlsieg.

Hugo Chávez: In 100 Jahren haben die Vereinigten Staaten in Lateinamerika in Bomben, in Maschinengewehre, in Kreuzer, in Invasionen, in Marines und in Spionage investiert. Was hat es die CIA gekostet, als sie Präsidenten ermorden, Länder überfallen und destabilisieren ließ? Wieviel investierten die Vereinigten Staaten, um Nicaragua seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu schwächen? Wieviel investierten sie, um 1909 Cipriano Castro in Venezuela zu schlagen, und hier zur gleichen Zeit eine nationale Regierung zu stürzen? Sie schlugen Cipriano Castro, um das venezolanische Erdöl an sich zu reißen. Das ist die Jahrhundertrechnung.

Daniel Ortega: Sie stehen in unserer Schuld. 1986 zogen wir vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag und klagten die Vereinigten Staaten des Terrorismus an. Er fällte damals ein historisches Urteil gegen die USA. Sie sind der einzige Staat in der Welt, der vom Internationalen Gerichtshof wegen Terrorismus verurteilt wurde. Sie wurden damals verpflichtet, Nicaragua eine Entschädigung von 17 Milliarden Dollar zu zahlen. Heute wäre das mit Zinsen viel mehr.

Hugo Chávez: Und uns nahmen sie das Erdöl, das sie nie bezahlten. Sie schulden uns eine Billion Dollar. Das ist die Rechnung, die wir aufmachen.

Quelle: Presidencia de la República de Nicaragua

Übersetzung und Bearbeitung: Wolfgang Herrmann, Dreesch

Belgiens Kommunisten im Kampf gegen die Nazi-Okkupanten

Das Hohelied der Partisanen

Nach dem deutsch-faschistischen Überfall auf Belgien im Mai 1940 rief die rund 10 000 Mitglieder zählende Kommunistische Partei (PCB) einige Monate später zum Partisanenkrieg auf und schuf zugleich, anfangs aus ehemaligen Spanienkämpfern, die ersten Abteilungen der Belgischen Partisanenarmee (L'Armée Belge des Partisans). Auch dadurch ist die Behauptung bürgerlicher Historiker widerlegt, daß sich die westeuropäischen Kommunisten nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von 1939 in Zurückhaltung geübt hätten. Die Partisanenarmee wurde von Kommunisten geführt. 1941 entstand mit der durch die PCB geschaffenen Unabhängigkeitsfront (FI) eine 14 verschiedene Organisationen umfassende politische Vereinigung. Die FI war die größte der insgesamt etwa 30 Widerstandsgruppierungen.

Das stärkste Hinterland unter ihnen besaß die Geheime Armee (L'Armée secrète – AS). Ihr gehörten ehemalige Unteroffiziere und Offiziere der belgischen Armee an. Sie gab die Parole Abwarten aus, was bedeutete, einen Aufstand erst bei Annäherung der Alliierten auf 50 km zu beginnen. Sie unterstand der Exilregierung in London und lehnte eine Zusammenarbeit mit der FI ab. Erst 1944 kam sie zum Einsatz.

Anders als in den meisten westeuropäischen Ländern formierte sich in Belgien trotz vieler Kontakte untereinander keine einheitliche militärische Führung des Widerstandes. Das hing nicht nur mit der ethnisch-sprachlichen Teilung des Landes zusammen, die die soziale Aufspaltung noch verstärkte. Kreise der belgischen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums einschließlich der Bauernschaft waren als flämische und wallonische Faschisten offen auf die Seite der Okkupanten übergegangen. Das verhinderte die Schaffung einer einflußreichen bürgerlichen Widerstandsbewegung. (Übrigens kommt der heutige Vlaams Belang – eine in Flandern sehr einflußreiche rechtsradikale Partei – aus dieser Wurzel.)

Die PCB blieb aus den geschilderten Gründen mit ihrer FI – seit 1944 im Nationalen Widerstandsrat (CNR) vereinigt – die größte Kraft des antifaschistischen Kampfes in Belgien. Sie trug von Beginn an die Hauptlast. Diese Position konnte ihr keine andere Formation streitig machen. Da sich die schwächeren bürgerlichen Kräfte den Kommunisten nicht unterordnen wollten, waren sie auch an keiner gemeinsamen militärischen Führung interessiert. Zudem drängte die FI permanent auf Aktionen, an denen die anderen Gruppen nicht teilnehmen wollten.

Die belgische Partisanenbewegung führte die von bürgerlichen Kreisen zur Rechtfertigung des Zögerns der einheimischen Bourgeoisie vertretene These von der

Unmöglichkeit eines Partisanenkampfes in dichtbesiedelten Gebieten, auf dem flachen Land ohne Gebirge und Wälder ad absurdum.

Belgien wurde in fünf Sektionen mit 16 Partisanenabteilungen untergliedert. Die Kämpfer handelten in Dreiergruppen, was ihre Mobilität und Konspiration begünstigte. Drei Gruppen bildeten jeweils eine Kompanie, drei Kompanien ein Bataillon und drei Bataillone ein Korps. Je nach Lage handelten sie in unterschiedlichen Größenordnungen. Durch die Struktur ihrer Verbände waren die Partisanen in der Lage, zu Hause zu übernachten und sich selbst zu verpflegen.

Im Sommer 1944 gab es in Belgien 50 000 bewaffnete Widerstandskämpfer, deren Zahl binnen weniger Monate auf 75 000 anwuchs.

Die Partisanen konzentrierten sich vor allem auf die Sprengung von Brücken und Gleisanlagen, denn das Land war ein einziger Verkehrsknotenpunkt zwischen dem Ruhrgebiet und der eigenen sowie der nordfranzösischen, England direkt gegenüberliegenden, Kanalküste. Darüber hinaus wurden die Produktion kriegswichtiger Betriebe durch Sabotage gestört, Nachrichtenverbindungen unterbrochen sowie kleinere Trupps von Okkupanten und einheimischen Faschisten überfallen. 1941/42 führten die Partisanen insgesamt 1652 Aktionen durch. Sie brachten zahlreiche Züge zum Entgleisen und sprengten etliche Brücken. Sie setzten 10 000 Waggons, 641 Lokomotiven, 304 Schleppkähne, 36 Schleusen und 11 Elektrostationen außer Gefecht. Sie vernichteten eine große Zahl gegnerischer Einheiten, darunter Verbände der flämischen und wallonischen SS. Mit ihren Aktionen banden sie über 50 000 deutsche Soldaten. Im Augenblick der Befreiung gelang es ihnen, schon vor dem Eintreffen der Alliierten Teile Belgiens unter ihre Kontrolle zu bringen und den Verkehr lahmzulegen. Antwerpen wurde gemeinsam mit den Alliierten befreit. Im Gebiet der Borinage griffen Widerstandskämpfer die deutschen Faschisten an, nahmen 23 000 von ihnen gefangen und erbeuteten große Mengen an Kriegsmaterial. Insgesamt fielen 7000 Partisanen und andere Illegale im Widerstand, 2800 wurden in Lagern umgebracht. Die PCB verlor über 2000 ihrer Genossen. Von 35 ZK-Mitgliedern blieben nur vier übrig. Unter den Opfern befanden sich fast alle Politbüromitglieder und drei Sekretäre des Zentralkomitees.

Zum Zeitpunkt der Befreiung waren die Partisanen unter Führung der

KP so stark, daß Belgiens neue Regierung sich erheblich verunsichert zeigte. Der britische General Erskine bot ihr daraufhin am 17. November 1944 Truppenhilfe zur Auflösung der Partisaneneinheiten an.

Inzwischen war die Partei zahlenmäßig stark angewachsen. 1945 hatte sie 100 000 Mitglieder und war die drittstärkste Kraft im Lande. Bis 1947 gehörten Kommunisten der Regierung an. Ihr Masseneinfluß trug dazu bei, daß in Belgien wesentlich mehr Nazi-Kollaborateure bestraft wurden als in Frankreich.

Eine der bedeutendsten historischen Leistungen der damaligen PCB liegt darin, daß sie sich in einem hochentwickelten Land mit einer allgemein akzeptierten konstitutionellen Monarchie zur führenden politischen und militärischen Kraft des Widerstandes gegen den Faschismus entwickeln konnte. Sie war im Vergleich mit anderen einflußreichen Gruppierungen wohl als einzige dazu in der Lage, einen beträchtlichen Teil der Belgier über die sie trennenden Sprachgrenzen hinweg im nationalen Befreiungskampf zu vereinigen.

Heute gibt es in Belgien – nach Jahren des Niedergangs – wieder eine an Einfluß gewinnende kommunistische Bewegung, zu deren Erstarben neben anderen erprobten Genossen vor allem auch die vor einigen Jahren neu formierte marxistisch-leninistische Partei der Arbeit (PTB) beiträgt.

Dr. Bernhard Majorow



Worauf die „strategische Gemeinschaft“ beim „grünen Benzin“ hinausläuft Bushs Falle für Brasilien

USA-Präsident George W. Bush und Brasiliens Staatschef Luiz Ignácio Lula da Silva feierten unlängst in Camp David die „strategische Gemeinschaft“ beim „grünen Benzin“.

Zu Zeiten der Militärdiktatur – sie be-
stand in dem südamerikanischen Staat
während der 60er und 70er Jahre – wurde
ein brasilianischer Außenminister durch
seinen Satz berühmt: „Was gut für die USA
ist, ist auch gut für Brasilien.“ Diese Wor-
te wurden für den ganzen Kontinent süd-
lich des Rio Bravo (mit der beklagten und
niemals verziehenen Ausnahme Kubas)
zum Inbegriff der Unterwerfung.

Inzwischen hat sich die Lage scheinbar
umgekehrt. Die „Interessen Brasiliens“
sollen auch zur Herzenssache der USA-
Politiker werden, behauptet Bush. Denn
ALCA – das strategische Projekt Wash-
ingtons zur Knechtung Lateinamerikas
– ist gescheitert. Jetzt kommt die Stunde
für das Ethanol. Es handelt sich um den
„umweltfreundlichen Biobrennstoff“, das
„grüne Benzin“, von dem die USA und Bra-
silien zusammengenommen derzeit mehr
als 70 % des Weltaufkommens produzie-
ren. Schluß mit Petroleum und fossilen
Brennstoffen, die nur die Luft verpesten
und nicht erneuerbar sind! Raus aus der
Abhängigkeit von feindlichen Staaten
– wie dem Venezuela von Chávez oder
Ahmadinejads Iran, instabilen und we-
nig verlässlichen Lieferanten wie Nigeria,
Angola und Sudan! Rein in die ganze
Maschinerie der „Alternativantriebe“, die
weder verschmutzen noch den Planeten
erwärmen! Erneuerbar und natürlich,
stammen sie vom Zuckerrohr, vom Mais,
von Soja, der afrikanischen Palme, von
Mandeln und Sonnenblumen.

Deshalb unterzeichneten Bush und Lula
unlängst in Brasília das Memorandum
über eine „strategische Gemeinschaft“
für die Ethanolproduktion. Deshalb er-
fuhr Lula auch die große Ehre, als erster
lateinamerikanischer Staatschef nach
Camp David, in Bushs exklusive Wochen-
endresidenz im USA-Bundesstaat Mary-
land, eingeladen worden zu sein.

Ohne Zweifel wird Ethanol das Geschäft
der Zukunft sein. Die großen internatio-
nalen Kapitalgruppen – die „Trilaterale“
aus Ölkonzernen, Automobilindustrie und

Transnationalen des Landwirtschafts-
marktes wie der Gensamenerzeugung
– werfen sich schon jetzt in gigantische
Investitionen, genauso wie die globalen
Finanzspekulanten vom Schläge eines
George Soros. Allein das von Bush verkün-
dete Vorhaben, den Verbrauch aus Petro-
leum hergestellten Benzins bis zum Jahr
2017 zugunsten von „Biobrennstoffen“ um
20 % zu reduzieren, ließ die Preise bei Ge-
treide und Mais an der Landwirtschafts-
börse von Chicago emporschnellen. Die
„New York Times“ schrieb, daß die Farmer
in den USA schon 2007 einen Rekordanbau
von Mais geplant hätten. Und in Brasilien
machte Alfred Szwarc, der Präsident der
Gemeinschaft der Zuckerrohranbauer, sei-
ne eigene Milchmädchenrechnung auf:
„Wenn die Amerikaner 20 % des Benzins
durch Ethanol ersetzen wollen, müssen
wir die Produktion verdreifachen, um die
Nachfrage des USA-Marktes zufriedenzu-
stellen.“

Das Wettrennen um Mais und Zuckerrohr
ist eröffnet. Das Ganze erinnert an die
phantastische Jagd früherer Epochen
nach Gold. Dieser neue „Wettstreit“ hat
längst begonnen. Italiens Premier Prodi
segnete kürzlich in Brasilien die Gemein-
schaft zwischen Petrobras und ENI für
den Bau von vier Ethanol-Produktionsan-
lagen ab. Und nicht nur dort, auch in den
mittelamerikanischen Vasallenländern,
in den entfernten afrikanischen Staaten
und überall gibt es Land, um anzubauen,
und Sonne, um es zu erwärmen.

Niemand sagt, daß Ethanol aus Zuk-
kerrohr schlechter als
Benzin aus Petroleum
ist. Obwohl es ernsthafte
Zweifel über dessen „Um-
weltverträglichkeit“ gibt,
weil die spektakuläre Zu-
nahme der Monokulturen,
der Agrargifte, der Ver-
treibung von Millionen
Bauern, der Landnutzung
nicht zur Produktion von
Nahrungsgütern, sondern
von Brennstoffen enorme
und bislang unbekannt
Gefahren mit sich bringt.
Vielleicht übertreiben Fi-
del und Chávez, die bra-
silianische Bewegung Sin
Tierra und Via Campe-
sina in Italien mit ihren
Berechnungen zur Zer-
störungskraft des Ethanols.
Vielleicht sieht der chile-
nische Experte in Agrar-
Ökologie an der Berkeley-
Universität Miguel Al-
tieri, der das Ethanol als
„biologischen Imperialis-
mus“ bezeichnet, die Din-
ge zu schwarz. Oder der
Brite George Monbiot, der

vor kurzem im „Guardian“ über die
Verschmutzungskapazität der Biobrenn-
stoffe (durch den Umweg der Abholung)
schrieb: „Sie sind zehnmal schlimmer als
Petroleum.“

Sicher ist, daß das Geschäft mit Ethanol
den Anstrich grüner Farbe bekam. Nach
der triumphalistischen „Erklärung der
energetischen Unabhängigkeit“, die von
Bush in Brasilien lanciert wurde, und
nach den Selbstmord-Proklamationen der
Neo-Lulistas, „80 Millionen Hektar des
Amazonas-Reviere in das Saudi Arabien
der Biobrennstoffe zu verwandeln“, wirft
die politische Seite der Angelegenheit
drohende Schatten voraus. Washingtons
Ziel ist es, Brasilien vom Rest eines La-
teinamerikas abzutrennen, das sich in
einem wirksamen Prozeß kollektiver Be-
freiung befindet. Bush geht es darum, die
„Koordination der Linken“ zu zerschlagen,
die bis jetzt – dank der Petrodiplomatie
von Chávez – so unterschiedliche Regie-
rungen wie die Brasiliens, Venezuelas,
Argentinens, Chiles, Boliviens, Uruguays
und Ecuadors zusammengehalten hat.
Die USA wollen die antiimperialistische
Drehung bremsen und die „moderaten“
Staaten des Subkontinents von Castro,
Chávez, Morales und Ortega isolieren.
Unter dem Vorwand, angeblich die en-
ergetische Unabhängigkeit herzustellen,
strebt Washington danach, die neue (alte)
Abhängigkeit vom Imperialismus wieder
einzuführen.

Mauricio Matteuzzi
*Il Manifesto, Italien; übersetzt aus: RESU-
MEN latinoamericano von Isolda Bohler*

Washingtoner Geographie



„Schaut nur, der kubanische Koloß bedroht die kleine Insel USA.“
Aus: „Iswestija“ (60er Jahre)

Die **Regionalgruppe Bautzen/Oberlausitz**
des RF-Fördervereins lädt für den
18. Oktober um 18 Uhr in den
Bürgertreff Große Brüdergasse 1 zu einem
Gespräch mit **Klaus Kukuk** herzlich ein.
Der frühere DDR-Diplomat in der ČSSR
spricht über das Thema:

Der „Prager Frühling“
im Widerstreit
der Meinungen

Der Artikel im RF-Dezemberheft 2006 über den Kampf der Konterrevolution in Polen zwischen 1943 und 1948 bewies, mit welchen Schwierigkeiten die Sowjetunion auch noch Jahre nach dem Sieg zu kämpfen hatte. Der amerikanische Schriftsteller Christopher Simpson deckte die ungeheure Gewalt auf, die von den durch die Wehrmacht in Belorußland, der Ukraine und Polen hinterlassenen Gefolgsleuten der deutschen Faschisten ausging. Dieselben Personen, die sich in der Okkupationszeit als Quislinge betätigten, tauchten später in diversen Sendern wie Radio Free Europe und Radio Liberty auf, um ihr Gift gen Osten zu verspritzen. Deutsche Geheimdienstler und Völkermörder machten da weiter, wo sie 1945 notgedrungen hatten aufhören müssen, alles gut entlohnt durch die CIA, die Steuergelder der USA-Bürger dafür einsetzte. Simpsons Buch ist in deutscher Sprache beim Verlag Ueberreuter Wien 1996 erschienen. Sein Titel lautet: „Der amerikanische Bumerang“ (NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA).

Ergänzend möchte ich noch einmal auf die Geschichte des sogenannten Warschauer Aufstandes eingehen. Die Exilregierung in London befahl der polnischen „Heimatarmee“ (AK) am 1. August 1944 in unverantwortlicher Weise die Aufnahme des offenen Kampfes zur Befreiung Warschaus, um der Einsetzung einer provisorischen Regierung unter dem Schutz der Roten Armee zuvorzukommen.

Der Kommentar von George Orwell in der „Tribune“ vom 1. September 1944 legt den verbrecherischen Hintergrund bloß. „Die Londoner Exilregierung löste ohne Konsultation mit der britischen oder der sowjetischen Regierung den Aufstand aus“, hieß es dort. An anderer Stelle schrieb er: „Es wurde kein Versuch unternommen, den Aufstand mit alliierten Schritten abzustimmen.“

Das sei geschehen, „um im Besitz Warschaus zu sein, wenn die Russen kämen, weil in diesem Fall die Verhandlungsposition der Londoner Polen verbessert würde“. Diese seien „bereit, die Sache des polnischen Volkes zu verraten, um ihre eigene unsichere Amtszeit zu verlängern“. Eindeutiger kann man die wirklichen Hintergründe des Warschauer Aufstandes

des, der heute von den Massenmedien der Bourgeoisie gefeiert wird, nicht beschreiben.

Allerdings sollte man nicht urteilen, ohne die damalige Ausgangslage in Betracht zu ziehen. USA-Präsident Franklin Delano Roosevelt hatte der polnischen Exilregierung unter Stanislaw Mikolajczyk im Juni 1944 versprochen: „Ihr Land wird ungeschmälert neu entstehen.“ Das war die Zusicherung, Washington werde alles unternehmen, um einen polnischen Staat nach westlichem Muster wiederherzustellen. Das jedenfalls hörte der Exil-Premier aus diesen Worten heraus. Die entscheidende Rolle der Roten Armee bei der Befreiung Polens war ihm deshalb ein Dorn im Auge.

Sicher bestand die AK nicht nur aus fanatischen Antikommunisten und ganz gewiß mehrheitlich nicht aus Menschen, die für einen Kapitalismus ihr Leben in die Waagschale werfen wollten, wie er

er nach Kräften auf den Untergang der sozialistischen Länder Europas hinarbeitete.

Im nachhinein betrachtet, zeigt sich, daß ein differenzierterer Umgang mit der Geschichte sinnvoller gewesen wäre. Der Warschauer Aufstand 1944 wurde von den Historikern Volkspolens nahezu ignoriert, was kein Zeichen von innerer Stärke und souveränem Verhalten gegenüber einer politischen und geschichtlichen Tatsache war.

Aber auch im Westen hatte man Grund, diesen Aufstand nicht zu sehr zu rühmen, so daß sogar das offizielle kapitalistische Geschichtsbild (bis 1989) schamhaft darüber hinwegging, was kuriose Folgen hatte: Als Bundespräsident Roman Herzog vom damaligen polnischen Staatspräsidenten Wałęsa eingeladen wurde, an der Gedenkfeier für die Opfer des Warschauer Aufstandes teilzunehmen, rühmte er in seiner Rede den tapferen Kampf der Ju-

Warum sich Polens Reaktion auf den Warschauer Aufstand beruft Ränkespiel gegen die „Roten“

heute Polen zugrunderichtet. Bekanntlich läßt das Kapital niemals unter der wahren Flagge für sich kämpfen.

Welche Rolle beim Opfergang der polnischen Menschen in Warschau deren Führer gespielt haben, wird sich im einzelnen nicht mehr klären lassen, da diejenigen, die über die Akten verfügen, diese bewußt zurückhalten. So verwundert es auch nicht, daß der Warschauer Aufstand bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen nicht zur Sprache gekommen ist.

Als Polens Hauptstadt am Ende in Trümmern lag, wurde jedenfalls Tadeusz Komorowski, genannt General „Bor“, vom deutschen Kampfkommandanten von dem Bach mit Handschlag zur Entgegennahme der Kapitulation begrüßt. General Bor, dem später in London Exil gewährt wurde, hat selbst wenig zur Aufklärung beigetragen. Die Führung der UdSSR klassifizierte den Aufstand als Versuch feudaler Herrenreiter, sich ihre Rolle im Nachkriegspolen zu sichern. Diese Bemerkung war auf einen Führer des Aufstands gemünzt, der als Reiter bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin Figur gemacht hatte. Viele tapfere Kämpfer des Warschauer Aufstands wären im Falle des Erfolgs der von London gesteuerten Aktion um ihre Träume von einem schönen Nachkriegspolen betrogen worden.

Übrigens vermied die deutsche Führung, den in den Aufstand verstrickten Kardinal Wyszynski zu verhaften, was durch Polens Regierung später nachgeholt wurde. Dieser reaktionäre Kirchenmann indoktrinierte danach den Todfeind des Kommunismus, den damaligen Krakauer Kardinal Wojtyla. Er half, ihn als Johannes Paul II. ins Papstamt zu hieven, wo

den im Warschauer Ghetto. Das aber war 1943 gewesen. Da die neuen Herren auf den polnischen Regierungsbänken aber schon auf der Suche nach ihrer Legitimation waren, führte das dazu, daß Herzog viel diplomatisches Geschick aufbringen mußte, um deren emsiges Werkeln an der neuesten Interpretation der historischen Abläufe nicht zu stören.

An den Warschauer Aufstand erinnerte bis zur „Wende“ nur eine kleine Bronzeskulptur. Daher kniete Willy Brandt 1970 auch vor dem Grabmal des Unbekannten Soldaten, wahrscheinlich, weil sein Auftritt an diesem Ort die stärkste Wirkung auf die polnische Öffentlichkeit versprach. Selbst die englische Königin Elisabeth wäre bei nahe der Verwechslung beider Aufstände zum Opfer gefallen.

Das aufwendige Denkmal für den Warschauer Aufstand wurde erst 1989 eiligst errichtet, während die Erhebung im Warschauer Ghetto vom April 1943 lange zuvor mit einem imposanten Monument gewürdigt worden war.

Es rächt sich, wenn Geschichte nicht restlos und möglichst vorurteilsfrei aufgearbeitet wird. Diese Lehre sollten alle ziehen, die eine bessere nichtkapitalistische Gesellschaft schaffen wollen. Nur so können sie vermeiden, daß das verlogene Geschichtsbild der Bourgeoisie die Oberhand gewinnt. Das sorgfältige Studium des Geschehens beim Aufstand von 1944 entkräftet den ständigen Vorwurf, die Rote Armee hätte sich damals aus niedrigen Motiven entschlossen, nicht zugunsten der in Warschau kämpfenden AK-Verbände einzugreifen. Die Tatsachen beweisen etwas anderes.

Eberhard Wendt, Kelmis (Belgien)

Am **23. Oktober** um **16 Uhr** ist „RotFuchs“-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger**

zu Gast bei der **Regionalgruppe Bitterfeld/Wolfen** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Sorge 2.

Er spricht über das Thema

Portugals Nelkenrevolution und das Vermächtnis Alvaro Cunhals

Es werden zwei Filme gezeigt.

Scharfmacher Mitt Romney will Bush als USA-Präsident folgen

Ein Mormone ins Weiße Haus?

Unlängst berichtete „Der Spiegel“ über den Mormonen-Apostel Dieter Uchtdorf, früher Chefpilot der Lufthansa, der in Frankfurt/Main die Mormonen-Kirche besuchte. Der gebürtige Südhesse ist einer von 12 Aposteln, die von seiner Glaubensgemeinschaft – der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage – für Propheten gehalten werden, durch die Gott spricht. Die Mormonen glauben, daß ihre Heiligen direkte Nachfolger Christi sind. Für diesen Posten wird man nicht gewählt, sondern ernannt, und man bleibt Apostel auf Lebenszeit. Der jetzige Präsident der Mormonen, Gordon Hinckley, ist 97, aber „mordsfit“, heißt es.

Laut Uchtdorf haben die Mormonen „nur“ eine Mitgliedschaft von 13 Millionen weltweit. In den Vereinigten Staaten sind sie jedoch heute die viertgrößte religiöse Gruppe. Mormonen rauchen und trinken nicht, auch nicht Tee oder Kaffee. Polygamie, die vor 150 Jahren von ihnen praktiziert wurde, ist heute streng verpönt. Die Einehe wurde in ihrer Hochburg Salt Lake City (USA-Bundesstaat Utah) für heilig erklärt. Theologisch gesehen sind die Mormonen eine Laienkirche, die an die Wiederkehr Christi zur Rettung der Menschheit glaubt. Ein Zehntel ihres Einkommens wird der Kirche geopfert.

Es gibt keine elitäre Priesterschaft, wohl aber eine Mormonen-Elite, die im USA-Kongreß, den Ministerien und bei der CIA zu finden ist. Ein Mormone – der 60jährige Mitt Romney – will jetzt sogar Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei von George W. Bush werden. Der erfolgreiche Unternehmer, dessen in Aktien und Immobilien angelegtes Vermögen auf 190 bis 250 Millionen Dollar taxiert wird, rettete die Olympischen Winterspiele in Salt Lake City vor dem Ruin. Er brachte es fertig, Gouverneur des erzliberalen Bun-

desstaates Massachusetts (2003–2007) zu werden.

Wie würde ein Mormonen-Präsident die Zukunft der USA gestalten? Ist er ein Mann des Friedens und der Nächstenliebe? Weit gefehlt! Romneys politisches Programm ist auf ein „unbesiegbares“ Amerika ausgerichtet, das imstande ist, „einer neuen Generation globaler Herausforderungen zu trotzen“, heißt es in der renommierten außenpolitischen Zweimonatszeitschrift „Foreign Affairs“.

Laut Romney beruhen Einfluß und Macht der USA auf ihren Werten und Idealen: Viele verstünden leider noch nicht die Gefahr des radikalen Islam, und insbesondere der Extremisten, die einen gewalttätigen „Heiligen Krieg“ gegen Amerika befürworteten.

Romney setzt auf die Propagierung der Angst. Ziel des radikalen Islam sei ein weltweites Kalifat, die Vernichtung der Vereinigten Staaten und die Bekehrung aller Ungläubigen. Das hört sich phantastisch an und ist es auch, meint der Präsidentschaftsbewerber.

„Aber was tut Amerika dagegen?“, fragt Romney. Er selbst schlägt nicht etwa vor, die Militärmacht der USA und ihrer Alliierten aus Irak und Afghanistan abzuziehen, wo ihr täglich Hunderte von Zivilisten zum Opfer fallen, oder beim Wiederaufbau der zerstörten Städte von Libanon bis zum Persischen Golf mitzuhelfen. Nein, Romney befürwortet eine noch intensivere Militarisierung, eine noch kompromißlosere Außenpolitik Washingtons. Er verlangt erhöhte Investitionen in die „Verteidigung“, Ausrüstung, Bewaffnung, neue Waffensysteme und mindestens 100 000 zusätzliche Soldaten. Für eine solche Modernisierung würden im Jahr weitere 30 bis 40 Milliarden Dollar im Laufe eines längeren Zeitraums be-

nötigt. Der nächste USA-Präsident sollte ein Minimum von 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für „Verteidigungszwecke“ einstellen.

Außerdem gehe es um „Unabhängigkeit im Energieverbrauch“, um die strategische Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten durch Rußland, Iran oder Venezuela zu beenden. Das erfordere eine „Energie-Revolution“, um neue wirtschaftliche Quellen zu erschließen.

Die weltweite Führungsrolle der USA müsse durch die Änderung ihrer zivilen Strukturen gestärkt werden. Gegenwärtig fehle es an Autorität. Die neue Führungsschicht solle aus „Leuten bestehen, die hart zuschlagen können“. Deren Aufgabe sei es, die Bedingungen für „Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Frieden“ in der Welt zu schaffen.

Soweit zu den „Reformideen“ des Mormonen-Kandidaten der Republikaner, der am Ende durchaus der offizielle Präsidentschaftsbewerber seiner Partei werden könnte. Nach Umfragen soll er derzeit vorn liegen. Die Spitzenanwärtin der Demokraten Hillary Clinton, die für die zweite großbürgerliche Partei der USA aufgestellt werden dürfte, hat jedoch kaum schlechtere Karten.

Für Romney sind „die Amerikaner eine einzigartige Nation“, deren Führungsrolle unersetzlich sei. Der Mormonen-Weltbeglucker fügte dem hinzu: „Die derzeitigen Schwierigkeiten in Irak sollten uns den Glauben an die Stärke der Vereinigten Staaten nicht nehmen und uns für die neuen, globalen Herausforderungen nicht blind machen.“

Der „Engel“ Moron, der dem ersten Mormonen Joseph Smith vor über 150 Jahren erschien und ihn „Das Buch Mormon“ lesen ließ, war anscheinend kein Friedensengel. **Dr. Vera Butler, Melbourne**

Gegenwärtig verbüßen weltweit etwa neun Millionen Menschen eine Freiheitsstrafe. 2,2 Millionen von ihnen befinden sich in USA-Gefängnissen. Die belgische Wochenzeitung „Solidaire“ trifft dazu die Feststellung: „Der Paladin der Freiheit ist auch der Champion unter den Kerkermeistern.“

Auf 100 000 Einwohner entfallen 730 Gefangene. Ein Grund für deren rapide Zunahme: Die verhängten Strafen sind härter und eine Freilassung nach Verbüßung nur eines Teils der Gesamtdauer der Haft ist nicht vorgesehen. Der Gesetzgeber lehnt die Ethik der Wiedereingliederung in die Gesellschaft ab und stellt die reine Abschreckung in den Vordergrund. In den Vereinigten Staaten gilt jetzt die Regel, gegen Personen mit drei Eintragungen ins Strafregister das jeweils mögliche Höchstmaß zu verhängen.

Bushs Einsperr-Rekorde

Die Justiz läßt sich in ihrem Vorgehen eindeutig von sozialen und rassischen Kriterien leiten. 48 Prozent der Strafgefangenen sind Afroamerikaner, 18 Prozent spanischsprechende Latinos. Ein Schwarzer wird in den USA achtmal eher inhaftiert als ein Weißer. Während sich nur ein Prozent der Eltern (Vater oder Mutter) weißer Kinder und Jugendlicher im Gefängnis befindet, liegt diese Ziffer bei Farbigen gleichen Alters zehnmal höher.

Die USA-Gefängnisse sind grundsätzlich keine Stätten der Resozialisierung. Nicht wenige Angehörige des Wachpersonals neigen zur Gewalt. Auf den Feldern des Bundesstaates Arkansas, beim Straßenbau, in Montagewerken an der Grenze zu Mexiko und in Maximum-Sicherheitstrak-

ten schufteten nicht selten in Fußketten gelegte Sträflinge. Diese Sklavenarbeit bringt dem Staatshaushalt jährlich 30 Mrd. Dollar ein, da den Häftlingen nur ein äußerst geringes Entgelt gezahlt wird.

Die „Gefängnisindustrie“ gehört zu den am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweigen des Landes. Perspektivlose Jugendliche aus armen Bevölkerungsschichten suchen sich dort geradezu einen „Job“. Bis 1983 gab es in den Vereinigten Staaten keine privaten Strafvollzugsanstalten, die nach dem Profitprinzip betrieben werden. Heute beträgt deren Zahl bereits mehr als 150. Auch die Wärter sind hier Angestellte des jeweiligen Konzerns.

R. F. gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Was aus dem einstigen Wortführer des Eurokommunismus wurde

Das wahre Gesicht des Santiago Carrillo

Mediengerecht, gehaßt, geliebt, gelobt, Protagonist des spanischen politischen Lebens seit mehr als 70 Jahren, steht Santiago Carrillo weiterhin Gewehr bei Fuß. Er wurde 1915 als Sohn des sozialistischen Parteiführers Wenceslao Carrillo in Gijón geboren, war mit 15 bereits parlamentarischer Berichterstatte der Tageszeitung „El Socialista“, dann als 19jähriger Generalsekretär der Juventudes Socialistas (des Sozialistischen Jugendverbandes) und mußte wegen seiner Teilnahme am Asturischen Aufstand eine Gefängnisstrafe absitzen. Er forcierte den Zusammenschluß der Jugendverbände der Sozialisten und der Kommunisten. Während des Bürgerkrieges stand Carrillo an verantwortlicher Stelle. Als Mitglied der KP Spaniens (PCE) wurde er zum Bevollmächtigten für Öffentliche Ordnung in der Madrider Verteidigungsjunta ernannt, der General Miaja vorstand. Nach dem Zweiten Weltkrieg, nun in der Emigration, stieg er weiter auf. 1962 wurde Carrillo Generalsekretär der PCE.

Nach dem Selbstmord von Pepe Díaz war zunächst Dolores Ibárruri – die legendäre Pasionaria – zur Generalsekretärin der Partei gewählt worden. Doch Carrillo beherrschte schon zu dieser Zeit den Apparat des ZK. Zunächst ein überzeugter Anhänger Stalins, paßte er sich der Chruschtschow-Ära an und wurde später der entschiedenste Vorkämpfer der „Unabhängigkeit von Moskau“. Er verstand es, sich als genialer Strategie des politischen Chamäleonismus zu qualifizieren.

Carrillo stellte seine politischen Widersacher innerhalb der Partei systematisch kalt. Ohne Bedenken opferte er das ZK-Mitglied Julián Grimau, den er nach Spanien entsandte, wo er gefaßt, gefoltert und erschossen wurde. Auch eine Weltkampagne vermochte ihn nicht zu retten. Carrillo schirmte die „Pasionaria“ ab, kontrollierte jeden ihrer Schritte und entriß ihr schließlich die Führung der PCE. Sie erhielt einen Ehrenplatz ohne jeden realen Einfluß.

Santiago Carrillo war zwei Jahrzehnte lang, von 1962 bis 1982, Generalsekretär der Partei. Während dieser Zeit herrschte er uneingeschränkt. Er behandelte die PCE wie seine eigene Domäne. Gemeinsam mit Enrico Berlinguer (IKP) und Georges Marchais (FKP) hob er den sogenannten Eurokommunismus aus der Taufe – eine Absage an den Marxismus-Leninismus, vor allem aber an die Sowjetunion. Nach Francos Tod verließ er, von eurokommunistischen Vorstellungen durchdrungen, den „Republikanischen Bruch“, der sich gegen jede Kollaboration mit dem Franco-Regime richtete. Nun paktierte Carrillo mit den Erben des Diktators. Er gab alle Traditionen der heldenhaften Geschichte der spanischen Kommunisten preis, die als einzige organisierte Kraft den Francismus herausgefordert hatten. Er verschleuderte sie buchstäblich für ein Linsengericht. Autoritär, intelligent, gut instruiert und listig, stellte er die im politischen Tageskampf und von Gefängnisaufenthalten geschwächten Par-

teiführer im Innern Spaniens in den Schatten. Simón Sánchez Montero, Marcelino Camacho, Luis Lucio Lobato – die wirklichen Träger des antifaschistischen Widerstandes und historische Gestalten der Arbeiterbewegung des Landes, wurden in die zweite Reihe abgedrängt.

Als Experte des ideologischen Transvestitents wechelte Carrillo von der Vergötterung Stalins zum Eurokommunismus, um schließlich bei der Sozialdemokratie zu landen. Nachdem er als Generalsekretär abgelöst worden war, folgte 1985 auch der Ausschluß aus der PCE. Daraufhin gründete er eine neue hundertprozentige Carrillo-Mannschaft – die sogenannte Partei der Werktätigen Spaniens – Kommunistische Einheit, die mit der jungen Izquierda Unida (Vereinigte Linke), zu der auch die PCE gehörte, 1986 bei den Parlamentswahlen konkurrierte.

Jene von Carrillo und dem Gewerkschafter Julián Ariza geführte Organisation war bestrebt, die von Marcelino Camacho innerhalb der Arbeiterkommissionen (CCOO) geschaffene Einheit zu untergraben und raubte der Izquierda Unida einen Teil ihrer sozialen Einflußsphäre und ihres Wählerpotentials. Die Erfindung Carrillos bestand allerdings nur für kurze Zeit und löste sich 1991 in der sozialdemokratischen PSOE auf. Seit damals fern von der Parteiarena, kehrte er zu seinem ursprünglichen Beruf als Journalist zurück, wurde Artikelschreiber bei der großbürgerlichen Tageszeitung „El País“ und Kommentator für den Radiokanal Ser. Dabei war er immer zu Diensten des angeblich linken Flügels der PSOE, stand er stets frontal gegen die PCE.

Carrillo kollaborierte mit jenen Kräften, die den nunmehrigen PCE-Generalsekretär Júlio Anguita auszuschalten suchten, der von vielen als Symbol des Wiederaufbruchs der kommunistischen Linken

nach der als Transición bezeichneten Nach-Franco-Ära betrachtet wurde. Er verteilte Anguita und bezichtigte ihn u. a., während seiner Jugend Falangist gewesen zu sein.

Unlängst gab der inzwischen fast 93jährige Carrillo an der Universität Carlos III. im Rahmen des Sommerkurses „Der politische Übergang in Spanien 1973–1982“ eine Konferenz, auf der er erneut über die PCE herfiel. Er behauptete dort, die Partei habe „nichts mit dem zu tun, was sie am Ende des Francismus und während der demokratischen Transición gewesen ist.“ Carrillo fügte hinzu, die PCE habe versucht, „das Linksbündnis IU zu zerstören“. So jedenfalls hieß es im Bericht der Nachrichtenagentur EFE.

In einem Augenblick, in dem es zumindest so scheint, als beginne die in den letzten Jahrzehnten rückläufige PCE ihre Wiederauferstehung, taucht Carrillo erneut auf, um gegen die Partei, die er selbst so viele Jahre leitete, zu schießen. Er benutzt sein Prestige bei den Linken, darunter auch bei vielen Kommunisten, um das die PSOE und die nach rechts gedriftete Führung der IU beunruhigende Risorgimento aufzuhalten.

Fazit: Santiago Carrillo hat sich im Laufe seines Lebens vom jugendlichen Schreiber bei „El Socialista“ zum Editorialisten von „El País“, vom Kampfgefährten Largo Caballeros und der „Pasionaria“ zum Assessor des süßlichen Herrn Zapatero „entwickelt“; von der marxistischen Revolution zur PSOE-Demokratie.

Santiago, zeig uns Dein wahres Gesicht hinter dem ewigen Rauch der Zigarette, unter der berühmten Perücke: das Gesicht jenes asturischen Jungen, der einst die Revolution machen wollte und dann auf der Strecke blieb.

Aus: „Rebelión“

Redaktionelle Bearbeitung: K. S.
Übersetzung: Isolda Bohler

**Redaktion
und
Vereins-
vorstand
gratulieren
herzlich**

Am **2. Oktober** begeht der standhafte Kommunist **Heinz Stuckmann** aus Köln seinen **85. Geburtstag**. Wir grüßen ihn in fester Verbundenheit.

Liebe Grüße gehen an die Genossinnen **Johanna Grötzner (7. Oktober)** aus Kaufbeuren und **Helga Besenbruch (22. Oktober)** aus Berlin, die ihren **80. Geburtstag** feiern.

Zu den **75jährigen** rücken auf **Helga Herrmann (8. Oktober)** aus Weimar, unser Autor **Heinz Behrendt (12. Oktober)** aus Plauen, **Brunhilde Bauer (30. Oktober)** aus Berlin und **Rosel Hesse (31. Oktober)** aus Recklinghausen.

Zum 65. beglückwünschen wir **Karin Jakob (22. Oktober)** aus Magdeburg.

Zu den Jungveteranen stoßen als **60jährige** vor: **Joachim Borsch (2. Oktober)** aus Bautzen, **Monika Kauf (19. Oktober)** aus Berlin

und unsere in Griechenland lebende Genossin **Vera-Irene Papadopoulos-Hirsch (30. Oktober)** aus Thessaloniki.

Wir danken allen Jubilaren für ihre treue und feste Verbundenheit mit dem „RotFuchs“

Mit einer gewissen Skepsis nahm ich die „Funksprüche an Sonja“ zur Hand. Wieder ein spektakulärer Stoff, wieder Enthüllungen und neue Deutungen aus der Welt der Kundschafter und Spione, der Geheimdienste, ihrer Aufträge und Operationen? So dachte ich. Doch mit Erkenntnis- und Gefühlsgewinn stellte ich das Buch nach schnellem Lesen in das Bücherregal. An einen Platz, wo ich es leicht wieder finden würde. Denn nochmaliges Nachlesen und erneutes Blättern waren angesagt. Dem Herausgeber Rudolf Hempel ist vor allem dafür zu danken, daß er mit Achtung vor dem Leben und dem Gelebten der Ruth Werner gearbeitet hat. Er blieb seriös in der Recherche und bei der Aufarbeitung des Stoffes, der ja wahrlich zu reißerischer Aufmachung und Deutung verführen könnte. Bei allem wird trotzdem sichtbar, wie er „mit dem Herzen“ bei der Heldin war. Aber seine Sachlichkeit ging darüber nicht verloren.

Die Herausgeberleistung ist besonders hervorzuheben. Ganz bestimmt waren menschliche Reife, Geschick, Einfühlungsvermögen und anderes notwendig, so viele und so unterschiedliche Autoren dazu zu bewegen, sich über Ruth Werner, ihr Leben und ihre Arbeit zu äußern. Darunter sind Menschen, die ihr sehr nahe standen, aber auch solche, die sie nur für kurze Zeit und mit größerer Distanz kennenlernten. Einige gingen mit ihren Gedanken über Ruth Werner das erste Mal an die Öffentlichkeit. Dies im vertrauensvollen Aufschließen erreicht zu haben, das ist Rudolf Hempel besonders hoch anzurechnen. Von denen, die für das vorliegende Buch ihre Meinung über diese außergewöhnliche Frau niederschrieben, seien hier nur genannt: Markus Wolf, Peter Burton, Werner Rahn, Hermann Kant, Klaus Eichner. Sicherlich ließe sich darüber streiten, welcher Erinnerungsbeitrag besonders aufschlußreich ist oder welcher Autor dieses oder jenes vielleicht nicht richtig wertet. Müßig! Wer Kenntnis hat vom Leben der Ruth Werner und dem schriftstellerischen Tun in ihrem „zweiten Leben“, der findet sich von diesem oder jenem Autor bestätigt, der rundet selbständig seine Vorstellungen über sie ab. Wer andererseits durch die „Funksprüche“ das erste Mal etwas über diese beeindruckende Frau erfährt, der wird sowieso kaum Wert auf die Rezensentenmeinung legen. Die unterschiedlichen Geschichten über Sonja-Ruth und die differenzierten Sichten auf sie wirken für sich. Und die Beiträge, in denen sie gewissermaßen nachträglich selbst zu Wort kommt, runden ihr Persönlichkeitsbild ab.

Trotzdem will ich einen Beitrag nennen, der mich besonders bewegt hat. Es handelt sich um den kurzen Brief ihres Bruders Jürgen Kuczynski vom 2. ihres Bruders. Nicht einen „Liebesbrief“ hatte er an seine Schwester geschrieben, sondern einige recht kritische Zeilen an ihre Adresse for-

Funksprüche an Sonja Sichten auf Ruth Werner

muliert. Aus nicht bekanntem Grund war es zwischen beiden zu einer Verstimmung gekommen. Doch anrührend, wieviel Zuneigung, Liebe, Vertrauen aus den Worten spricht. Bedingungslose Geschwisterschaft könnte man das nennen. Welch Glück, wer sie erfahren darf! (Übrigens hätte es des erläuternden Satzes von R. H. nicht bedurft, mit dem er den kritischen Ton von J. K. abzumildern versucht.)

Wer „Sonjas Rapport“ gelesen hat, der erhielt schon vor Jahren oder jetzt erneut

tet das Sachbuch seine Grenzen, wird es zur Porträt-Literatur.

Apropos Fotos. Bei allem Verständnis dafür, auch über den Papiereinsatz den Herstellungspreis eines Buches niedrig zu halten: Wenigstens die Bilder hätten ein etwas besseres Papier verdient. Einige zeigen Ruth Werner berührend persönlich. Mein Lieblingsfoto von ihr ist jenes, welches sie beim „Lesen zwischen den Bäumen“ zeigt. Darüber hinaus handelt es sich ja zum Teil um unschätzbare Zeitdokumente, wozu ich nicht unbedingt die sehr protokollarische Aufnahme rechne, die sie bei der Auszeichnung mit dem Nationalpreis durch Erich Honecker zeigt. Der schlafende Egon Erwin Kisch 1932 in Shanghai hingegen – welch ein Bild!

Kritisch vermerkt werden soll: Auch ohne größeren Materialeinsatz wäre die Gesamtwirkung des Buches zu erhöhen gewesen.

Das betrifft vor allem die Gestaltung: langweilige Mittelstellung der Überschriften und Zwischenüberschriften, ungenügende Führung des Lesers (zum Beispiel beim Inhaltsverzeichnis), schlechte Schriftauswahl, unordentliche Absatzgestaltung, unterschiedliche Zwischenräume, einfalllose Behandlung von Zwischenüberschriften, Satzfehler (Schusterjungen, Hurenkinder u. a.). Schade, daß dadurch die ästhetisch-optische Wirkung des Buches beeinträchtigt wird. Stoff und Aussage der „Funksprüche“ hätten eine moderne grafisch-typografische Gestaltung verdient, dem Anliegen des Herausgebers und des Verlages dienend.

Trotz dieser kritisch-einschränkenden Bemerkungen zum Äußeren der „Funksprüche“ bleibe ich bei meinem positiven Gesamturteil, das ich eingangs zum Ausdruck brachte. Rudolf Hempel hat als Herausgeber hervorragend und verantwortungsvoll gearbeitet. Ihm ist Ausdauer und Glück bei geplanter weiterer Spurensuche zu wünschen.

Dr. Malte Kerber

Funksprüche an Sonja. Hrsg. von Rudolf Hempel, Neues Leben Verlags GmbH, 256 S., 16,90 €. ISBN 978-3-355-01731-2



ein klares und zugleich differenziertes Bild von Ruth Werner. Was Besonderheiten und Stärken ihres Buches und ihrer Darstellungsweise ausmacht, darüber ist viel geschrieben worden und darüber wird auch in den „Funksprüchen“ von verschiedenen Autoren reflektiert. Was aber die Leser vor Jahren und auch heute noch bewegt und beeindruckt, ist wohl die Tatsache, lesend über ein besonderes Leben zu erfahren und einen besonderen Menschen kennenzulernen. Ich nahm an, daß mit dem vorliegenden Buch dem nicht mehr viel hinzugefügt werden könnte. Einzelheiten, bestimmte Fakten angenommen. Mit den „Funksprüchen“ wurde ich eines anderen belehrt. Durch die unterschiedlichen Sichten der Beitragenden, durch die eigenen Schilderungen Ruth Werners und auch durch die sehr persönlichen Fotos entsteht ein eigenständiges Bild über sie. Im Prisma der Details wird die Persönlichkeit dieser Frau in ihrer Gesamtheit neu sichtbar. Und da überschrei-

Am 3. November um 10 Uhr spricht **Prof. Dr. Werner Roß** in der Zwickauer Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Hölderlinstraße 1, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** zum Thema

Ist die Durchsetzung der politischen und sozialen Grundrechte in der BRD möglich?

Hugo Huppert – ein „österreichisch angehauchter Literat aller Gattungen“

Er übersetzte Majakowski

Der österreichische Schriftsteller Hugo Huppert wurde am 5. Juni 1902 in Biala-Bielitz (Schlesien) geboren und verstarb am 25. März 1982 wenige Monate vor seinem 80. Geburtstag in Wien. Er publizierte in vielen Zeitschriften des In- und Auslands, in Anthologien und Sammelbänden. Seit 1953 zählte er zum Autorenkerntrupp der „Weltbühne“, für die er über 400 Beiträge schrieb. Darunter waren Kritiken über das Wiener Theaterleben, die Salzburger Festspiele und Aufführungen in Felsensteins Komischer Oper in Berlin. Er galt als „Publizist aus der Schule Tucholskys und Kischs“.

Als exzellenter Mittler des Wortes in der Tradition seines Lehrmeisters Karl Kraus hinterließ Hugo Huppert ein 25bändiges Lebenswerk. Es umfaßt Lyrik, Prosa, Kritiken, Essays, Publizistik, Reisebücher, Monographien und Memoiren. Seine dreibändige Autobiographie erfaßt auf nahezu 2000 Seiten ein Dreivierteljahrhundert seiner Lebensgeschichte, die gleichzeitig drei Epochen Zeitgeschichte reflektiert. Die Bände „Die angelehnte Tür“ (1976), „Wanduhr im Vordergrund“ (1977) und „Schach dem Doppelgänger“ (1979) erschienen im Mitteldeutschen Verlag Halle. Die Trilogie macht ein ganzes Zeitalter lebendig und reflektiert gleichzeitig eine persönliche Odyssee im 20. Jahrhundert. Im Wechselspiel von Individual- und Gesellschaftschronik werden „Daseinsphasen im Geschichtsbild des 20. Jahrhunderts“ festgehalten. Eine schlüssige Auswahl aus den drei Bänden erschien in dem Werk „Einmal Moskau und zurück. Stationen meines Lebens“ (1987).

Hupperts persönliche Odyssee berührte historische Brennpunkte. Ursprünglich wollte er Architekt werden, wechselte aber an der Wiener Universität zu den Staatswissenschaften und saß letztlich mehr in den Vorlesungen bei Karl Kraus. Später studierte er an der Pariser Sorbonne Soziologie. 1938 emigrierte er in die Sowjetunion. In Moskau gehörte er zum Redaktionskollegium der Zeitschrift „Internationale Literatur“ und war Dozent am Institut für Weltliteratur. Huppert wurde Kronzeuge wichtiger historischer Ereignisse. Als Offizier der Roten Armee nahm er an der Befreiung Budapests und Wiens teil. Aufgrund widriger Umstände mußte er bis 1956 in der Sowjetunion leben. Reisen führten den Autor nach Spanien, Frankreich, Afrika, England, Mittelasien, in viele Gegenden der Sowjetunion und die DDR. „Hupperts Reisebilder sind Augenzeugenberichte, poetische Testate der gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen ...“

Der Schriftsteller lernte eine Fülle bedeutender Persönlichkeiten der europäischen Kulturgeschichte wie Barbusse, Aragon, Eluard, Cocteau, aber auch Gorki, Pasternak, Simonow und viele DDR-Schrift-

steller kennen. Er war Privatsekretär Ilja Ehrenburgs und durfte sich der Freundschaft Majakowskis rühmen. Über letzteren schrieb Huppert seine Monographie „Ungeduld des Herzens“ und übersetzte dessen Gesamtwerk, das in fünf Bänden erschien, meisterhaft ins Deutsche. Er schuf auch eine souveräne Nachdichtung des georgischen Nationalepos „Der Recke im Tigerfell“. Der Mitteldeutsche Verlag

Zeit, heb wieder Lenins Losung
in den Wirbelwind!

Sollten wir an Tränenpfützen
trüb erschlaffen?

Lenin ist heut lebender,
als die am Leben sind.

Er verleiht uns
Wissen, Kraft und Waffen!

(Aus Majakowskis Lenin-Poem.
Nachdichtung von Hugo Huppert)

Halle erwarb sich das Verdienst, Hupperts „Gesammelte Werke in Einzelausgaben“ in zunächst sechs Bänden herauszugeben. Dazu zählen der Gedichtband „Wolkenbahn und Erdenstraße“ (1975), der Band ausgewählte Prosa „Bannmeile und Horizont“ (1976), der Band ausgewählte Publizistik „Minuten und Momente“ (1978) und die drei genannten Bände Memoiren. In der Reihe „Kleine Edition“ jenes Verlages erschienen Hupperts „Briefe aus Wien. 21

Reisebilder“ (1982). Weitere Titel kamen im Verlag Volk und Welt, Berlin („Logarithmus der Freude“), Aufbau-Verlag, Berlin („Münzen im Brunnen, Erlebtes Italien“, „Poet und Tribun“, Majakowski-Monographie), bei Rütten & Loening, Berlin („Rhapsodie: Brot und Rosen“, Poem), im Reclam-Verlag, Leipzig („Wage den Streit!“, Majakowski-Nachdichtungen), Henschel-Verlag, Berlin („Ungeduld des Jahrhunderts“, Erinnerungen an Majakowski) und Insel-Verlag, Leipzig („Quadrat im Rückspiegel“, Lyrik) heraus.

In seiner Trauerrede würdigte György Sebestyén Hugo Huppert mit den Worten: „Was uns schmerzlich fehlen wird, ist: das Strömen der Bilder und die weltoffene Liebenswürdigkeit eines Menschen, der genügend Kraft und Kultur besaß, um das erlittene Leid in Hoffnung, die erlebte Unmenschlichkeit in tätige Menschlichkeit umzustülpen.“ Huppert übereignete seinen fast vollständigen Nachlaß aus den Jahren 1918 bis 1982 schon zu Lebzeiten der Akademie der Künste der DDR, deren Korrespondierendes Mitglied er seit 1963 war. Dieser umfaßt etwa 40 000 Blatt Manuskripte, Nachdichtungen, Briefwechsel, Bilddokumente und anderes. Ende 1983 übergab Frau Josefine Huppert der Akademie weitere Materialien, so daß sie das Archiv des „österreichisch angehauchten Literaten aller Gattungen“ – wie sich Hugo Huppert selbst bezeichnete – fast vollständig besitzt. **Dieter Fechner**



Als Wilhelm Pieck einem Theaterbesucher sein Programmheft in die Hand drückte Archie und der Präsident

Archie sah sich früh am Morgen in seiner spartanisch eingerichteten Studentenbude um. Tisch, Stuhl, Bett, Spiegelschrank, Waschschüssel auf der Kommode, das war alles. Dazu eine Wirtin, die es gut mit ihm meinte: kein Damenbesuch, keine Ablenkung durch Radio oder so, mit den Hühnern ins Bett, Morgenstund hat Gold im Mund. Die betagte Frau war stockkonservativ, aber nicht ungebildet. Sie klatschte Beifall zu dem Lenin-Ausdruck: Lernen, lernen und nochmals lernen. „Recht hat er, Ihr Wladimir Iljitsch“, sagte sie öfter und hielt dabei meist eine Bürste in der Hand, um Archie zu säubern. Sie wienerte seine Aktentasche mit Schuhcreme, hatte ihm durch einen Billig-Schneider zu zwei Anzügen verholfen, einem hellgrauen und einem dunkelgrauen. Sie paßte auf, daß er keine unseriösen Krawatten trug und keine schiefen Absätze an den Schuhen hatte. Frau Klar, so hieß sie, war aus besserem Hause. Der Herrenausstatter-Laden ihres Vaters trug das Motto „Jedes Jahr viermal zu Klar“. Sie wollte aus Archie ebenso einen besseren Herrn machen, dezent gekleidet. „Wenn Sie nur mehr Sitzfleisch hätten, könnte aus Ihnen etwas werden“, war ihr ständiger Ausspruch. Und: „Warum kommen Sie immer so spät nach Hause?“

Sie wußte, daß Archie viel ins Theater ging, fürchtete aber insgeheim stets, er gehe ins Freudenhaus, ins sogenannte, wie die besseren Herrn. Diesmal hatte Archie den hellgrauen Anzug angezogen, das Blauhemd mit dem Kragen über den Revers, wie es in den 50er Jahren üblich war, auch später noch.

„Wie abscheulich“, sagte die Wirtin, „wer will denn Ihren Adamsapfel sehen? Wo ist denn der blaßblaue, einfarbene Schlips, den ich Ihnen von meinem Mann gegeben habe?“ Archie lachte und schob sie im Hinausgehen beiseite. „Heute Abend habe ich vielleicht eine Verabredung.“ „Und ich dachte, eine FDJ-Versammlung“, gab sie zurück. Sie winkte ihm noch zu, als er über den Innenhof vom Wöhlerts Garten zur Pflug- und Chausseestraße ging.

Gerade rüber befand sich das 1950 eingeweihte Walter-Ulbricht-Stadion auf einem ehemaligen Kasernengelände mit vielen Einrichtungen für Freizeit und Erholung, wo auch die Studenten der Humboldt-Uni ihren Sport trieben, darunter Archie, der manchmal nur auf einer Bank saß, um zu büffeln.

Archie fuhr per U-Bahn billig bis zur Friedrichstraße, um dann eine Abkürzung über einen später bebauten Platz zum Slawischen Institut am Hintereingang der Universität zu nehmen. Am Vormittag gab es Sprachübungen und ein Seminar, Phonetik und Gegenwarts-Russisch. Das Studienprogramm war gedrängt, man mußte in vier Jahren fertig sein und mit Diplom

oder Staatsexamen abschließen. Wer die Zeit verbummelte, flog von der Uni. Beim Essen in der Mensa, das anfänglich noch serviert wurde, später gab es Selbstbedienung auf Marken, 60 Pfennig pro Essen, wurde er von einer Kommilitonin gefragt, warum er sich so fein gemacht hätte, der Semesterball stünde doch erst bevor. „Vielleicht wird sich beim Flanieren Unter den Linden etwas finden, ich würde mich nicht genieren“, wollte Archie geistreich sein, kam aber damit nicht an. Die Nach-



mittagsvorlesung über Russische historische Grammatik wurde kompliziert und ziemlich anstrengend vorgetragen. Der Professor galt als Kapazität auf diesem Gebiet, war Verfasser eines dicken Wörterbuchs, wurde von den Studenten aber nur zur Hälfte verstanden.

Danach flanierte Archie tatsächlich vor der Uni hin und her, vor den beiden Humboldts auf ihren steinernen Sockeln, dann zog es ihn unwiderstehlich zum Palais am Festungsgraben, das ab 1950 Zentrales Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft hieß. Für einen Slawistik-Studenten war das ein idealer Ort zum Verweilen und zum Informationsgewinn. Auch hatte er ein Buch in der Bibliothek abzugeben. Er blieb einen Augenblick vor diesem schönen spätklassizistischen Gebäude mit dem dorischen Säulenvorbau und dem Balkon stehen, traf eine Mitstudentin und ging mit ihr zur Bibliothek. Sie bot ihm eine Karte für das 1952 gegründete Maxim-Gorki-Theater im benachbarten Gebäude der ehemaligen Singakademie von Zelter an – auch ein Haus mit klassizistischer Fassade und traditionsreicher Vergangenheit. „Sie spielen ‚Dostigajew und andere‘ von Gorki“, sagte sie, „wir kriegen das bald in der Vorlesung, es ist schade, aber ich kann nicht, es ist auch bloß in der hintersten Reihe.“

Archie nahm die Karte gern, erledigte noch ein paar Seminaufgaben und kam fast zu spät. Er sah mit geübtem Auge, daß

in der ersten Reihe noch viel Platz war, und setzte sich dorthin an den Rand.

Als das Licht auf der Bühne anging, der Vorhang sich hob, stellte er zu seinem Entsetzen fest, daß in der Mitte der Reihe Wilhelm Pieck saß, der Präsident. Er wollte retirieren, zumal sich eine schwere Hand auf seine Schulter legte, da drehte der Präsident den Kopf zur Seite, lächelte freundlich, hob den Arm und sagte: „Ach, laßt ihn sitzen“, und die Hand verschwand von Archies Schulter. Dieser blieb bis zur Pause auf seinem Platz, aber es war ihm unbehaglich. Er kannte das Stück, das Gorki in Archies Geburtsjahr 1933 geschrieben hatte. Die rechte Konzentration wollte sich jedoch nicht einstellen, weil er sich wie auf dem Präsentierteller vor kam, und er hatte den sicherlich falschen Eindruck, als ob die Schauspieler mißbilligend leicht den Kopf schüttelten, als sie zu ihm hinüberblickten.

Nach Wiederbeginn setzte er sich hinten auf den Platz, der ihm zustand. Er strebte nach der Vorstellung zur Treppe, als er bemerkte, daß er das Programmheft verloren oder vergessen hatte. Flugs hastete er die Stufen wieder hinauf in Richtung des Zuschauerraums und rempelte dabei, welch Mißgeschick, den Präsidenten an. Er lief fast auf ihn zu. Archie wäre am liebsten im Boden versunken. „Hoppla, junger Freund, wir kennen uns schon, wohin so schnell?“, sagte der Präsident und lächelte ihn unter buschigen Augenbrauen mit einem Gesichtsausdruck an, der Mut machte. Archie stammelte etwas von einem vergessenen Programmheft, bat um Entschuldigung und kam sich dabei ganz idiotisch vor. Der Präsident beruhigte ihn, griff in die Tasche und sagte: „Halb so schlimm, junger Freund, nehmen Sie meins“, und fügte noch etwas Freundliches hinzu, woran sich Archie nicht mehr erinnerte, so verwirrt war er.

Er lief nach der Vorstellung den ganzen Weg zum Wöhlerts Garten zu Fuß und war bewegt und nachdenklich. Am nächsten Morgen erzählte er das Geschehnis seiner Wirtin, die immer neugierig war. „Na, und“, rief sie, „haben Sie sich wenigstens ein Autogramm geben lassen? Wer weiß, was das in 50 Jahren wert ist! Außerdem, was hatte ich gesagt? Binden Sie eine Krawatte um!“ „In diesem speziellen Fall, glaube ich, war es ohne Schlips angebracht“, sagte Archie. Das war vor 53 Jahren.

Heutzutage würde ihm das Programmheft mit einer Widmung von Wilhelm Pieck viel bedeuten. Man bedenke, ein Autogramm vom ersten Präsidenten des ersten nichtkapitalistischen Staates auf deutschem Boden. Warum gab es das Amt später nicht mehr, fragt sich Archie manchmal, wenn er an diese für ihn selbst fast unglaubliche Begegnung zurückdenkt.

Manfred Hocke

Der Kritische Salon war und ist in erster Linie eine Gesprächsrunde, und auf die Frage, wie er entstanden ist, müßte man eigentlich antworten: Er entsteht immer noch! Er verändert sich. Er erweitert seine Themen und gewinnt neue Freunde, die von der Unzufriedenheit mit einer Gesellschaft getrieben werden, welche den humanistischen Werten den Kampf angesagt hat und nichts mehr zur Weiterentwicklung der Menschheit beitragen kann.

Alles begann 1975 mit einer gemeinsamen Reise zu den historischen Schauplätzen des Bauernkrieges und der frühbürgerlichen Revolution. Die Wirkungsstätten Müntzers und Luthers standen im Programm und wurden in acht Tagen unter die Lupe genommen. Die Eindrücke sorgten für anhaltende Diskussionen. So wurde der Kritische Salon geboren, in dem Literaten, Maler und andere Künstler, Journalisten, Lehrer, Wissenschaftler und weitere Interessenten erstmals vor über dreißig Jahren zusammenkamen, um Gedanken auszutauschen und über Gott und die Welt zu reden. Weitere gemeinsame Ausflüge zu Mahnmalen und Gedenkstätten, zu in- und ausländischen Sehenswürdigkeiten und zu den Schätzen von Kultur und Bildung wurden zur Bereicherung. Parteibindungen, politische Bekenntnisse oder Dogmen austausch waren weniger gefragt als ein humanistisches Credo.

Die Diskussionen sind ergiebig und meist spannend. Vieles von dem, was inzwischen veröffentlicht wurde, ist von Beteiligten vorgeprägt. Manche Ideen sind im Gespräch angereichert worden. Debatten und Meinungsstreit waren und

Vor mehr als 30 Jahren entstand der Kritische Salon Unsere Denkrichtung ist links

sind immer noch die Voraussetzung für ein kreatives und fruchtbares Miteinander. Und dies alles im Geiste der Toleranz und der Bereitschaft zum Zuhören bei Wein, Schmalzstullen und kulinarischen Spezialitäten des Hauses.

Inzwischen ist unsere Geduldsschwelle durch Ereignisse ziemlich geprüft worden, auf die wir keinen Einfluß hatten. Unsere Denkrichtung ist links (ohne dabei Parteien zu meinen), soziale Gerechtigkeit ist unser Hauptanliegen. Leider befinden wir uns da auf keiner gemeinsamen Wellenlänge mit den gesellschaftspolitisch Verantwortlichen. Wer Lust hat, mit uns zu diskutieren, möge sich einbringen. Wir wünschen uns französischen Elan, vor allem im Umgang mit Politikern unseres Landes. Viele von ihnen sind ehrenwerte Leute, wenn man ihrer Selbsteinschätzung glaubt; doch etliche sind nur volkverbunden und den Massen dienstbar, wenn es darum geht, von Aufsichtsräten zu profitieren, die ja auch ihren eigenen Leistungslohn festsetzen und dabei an die Berufskosten denken müssen, die durch Bankette und Ferienreisen, Prostituierte, Chauffeure und Bodyguards, durch Nobelgeschenke und Bestechungssummen entstehen. Da haben es die Obdachlosen leichter, die sich nur um den ihnen vom lieben Gott zugewiesenen Platz unter der markantesten Brücke zu kümmern haben. Um in vergleichbarem

Wohlstand leben zu können, müßten sie seit mehr als tausend Jahren gearbeitet und Sozialabgaben gezahlt haben.

Wie gesagt, Politiker sind ehrenwerte Leute, die regelmäßig Kirchensteuern entrichten und ihre Cents in schäbige Mützen werfen. Sie sind unbestechlich und immer bereit, die Gesetze oder das schwarz-rot-goldene Grundgesetz nach dessen Credo auszulegen: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – Money und Cash sind Zeichen der Zeit! Aber natürlich achten sie das Volk, den Souverän. Sie wissen, daß man ihm mit Ehrfurcht begegnen muß. Doch der Souverän, das sind auch die Obdachlosen und Hartz-IV-Empfänger. Schließlich muß man ja damit rechnen, daß sie auch mal zur Wahl gehen oder gar Schlimmeres im Schilde führen.

Übrigens: Drei der Mitglieder des Kritischen Salons schreiben bereits für den „RotFuchs“: Günter Freyer, Rudi Kurz und der Verfasser dieser Zeilen. Dank dem Thurneysser-Verlag und seinem rührigen „Prinzipal“ Dr. Fritz Kleinhempel ist gerade ein erster Band der „Kritiker“ herausgekommen (Gespräche am deutschen Kamin – der Kritische Salon und seine Gäste). Ein zweiter Band ist geplant.

Der Kritische Salon, der von nun an immer in Halberstadt zusammenkommt, freut sich stets über neue Mitwirkende.

Gerhard Schmidt

Wie ein großer Dichter des 17. Jahrhunderts vermarktet wird Paul Gerhardt aus der Bierflasche

Welches Bier bevorzugte Paul Gerhardt? Ob Germanisten, Theologen oder sonstige Biografen des Dichters diese Frage beantworten können, müßte eine Sondierung ergeben. In Lübben aber sollte Auskunft zu finden sein, denn in ihrem Artikel „Der Geist aus der Flasche des Geistlichen“ vom 7. Mai 2007 berichtete die „Mitteldeutsche Zeitung“, dort sei die Idee zu einem „Paul-Gerhardt-Bier“ geboren worden. Ausgeführt wird sie vom Torgauer Brauhaus. Dem Gräfenhainicher Paul-Gerhardt-Freundeskreis wurde das Produkt mit einem Alkoholgehalt von 5,4 Prozent bereits vorgestellt, und wenn die Dortigen dem flüssigen Brot fleißig zusprechen, soll es auch eine kleine Spende der Firma geben. Nun also „kommt der Geist Gerhardts mit einem satten Plopp aus der Bügelflasche“.

Auf ein solches Erzeugnis hat man in früheren Jahren vergeblich gewartet, obwohl ja 1976 der 300. Todestag des großen Dichters anstand. Kein Paul-Gerhardt-Bier in der DDR also – und was sonst? Selbstverständlich haben die evangelischen Kirchen den Schöpfer christlicher Lieder gewürdigt, und die Germanisten haben nicht zurückgestanden. Doch Gerhardts

Leben war ganz auf dem Territorium der späteren DDR abgelaufen – hatten da dieser Staat und z. B. der Kulturbund nichts zu seinem Werk zu sagen? Eine zentrale staatliche Veranstaltung hat es nicht gegeben, und auch der Sterbeort Lübben hatte noch nicht die Bier-Idee. Doch stellten sich Stadt und Kreis Gräfenhainichen dieser Aufgabe. Und so fand am 26. Mai 1976 in der kleinen Kreisstadt eine staatliche Paul-Gerhardt-Ehrung für den berühmten Sohn der Region statt.

In würdigem Rahmen wurde nicht nur der Lebenslauf des 1607 in Gräfenhainichen Geborenen skizziert. Das Elend des 30jährigen Krieges wurde betont, denn aus ihm heraus hat der Lyriker seine tröstenden und Hoffnung spendenden Worte gefunden. Seine streng lutherische Ausbildung spielte eine Rolle, denn sie hat den sonst so Gütigen und Mildten dazu verleitet, seinen calvinistischen Mitprotestanten intolerant zu begegnen. Diese starre Haltung trieb ihn in einen Konflikt zu seinem Landesherrn, dem Kurfürsten von Brandenburg. Als er schließlich vom Dienst suspendiert wurde, geschah Merkwürdiges: Menschen aus den arbeitenden Schichten Berlins traten so vehement für

ihn ein, daß sich sogar der Magistrat ihrem Protest anschließen mußte. Und seine Lieder waren keineswegs zunächst Kirchenklänge – noch im 19. Jahrhundert wurden viele wegen ihrer Derbheit nicht in die Gesangbücher aufgenommen, aber sie waren derart volksnah, daß der Klerus sie schließlich akzeptieren mußte.

Gerhardts tiefe Gläubigkeit steht außer Zweifel. Doch hat er – ganz sicher ungewollt – wenigstens auf drei Gebieten der Aufklärung Vorschub geleistet: durch seine fast durchgängige Humanität, seine Betonung der Natur (die für ihn fast neben Gott trat) und die Hervorhebung des Individuums. Auch sein so sauberes Deutsch, das ihm einen Ehrenplatz zwischen Luther und Goethe einbringt, spielte auf der Gräfenhainicher Feier keine geringe Rolle. So wurde der volkstümliche Dichter 1976 von staatlicher Seite geehrt, wobei man die Gründe dafür aus seinem aufrechten Leben gewann, doch muß eingestanden werden, daß damals „der satte Plopp aus der Bügelflasche“ fehlte.

**Dr. Hartmut Ross, Oranienbaum
(früher Kreis Gräfenhainichen)**

Leserbriefe an RotFuchs



Liebe Genossen, ich habe auf Eure Internetseite geschaut und fand sie sehr interessant. Der Kommunismus ist noch immer aktuell, und wenn wir alle fest zusammenhalten, werden wir dazu imstande sein, dem Kapitalismus und dem Faschismus eine Niederlage zu bereiten. Hasta Siempre **Valerio**, E-Mail aus Italien

Vor einiger Zeit machten wir uns einen Kopf, wie wir mit Jugendlichen ins Gespräch kommen könnten. Im September starteten wir einen ersten Versuch. Dafür erarbeitete ich eine Konzeption mit thematischen Schwerpunkten, die einige aktive Jugendliche vorschlugen. Wir haben festgelegt, daß wir uns in regelmäßigen Abständen in einer Berliner Kiezkneipe treffen wollen. Die Gruppe hat mich gebeten, jeweils eine knappe Diskussionsgrundlage zu geben, um danach offen zu sein für alle Fragen und Meinungen, die aufgeworfen oder geäußert werden. Nach den Vorstellungen der Leute, die mit mir gesprochen haben, wollen jeweils 25 bis 30 Jugendliche teilnehmen.

Die drei ersten Themenkomplexe, die gewünscht wurden, sind: Klassen und Klassenkämpfe in unserer Zeit (national und international); Die Dialektik von Reformen und Revolutionen; Sozialismus/Kommunismus – Utopie oder reales Ziel?

Ob andere unserem Beispiel folgen?

Georg Dorn, Berlin

Meine ersten bewußten Eindrücke als Drei- bis Vierjähriger waren Polizisten, die in Verfolgung des Vaters Haussuchungen durchführten. Im Ersten Weltkrieg schwer verwundet, war er Mitorganisator des legendären Munitionsarbeiterstreiks und wurde von einem kaiserlichen Gericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Beim Zusammenbruch des mitteldeutschen Aufstands, den er mitorganisiert hatte, versteckten ihn Leuna-Arbeiter vor den eingrückten Truppen. „Rädelsführer“, die den Soldaten in die Hände fielen, wurden nämlich standrechtlich erschossen. Nachdem er den Häschern entkommen war, schickte die Partei meinen Vater zu einem Lehrgang nach Moskau. Er kam unter anderem Namen nach Deutschland zurück und arbeitete überall dort, wo ihn die Genossen brauchten. Auch meine Mutter war seit Gründung der KPD deren Mitglied. Sie hielt bis zu ihrem Tod an den Idealen des Sozialismus fest.

Wir hatten es in der Zeit des Faschismus sehr schwer und waren vielen Anfeindungen ausgesetzt. Der Bruder meines Vaters kam erst nach elf Jahren Haft 1945 wieder frei.

Ich schreibe das nur deshalb, um zu erklären, weshalb ich mit fast 86 Jahren noch immer versuche, anderen Menschen den Blick für unsere Sache zu bewahren.

Manfred Wulf, Glauchau

Im Mai-RF berichtete ich über die Aktivitäten kapitalistischer „Heuschrecken“ des sogenannten globalen Marktes. Hier eine zusätzliche Information über die Gefräßigkeit unter ihnen. Es handelt sich um KKR (Kohlberg, Karves und Roberts). Sie operieren in der profitablen privaten Investitions-„Industrie“. Zwischen Januar und Mai 2007 schlossen sie Verträge über den Aufkauf fremder Firmen im Wert von 122,5 Mrd. Dollar ab. Darunter befand sich der Rekord-Kaufpreis von 45 Mrd. für TXU, eine in Texas ansässige Energiegruppe. Für die britische Apotheken-Kette Alliance-Booths legten KKR rund 20 Mrd. auf den Tisch. Bekannt ist ebenfalls die Übernahme der Firma Nabisco,

die schon 1989 stattfand. Damals zahlten KKR 30 Mrd. Dollar. Dieser „Erfolg“ wurde sogar zum Thema eines Bestsellers. Sein Titel: „Die Barbaren stehen vor dem Tor“

Dr. Vera Butler, Melbourne

Angeregt durch ein Interview des Sohns von Albert Kuntz in der „jungen Welt“ führen etwa 20 Teilnehmer am 19. Antifacamp in Weimar zum Konzentrationslager Mittelbau Dora nach Nordhausen. Mit einem Transparent „Widerstand darstellen!“ unterstützten wir die Forderung von Leo Kuntz. Unser Flugblatt fand bei Besuchern reges Interesse. Nur eine Mitarbeiterin der Gedenkstätte zerknüllte es wütend.

Es ist tatsächlich wahr: In der Ausstellung erfährt man kein Wort über den Widerstand im Lager oder die illegale Organisation der Häftlinge. Von Albert Kuntz und seinen Genossen ist nicht die Rede. Dafür aber kann man dort Bildbände über die Gestapo und die Waffen-SS erwerben. Ich empfinde das als Verhöhnung des Leidens und Sterbens so vieler nach Dora verschleppter Menschen.

Mandy Heinzig, Freiberg

Mit Interesse habe ich den Beitrag von Dr. Werner Liebig im August-RF gelesen, der sich auf die Rolle des Politbüromitglieds Günter Mittag konzentriert. Als Mitarbeiter des Untersuchungsorgans des MfS (zuständig für die Untersuchung von Spionageangriffen gegen die DDR) hatte ich operative Kontakte zu Leitern der Hauptabteilung XVIII (zuständig für die Absicherung der Volkswirtschaft der DDR) und zu fast allen Bezirksweirts unseres Organs. Sowohl aus operativen Vorgängen als auch durch persönliche Gespräche gewann ich Erkenntnisse, welche die negative Rolle Günter Mittags bestätigten. Er war nicht nur ein Despot, sondern spielte auch Gott in bezug auf das Schicksal von Direktoren volkseigener Betriebe und Kombinate in der DDR. Es gab nicht wenige Wirtschaftskader, denen das MfS die Existenz gerettet hat. Ich finde es bedauerlich, daß diesen Personen heute der Mut fehlt, sich zu unserer diesbezüglichen Rolle zu bekennen. Allerdings bin ich auch etwas enttäuscht darüber, daß der Autor auf selbstkritische Reflexionen, wie man sie – gemessen an seiner damaligen Stellung – erwarten könnte, verzichtet hat.

Herbert Kierstein, Bestensee

Mit erheblicher Verspätung konnte ich erst jetzt den RF Nr. 111 und damit auch den Artikel von Prof. Dr. Hans Lutter lesen. Als einen Grund für seinen Austritt aus der PDS nennt er die Aufnahme eines ehemaligen Jagdfliegers der Nazis (gemeint ist Heinrich Graf von Einsiedel) in die PDS-Bundestagsfraktion. Diese politisch abwertend anmutende Charakterisierung des Urenkels von Bismarck durch den Autor ist aber nur die halbe Wahrheit. Zur ganzen Wahrheit gehört der weitaus größere Teil seines Lebens, nämlich sechseinhalb Jahrzehnte politischen Wirkens von 1942 bis zu seinem Tod in diesem Jahr.

Nach 150 Kampfeinsätzen und 35 Abschüssen wurde er im August 1942 bei Stalingrad selbst vom Himmel geholt und kam in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Leutnant von Einsiedel schloß sich dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und dem „Bund Deutscher Offiziere“ an. Beide riefen vor allem die deutsche Wehrmachtsführung auf, Hitler zu stürzen und den Eroberungs-, Raub- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zu beenden. Als Zweihundzwanzigjähriger wurde Graf Einsiedel 1943 zum Vizepräsidenten des Nationalkomitees gewählt.

Wir deutschen Kriegsgefangenen hatten am verbrecherischen Krieg gegen die Sowjetunion teilgenommen. Wenn kommunistische Emigranten gegen den Antisowjetismus auftraten, war das für die meisten von uns selbstver-

ständig. Das mußten sie ja wohl, meinten wir. Wenn Leute wie Einsiedel das taten, sagte man: der auch? Und man wurde zum Nachdenken angeregt.

Einsiedel hat leidenschaftlich für die Ziele des Nationalkomitees gestritten. Goebbels nannte ihn in seinem Tagebuch „einen der übelsten Hetzer der Aristokratenclique in Moskau“.

Weil er gegen Übergriffe der Roten Armee in Ostpreußen protestierte, fiel er in Ungnade. Nach seiner Entlassung 1947 aus der Gefangenschaft arbeitete er als Redakteur bei der „Täglichen Rundschau“. 1948 begab er sich in den Westen. Dort wurde er vom Heimkehrerbund und von Veteranenverbänden als Landesverräter beschimpft.

Als viele andere politisch desertiert, in Mauselöchern verstummt oder in bürgerliche westdeutsche Parteien übergelaufen waren, hielt Einsiedel die Zeit für gekommen, sich erneut als Sozialist zu bekennen.

Anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus saß ich mit dem roten Grafen im Präsidium einer Veranstaltung der Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte, und wir würdigten dieses Ereignis. Soviel zur ganzen Wahrheit über den „ehemaligen adligen Jagdflieger“.

Erhard Lonscher, Berlin

In dem Buch der in den USA lebenden Professorin Inga Markovits „Gerechtigkeit in Lüritz. Eine ostdeutsche Rechtsgeschichte“ (Beck-Verlag) las ich: „Während in der Mehrzahl kapitalistischer Zivilprozesse Leute mit Geld Leute ohne Geld verklagen, die ihre Schulden nicht bezahlen können, prozessieren in Lüritz in der Regel Habenichtse miteinander. So haftet vielen dieser Akten ein Geruch der Armut an: Die Werte sind so gering, der Spielraum der Parteien ist so begrenzt, daß das Eigentum, das vom Gericht geschützt wird, bei aller Wichtigkeit für die Betroffenen selbst gesellschaftlich banal und unwichtig erscheint.“

In einer bürgerlichen Rezension hierzu heißt es, die Autorin vermittele „das Bild eines armen Landes, einer armseligen Justiz und armer Parteiparteien“.

Ich sehe das ganz anders: In der Tat war die DDR nicht reich. Sie war ein Land der einfachen Menschen, der Werktätigen in der Stadt und auf dem Dorf – ohne Kapitalisten. Aber es konnte ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit für alle erreicht werden. In diesem Sinne singt Inga Markovits eher ein – freilich ungewolltes – Loblied auf die DDR.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin

Der RF-Beitrag Sandra Ludwigs – einer jungen Frau – hat mich traurig gemacht. So stark kamen beim Lesen die Gedanken an mein vereinnahmtes Land, die DDR, wieder hoch. Ich habe fast mein ganzes Leben (seit 1953) in diesem Teil Deutschlands verbracht, den Sandra Ludwig treffend und klar beschreibt. Genauso habe ich es auch erfahren. In diesem Land habe ich drei Kinder bekommen. Ich glaubte an eine sichere Zukunft für sie. Heute müssen alle drei um ihre Existenz kämpfen. Ich vermag ihnen finanziell leider auch nur sehr wenig zu helfen. Aber ich kann dafür sorgen, daß sie ihre Wurzeln, die ganz tief in der DDR verankert sind, nicht vergessen. Als Zeitzeugin werde ich stets gegen die von den Medien verbreiteten Lügen auftreten.

Ich würde mir noch viele junge Leute wünschen, die ihre leider nur kurze Erfahrung mit der DDR nicht vergessen haben und darüber genauso wie Sandra Ludwig berichten. Ich wünsche ihr alles Glück der Welt.

In der Zeit meiner Verzweiflung nach 1989 war ich schwer an Depressionen erkrankt, und erst mein Engagement in Friedensgruppen, der Solidaritätsbewegung und der Antifa hat mir den Lebensmut zurückgegeben. Vielleicht wird es

zu meiner Zeit keinen Sieg des Sozialismus in Deutschland mehr geben. Aber ich glaube fest daran, daß ihn meine Enkel erleben werden.

Elvira Köhn, Bochum

Im August-„RotFuchs“ habe ich mich ganz besonders über den Beitrag der erst 30jährigen Diplompsychologin und Sozialpädagogin Sandra Ludwig gefreut. Mehr, als sie über ihr Leben in der DDR gesagt hat, kann ein Mensch auf einer kleinen Seite der Zeitschrift anderen nicht vermitteln. Meine Hochachtung!

Ronald Brunkhorst, Kassel

Wer auf der Berlin-Seite des ND vom 14. August die großaufgemachte „Ehrung der Mauertoten“ las, an der sich „Vertreter aller Berliner Parteien“ beteiligten, kann nur den Kopf über eine Zeitung schütteln, die sich sozialistisch nennt. Dort steht kein Wort über die von westlicher Seite erschossenen Grenzsoldaten der DDR. Wer gab ihren Mördern eigentlich den Schießbefehl?

Rudolf Janert, Berlin

In den Zeiten deutscher Zweistaatlichkeit lebte in der BRD eine Wahrsagerin namens Buchela. Über den Fernsehfunk der DDR (in einem Beitrag aus dem Studio H & S) erklärte sie damals: „Ich bin de Buchela und tu de Wahrheit sagen.“ Immer wenn ich Neuigkeiten von Frau Birthler höre, muß ich zwangsläufig an Frau Buchela denken. Im Gegensatz zu ihr, die als Alleinunterhalterin bis in die Führungsetagen der etablierten Bundestagsparteien wirkte, steht Frau Birthler als Spitzenwahrsagerin einem als Behörde bezeichneten Dienst vor. Sie und ihr Hohenschönhausener „Wunderknabe“ verfahren nach dem Grundsatz, den der britische Generalfeldmarschall Montgomery einst so formulierte: „Die Geschichtsschreibung ist der zweite Triumph der Sieger über die Besiegten.“

Dr. Dieter Lehmann, Dresden

Mit dem August-Leitartikel über die Faschisierung in der BRD stimme ich völlig überein. Es ist höchste Zeit, die Dinge beim Namen zu nennen und sie den entsprechenden Personen zuzuordnen. Einen Gedanken will ich besonders hervorheben: „Unter diesen Bedingungen braucht das Kapital weder Sturmabteilungen noch Schutzstaffeln. Auch ein Hitler ist nicht vonnöten. Für alle Fälle hält man sich die NPD und deren Straßennazis.“

In Rauen bei Fürstenwalde soll ein NPD-Schulungszentrum entstehen. Die 2000 Einwohner reagieren empört bis gelassen, entnimmt man der Presse. Was können die Rauener dagegen tun, wenn ihre brandenburgische Landesregierung dieses Spiel de facto toleriert? Wie selbstverständlich titelt unsere Regionalzeitung: „Mit der NPD als Nachbar“.

Ich bin sicher, daß die Rauener durchaus etwas bewirken können, aber nur dann, wenn auch sie mehrheitlich fordern, daß die NPD endlich verboten wird.

Karl-Heinz Ebeling, Fürstenwalde

In einem redaktionellen Kommentar des in Neubrandenburg erscheinenden „Nordkuriers“ stand unter der Schlagzeile „Das deutlich gewordene Meinungsbild der demokratischen Parteien“, es gehe nicht nur um die „Gefahr von rechts“, sondern auch „um jene, die aus anarchistischen und gleichmacherischen Motiven den bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat in Frage stellen und angreifen“. Die „gleichmacherischen Motive“ sind offenbar der Ersatzbegriff des Kommentators für sozialistisches Gedankengut, das hier verunglimpft werden soll. Das Ganze reicht mir stark nach einem offiziellen Hintergrund.

Wolfgang Mäder, Neubrandenburg

Klaus Bellin hat im ND vom 14. August das Buch der Amerikanerin Edith Anderson „Liebe im Exil – Als die Träume starben“ rezensiert.

In seinem Aufsatz heißt es: „Edith Anderson nimmt kein Blatt vor den Mund. Ulbricht ist bei ihr ‚der Kleingeist‘, uncharmant und ohne Witz, dem Intellektuelle stets verdächtig sind.“

Damit irren sowohl Anderson als auch Bellin! Gerade in seiner aktivsten Zeit nach 1945 als Parteiführer und Staatsfunktionär legte Walter Ulbricht außerordentlich großen Wert auf die Meinungen und Erkenntnisse des aus hervorragenden Wissenschaftlern bestehenden DDR-Forschungsrates, der den Ministerrat auf wichtigen Gebieten beriet. Enge persönliche Beziehungen unterhielt er zum Vorsitzenden des Forschungsrates Prof. Peter Adolph Thiesen (er amtierte von 1956 bis 1967), zu dessen Nachfolger Prof. Max Steenbeck und dem Mitglied des Forschungsrates Prof. Manfred von Ardenne. Ehrlich gebliebene Angehörige auch der künstlerischen Intelligenz, Sportler und andere Persönlichkeiten, mit denen er regelmäßig zusammentraf, könnten berichten, wie sie Walter Ulbricht erlebt haben. Er war durchaus kein „Kleingeist“. Ein solcher Stil der Verunglimpfung scheint mir fehl am Platze zu sein.

Dr. Alfred Kleine, Berlin

Ich fand in Altzeitungen das Nazi-Blatt „Deutsche Stimme“. Darin las ich einen Bericht vom Eindringen zweier Rechtsextremisten in den Rostocker „Schwarzen Block“. Mir stellt sich unwillkürlich die Frage, in wie vielen Fällen Anschläge von Nazis verübt werden, die man dann als Taten „der linken Szene“ ausgibt.

Der RF-Leitartikel im August-Heft trifft die Situation ganz genau. Fahren Sie mal durch die ehemals stärksten Wahlkreise der Hitler-Bande und reden Sie mit Bauern. Einige Alte leben noch, deren Nachkommen sind meist ebenso rechtslastig wie diese selbst. Lüneburger Heide, Hessen-Waldeck, Oldenburger Land, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg – dagegen sind die sogenannten neuen Länder eher harmlos. Im Westen läuft Faschismus „zivilisierter“ ab, im Osten agieren meist junge, hirnlose Typen. Ihnen fehlt eben noch die Übung, zynisch ausgedrückt.

Im Westen steckt man Asylheime nicht mehr an, man terrorisiert die Menschen subtiler. Mir ist ein Fall bekannt, in dem ein Überland-Bus Farbige an Haltestellen einfach stehenließ, wenn nur sie dort warteten. Ich selbst fuhr dem Bus an fünf aufeinanderfolgenden Tagen nach und konnte mit eigenen Augen sehen, was da lief. Ich machte mir Feinde, als ich das Spiel beendete.

Erich Kronschnabel, Torgau

Ich bin kein Experte auf dem Gebiet der darstellenden Kunst und urteile nur intuitiv. Die beiden Rotfuchs-Aquarelle im RF 115 gefielen mir in ihrer Aussagekraft. Intensiv beobachtend, abwehrend, zuschlagend, die Zähne zeigend – und das Ganze mit sparsamen Pinselstrichen. Ich würde mir das untere Bild sogar hinhängen, so gut hat es mir gefallen. Ich wünsche Herrn Kronschnabel Gesundheit und weitere bewußtseinsbildende Kreativität.

Dietrich Henning, Reimersgrün

Zu DDR-Zeiten wurde Hitler im Museum für Deutsche Geschichte vielschichtig und hintergründig dargestellt. Das heute von ihm gezeichnete Bild ist vulgär und oberflächlich. In der DDR erfuhr man, welche Finanzkreise den Wahlkampf der NSDAP bezahlt haben. Es wurde darüber berichtet, welche zusätzlichen Profite den „arischen“ Kapitalisten die Judenverfolgung einbrachte, auf welche Weise der Klassenkampf von oben geführt wurde und die Vorbereitung des Krieges erfolgte. Man zeigte, wie terroristisch Hitler gegen die deutsche Arbeiterbewegung vorging.

Damals konnte der Museumsbesucher auf all diese Fragen eine Antwort finden. Heute wird die Judenverfolgung ohne ihren wahren Hintergrund geschildert. Die Frage, welche

„christlichen“ Millionäre und Milliardäre sich an ihr bereicherten, bleibt unbeantwortet. So glauben nicht wenige, Hitler sei „nur“ gegen die Juden, aber für „deutsche Arbeiter“ gewesen. So etwas ist die Folge systematischer Volksverdummung.

Benno Rensky, Berlin

Vor einiger Zeit wurde ich von einem guten Bekannten mit der Zeitschrift „RotFuchs“ vertraut gemacht, und heute ist sie nicht mehr aus meinem Leben wegzudenken. Als ehemaliger Mitarbeiter des MfS bin ich von der Straffrente betroffen. Da ich überdies Erwerbsunfähigkeitsrentner bin, muß ich auch noch Abzüge hinnehmen, die durch das Bundessozialgericht als verfassungswidrig eingeschätzt wurden. In einem an mich gerichteten Schreiben der Deutschen Rentenversicherung hieß es lapidar, daß das Urteil des BSG nicht der dortigen Rechtsauffassung entspreche. Soviel zum Rechtsstaat BRD.

Ich werde in meinem Kampf gegen das Rentenstrafrecht und die ungeheuerliche Verunglimpfung der DDR nicht nachlassen. Dabei ist mir der „RotFuchs“ ein guter Begleiter.

Jürgen Weinhold, Reichenbach

In letzter Zeit – rund um den „Mauergedenktag“ – wurde die Frage des angeblich gefundenen „Schießbefehls“ wieder hochgespielt. Dabei steht doch an jedem Objekt der Bundeswehr ein Hinweisschild, das Schußwaffengebrauch androht. Es darf allerdings nicht fotografiert werden, weil dieser Warnung vermutlich ein Schießbefehl zugrunde liegt. Oder?

Gerhard Rosenberg, Berlin

Die auf Distanz zu Rußland gehende Politik von NATO und EU offenbart sich seit der 43. Konferenz für Sicherheitspolitik in München. Präsident Putin prangerte dort die friedensbedrohende Politik der USA an und warnte vor der durch sie ausgelösten Gefahr einer neuen Runde des Wettrüstens. Er sprach mir aus dem Herzen. Um so mehr, als in diesen Gremien endlich einmal ein maßgeblicher Staatsmann die Probleme ohne diplomatische Verbrämung unmißverständlich dargelegt hat.

Hildegard Wolff, Halle/Saale

Immer öfter wird der russische Präsident Putin in westlichen Medien angegriffen. So wurde er u. a. für den Tod der russischen Journalistin Politikowskaja verantwortlich gemacht. Auch den Mord an einem russischen Geheimdienstmitarbeiter, der die Seiten gewechselt und in Großbritannien Zuflucht gesucht hatte, wollte man ihm anzulasten. Der seit Jahren in London lebende russische Milliardär Beresowski stößt ganz offen Morddrohungen gegen Präsident Putin aus und fordert zu seinem Sturz auf. Moskau hat seine Auslieferung beantragt. Beresowski gehört zu jenen Oligarchen, welche sich in der Amtszeit Jelzins ihre Taschen bis zum Überlaufen füllten.

Noch unfreundlicher sind die strategischen Pläne der USA. Sie charakterisiert die Stationierung eines Raketen systems in Polen und Tschechien. Auch in Rumänien und Bulgarien werden Stützpunkte des Pentagons errichtet. Wie man sieht, geht es der Bush-Administration um die Einkreisung Rußlands. Das Weiße Haus möchte Putin, der in das von seinem Vorgänger hinterlassene Chaos Ordnung hineingebracht hat und – mit den reichen Öl- und Gasressourcen als Rückhalt – einen eigenständigen und selbstbewußten Kurs verfolgt, an den Pranger stellen. Washingtons friedensfeindliche Stützpunktpolitik ist seit Jahren eine probate Methode, innerhalb der EU zu differenzieren.

Werner Juhlemann, Geithain

„Seht, was aus uns geworden ist!“, hieß einst eine bilanzierende Losung unseres Jugendverbandes. Damals folgten wir dem Aufruf

„Max braucht Wasser“ und fuhr jedes Wochenende nach Fischersdorf bei Saalfeld, um die Wasserleitung von der Saale zur Maxhütte Unterwellenborn zu bauen. Ein warmes Mittagessen war der Lohn, denn damals gab es in der DDR ja noch Lebensmittelkarten.

1948 bewarb ich mich bei der Volkspolizei und wurde zeitweilig an der Grenze eingesetzt, wo ich am Jägerfleck bei Benekenstein fast von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes erschossen worden wäre, als ich mit meinem Unteroffizier das Grenzmeldenetz kontrollierte und nicht auf die Zigarettenangebote der BGSler reagierte. Das ließ sie in unsere Richtung ballern. Wer den BRD-Grenzern den Befehl erteilt hatte, über die Demarkationslinie zu schießen, weiß ich nicht. Uns wurde das jedenfalls ausdrücklich verboten. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich immer wieder.

Wie ging es mit mir weiter? An der Offizierschule Halle und im Fernstudium an der Ingenieurschule Mittweida konnte ich mich qualifizieren. Alles war kostenfrei, und wir erhielten außerdem noch 100 Mark Büchergeld im Jahr.

Winfried Freundt, Jena

In den Sonntagsreden der Politiker aller Parteien, in Regierungserklärungen und in den Medien ist immer wieder von Demokratie die Rede. Doch in diesem Staat gibt es weder Volksbegehren noch Volksabstimmungen. Niemand hatte beispielsweise Gelegenheit, sich zur EU-Verfassung oder zur Entsendung von Soldaten in Kriegsgebiete bei einem Referendum zu äußern, obwohl sich oft bis zu drei Viertel der Bevölkerung gegen Maßnahmen der Regierung aussprachen. Deren Wille wurde „durchgezogen“. Ist das Demokratie?

Franz Reyer, Oelsnitz

Wenn der frische „RotFuchs“ ins Haus kommt, schaue ich mir immer zuerst die Leserbriefe an. Diesmal habe ich mich besonders über die Zuschrift von Otto Pfeiffer gefreut. Ich halte sie für außerordentlich hilfreich. (Verhehlen möchte ich allerdings auch nicht, daß ich immer, wenn sich die Gelegenheit bietet, kritisch gegen die Parole vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ vom Leder ziehe.) Wer sich für Venezuela interessiert, sollte keinesfalls versäumen, Pfeiffers Büchlein „Venezuela. Geschichte, Gegenwart und Perspektiven“ zu lesen. Es ist als Heft 13 beim Verband für internationale Politik und Völkerrecht e. V. 2007 in Berlin erschienen.

Dr. Wolf-Dieter Gudopp v. Behm, Frankfurt/Main

Ich bin ja nicht nur Leser des RF, weil mich Form und Inhalt ansprechen, sondern auch, weil ich die Erfahrung gemacht habe, daß hier niemand aus niederen Gründen „fertiggemacht“ oder über den Tisch gezogen wird.

Sich über diese Ehrlichkeit zu definieren oder sein Leben danach einzurichten, ist auch mir zum Anliegen geworden. Lebenslanges Lernen bedeutet für mich nicht, sich mit der Zeit besser anzupassen, sondern tatsächlich besser zu werden, Vorurteile zu korrigieren, um ernsthaft etwas sagen zu können, was über die in der BRD herrschenden Verhältnisse hinausweist.

Wenn man über 50 Jahre hier gelebt hat, dann weiß man um die Berechtigung der Feststellung im August-RF: „Das Dasein muß in einem ständigen Überlebenskampf bewältigt werden, will man nicht zugrunde gehen.“ Begrüßen wir also alles, was diesem erbärmlichen Zustand ein Ende bereitet. **Andreas Rösler, Hamburg**

Ein großes Lob für alle Leser, die bereit sind, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Erkenntnisse durch Zuschriften an die Redaktion auch anderen zu vermitteln. Sie tragen durch ihre ehrliche Kritik und ihre Einschätzung von Ereignissen dazu bei, Wichtiges nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Viele Fragen wurden durch Autoren wie Leserbriefschreiber bereits beantwortet. Doch es muß noch mehr dafür getan werden, um bislang versperrten Genossen und Gleichgesinnten Stolz, Würde, Hoffnung und Glauben an die Zukunft zu vermitteln, damit sie neuen Mut fassen.

Unsere Niederlage hing nicht zuletzt damit zusammen, daß sich einige Funktionäre das Recht herausnahmen, einen von ihnen gesteuerten ultrazentralistischen Befehlsmechanismus einzuführen. Wenn man den Massen nicht traut und sie nicht ständig einbezieht, muß man Schiffbruch erleiden. **Uwe Schmidt, Suhl**

Die Frage nach den Ursachen der Niederlage bei unseren Bemühungen, ein sozialistisches Deutschland aufzubauen, beschäftigt mich als ehemaligen Berufssoldaten der NVA wie viele andere, die daran teilhatten.

Die Zweifel Dr. Stegemanns im August-RF an der Verlässlichkeit der Schutz- und Sicherheitsorgane gipfeln in der Behauptung: „... immerhin ließen sich erhebliche Teile des/der MfNV/NVA ... sehr bald und ohne Widerstand gegen die Interessen der DDR vereinnahmen“. Das ist realitätsfremd.

Ich habe ab 1982 meinen Dienst im Ministerium für Nationale Verteidigung versehen. Ab 1. März 1990 arbeitete ich bis zum letzten Tag der Armee im „Amt für die Berufsvorbereitung und Überleitung von Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten der NVA in eine Tätigkeit außerhalb der Streitkräfte“. Verantwortungsbewußtsein und Überzeugungstreue, zugleich aber auch Verunsicherung waren typisch für das Denken und Handeln der Verantwortungsträger in der Zeit 1989/90. Nur eine kleine Gruppe von Generälen baute auf die „hoffnungverheißenden“ Bemerkungen des Ministers Eppelmann bezüglich ihrer Zukunft und sah die Bundeswehruniform schon im eigenen Schrank.

Die mit den Wahlen vom März 1990 ans Ruder gelangte „Opposition“ hat die NVA als unliebsames Erbe betrachtet und entsprechend behandelt. Ein großer Teil der Armeeangehörigen wurde ins soziale Abseits gedrängt und gedemütigt, nicht zuletzt durch das Verbot, den eigenen Dienstgrad mit dem Zusatz „a. D.“ zu führen.

Wir sind unserem Eid treu geblieben und nicht übergelaufen. Ich bin stolz, 33 Jahre meines Lebens gemeinsam mit meinen Genossen für das Wohl der Bürger der DDR eingesetzt zu haben.

Dieter Meusel, Strausberg

Nun habe ich durch Zufall zum zweiten Mal eine Ausgabe Ihrer Zeitung in die Hand bekommen und las alle Beiträge. Sogar bis zum Ende. Das soll bei den heutigen Presseerzeugnissen schon etwas bedeuten. Ich selbst gehörte nach der „Wende“ (Konterrevolution, so Ihr Artikel) zu den Parteimitgliedern, denen man sagte: „Wir brauchen solche wie Dich nicht in der PDS.“ Zu dieser Zeit wickelte ich eine Polizeidienststelle mit etwa 2000 VP-Angehörigen ab. Eine Aufgabe, die ich sehr ernst nahm, denn ich trug Verantwortung für das Schicksal vieler Menschen, die ehrlich unserem Staat gedient hatten. Und das betraf ja auch ihre Familien.

Seit dem 1. Juli – dem Tag der Volkspolizei – bin ich mit 64 Jahren Frührentner und betätige mich noch stundenweise in der Alten Nationalgalerie, wo ich zuvor ganztätig beschäftigt gewesen war. Zunächst gehörte ich fünf Jahre zum Empfang, dann hatte ich mir eine Stellung erarbeitet, die mich mit vielen Stammbesuchern ins Gespräch kommen ließ.

Eines Tages fragte mich eine ziemlich bekannte Schriftstellerin aus der Schweiz, was ich von unserer gegenwärtigen Gesellschaft hielte. „Ich habe noch nie in meinem Leben eine so vorgelegene, heuchlerische und korrupte Gesellschaft kennengelernt wie diese und bin davon überzeugt, daß eines Tages eine Variante der DDR

mit klügeren und standhafteren Menschen wieder entstehen wird“, antwortete ich. Dafür erteilte ich nur ein mitleidiges Lächeln der Dame.

Klaus Berger, Berlin

Eine Bemerkung zu dem Beitrag über Lafontaine und die Linkspartei im August-„RotFuchs“.. Ich bin 1945 in die KPD eingetreten, war Delegierter des Vereinigungsparteitags im Land Sachsen, gehörte der SED, der SED-PDS und der PDS an. Jetzt bin ich Mitglied der Partei „Die Linke“. Über Oskar Lafontaine wird bereits heute gesagt, er kümmere sich zu sehr um die westlichen Bundesländer und vernachlässige die Partei im Osten. Ich teile diese Meinung nicht, weil ich glaube, daß „Die Linke“ im Westen stärker Fuß fassen muß. In der Fläche war die PDS dort nicht oder kaum präsent. Durch die Vereinigung ist eine Reihe bekannter Genossen hinzugekommen, so Oskar Lafontaine. Nach meiner Ansicht wird es möglich sein, mit ihrer Hilfe in den westlichen Bundesländern an Einfluß zu gewinnen. In einigen Kommunalparlamenten oder auch in Bremen ist das ja bereits gelungen.

Ich wünschte mir, daß wir jetzt endgültig den richtigen Weg gefunden haben.

Wolfgang Ritter, Bautzen

Im ND vom 24. Juni erschien mit Bild ein Nachruf auf den afghanischen Ex-König Mohammed Sahir Schah. Die Überschrift lautete: „Vater der Nation gestorben“.

Mit einem „Vertrauten“ des afghanischen Königshauses kam ich im Oktober 1969 auf dem Moskauer Flughafen ins Gespräch. Berlin-Schönefeld nahm unsere Maschine wegen Nebels nicht an. So konnten wir uns lange unterhalten. Der „Vertraute“ des Kabuler Hofes schilderte mir den König als einen ausgesprochenen Verehrer Adolf Hitlers, dessen Auftreten und dessen „Feldzüge“ er genau verfolgt habe. Der König sei im Besitz unzähliger Fotos, Filme, Bücher und vor allem „Wochenschauen“ aus Nazi-Deutschland. Wie mir mein Gesprächspartner verriet, hatte er auch bei dieser Reise einen entsprechenden Auftrag. Er solle sich nach München begeben, um dort eine Anzahl wertvoller Marmor-Intarsienarbeiten (der afghanische Marmor gilt als der beste der Welt!) bei „herausragenden Persönlichkeiten“ an den Mann zu bringen, zugleich aber nach allem Ausschau zu halten, was es an Memorabilien noch vom „Führer“ gebe. Man erwarte daheim diesbezügliche Käufe in größerem Umfang.

Die „Sozialistische Tageszeitung“ wertete die Leidenschaften des Verblichenen auf ihre Weise: „Er interessierte sich für Kultur.“

Klaus Pinkau, Leipzig

Die „Ostseezeitung“ berichtete vor geraumer Zeit über den Diebstahl eines Bronzehirsches in Friedrichswalde bei Sternberg. Die lebensgroße Statue stand vor dem Mausoleum der Familie von Wedekind, die – als über 80jährige „neue Besitzer“ – nach der „Wende“ das Waldgrundstück zurückgekauft hatten. Das metallene Tier wurde, nachdem es bereits in einem Schrottbetrieb zerlegt worden war, wieder aufgefunden.

Wir hatten Mitte der 70er Jahre die Gelegenheit, mit unseren Kindern zweimal die Maiferien im damals neu errichteten FDGB-Ferienheim Klein Labenz zu verbringen. Von dort wurden auch gemeinsame Wanderungen unternommen. Dabei entdeckten wir am Ufer des Großen Labenzer Sees die Skulptur des besagten Bronzehirsches, deren ästhetischer Wert von Mitwanderern sehr unterschiedlich eingeschätzt wurde. Aber in jener Zeit vergriff sich niemand an dieser Figur. Sie wurde auch nicht – wie heute üblich – beschmiert, besprayt oder gar entwendet. Und was es auch nicht gab: Zurückgekehrte Gutsbesitzer.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen



Leiharbeit ist Sklavenhandel

Grafik: Klaus Parche

Am **13. Oktober** um **14 Uhr** spricht RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Gera** im Burgkeller am Markt über das Thema

Wie steht es um die revolutionäre Weltbewegung?

Mitglieder, Leser und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Am **20. Oktober** um **10 Uhr** findet in Dresden in der ehemaligen Robotron-Gaststätte, Zinzendorfstraße, eine gemeinsame Festveranstaltung der **Regionalgruppen Bautzen, Dresden, Freiberg und Chemnitz-Zwickau-Plauen**

zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution

Es spricht der stellvertretende Vorsitzende des RF-Fördervereins **Prof. Dr. Götz Dieckmann**.

Das Kulturprogramm gestalten der Dresdner **„Singeclub Ernesto Che Guevara“** und der Schauspieler **Reinhold Stövesand**.

Egon Krenz kommt nach Wismar

Am **26. Oktober** um **14.30 Uhr** spricht er auf einer RF-Veranstaltung in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Wismar-Wendorf, Hanno-Günther-Straße 26, über das Thema

Der Herbst 89 und was daraus geworden ist

Egon Krenz signiert seine Bücher.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel

Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74